

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 einschließlich des Post- und Haus-
 Einzeln-Kosten 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Frau“ 10 Pfg. Post-
 abonnements 1,10 Mk. pro Monat.
 Eingetrogen in die Post-Verzeichnungs-
 Anstalt. Unter Bezugnahme für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2. März, für das übrige Ausland
 3. März pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonien-
 zelle oder deren Raum 50 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das selbsteinst-
 wort 20 Pfg. (zweiwöchentlich
 wöchentlich) jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Stellenangebote und Geschäftsvermitt-
 lungen das erste Wort 10 Pfg., jedes
 weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 15. Dezember 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die deutsche Sozialdemokratie an die englische Arbeiterpartei.

Auf die Friedensadresse der englischen Arbeiterpartei an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Genosse Vebel als Vorsitzender der Fraktion folgende Antwort an unsere englischen Genossen gefandt:

Zürich, den 14. Dezember 1911.

Freunde und Parteigenossen!

Als Ihr am 9. d. M. Eure Adresse an die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages beschloß, war die letzte Session desselben eben zu Ende; unmittelbar darauf folgte die Auflösung des Reichstages.

Die nicht mehr bestehende sozialdemokratische Fraktion des Reichstages kann daher Eure Adresse nicht beantworten. Dagegen glaube ich als ihr ehemaliger Vorsitzender Eure Adresse im Sinn und Geiste der Fraktion beantworten zu dürfen, überzeugt, daß ich damit in vollem Einverständnis mit ihr handle.

Wir teilen voll und ganz die Gefinnungen, die Ihr in Eurer Adresse zum Ausdruck bringt. Wir werden im Gegensatz zu einflussreichen Kreisen innerhalb unserer herrschenden Klassen alles aufbieten, um den Frieden zwischen zwei Kulturvölkern, wie es das englische und deutsche sind, aufrecht zu erhalten.

Sollten ernsthaftige Differenzen aus dem Gegensatz gewisser wirtschaftlicher oder politischer Interessen entstehen, so werden wir gleich Euch unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß diese auf dem Wege friedlicher Verständigung geschlichtet werden.

In erster Linie werden wir es als unsere Pflicht betrachten, dem Betritzen zu Wasser und zu Lande mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir werden dementsprechend kein Mittel unversucht lassen, in dem eben entbrannten Wahlkampf die Wähler Deutschlands darüber aufzuklären, was für ein furchtbar verhängnisvolles Ereignis ein Krieg zwischen England und Deutschland sein würde, der in Monaten zerstört, was in jahrzehntelanger Kulturarbeit im friedlichen Wettbewerb der beiden Völker aufgebaut wurde.

Dazu käme die kaum abzuwehrende Gefahr, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland das Signal zu einer europäischen Völkermassenschlächtere gäbe, deren verhängnisvolle Wirkungen niemand zu ermessen vermag.

Die Arbeiterklasse, die auf dem Schlachtfelde der Industrie und des Ackerbaues Jahr für Jahr ungezählte Gefatomben an Menschenleben opfern muß im Interesse ihrer Ausbeuter, trägt kein Verlangen, auch noch den imperialistischen Gelüsten ihrer herrschenden Klassen zuliebe noch viel größere Opfer zu bringen.

Kann die bürgerlich-kapitalistische Welt nicht mehr ohne Völkermassenschlächtere bestehen, dann ist es Zeit, daß sie einer anderen sozialen Ordnung Platz macht, in der Friede, Freiheit und menschliches Glück nicht mehr der Spielerei einer Minderheit nach immer größerer Macht und immer größerem Reichtum geopfert werden.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag
A. Vebel

Der Fortschritt als Scharfmacher.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat in den letzten Jahren derartige tiefgehende Wandlungen durchgemacht, hat „um nicht ausgeschaltet zu werden“ und aus anderen Rücksichten in so unbedenklicher Weise Grundzüge und Programmforderungen verraten, die der Freisinn jahrzehntelang vertreten hatte, daß man bei einer Fortsetzung dieses Prozesses nicht mehr erstamen kann. Die Opposition gegen die Steigerung der Heeres- und Flottenrüstungen, gegen die Kolonialpolitik slog ins alte Eisen. Die grundsätzliche Ablehnung von Ausnahmegeetzen wurde beim Vereinsgezeig ausgegeben. Nur das Auseinanderfallen des Bismarckblocks verhinderte es, daß der Fortschritt für drückende indirekte Steuern auf notwendige Lebensbedürfnisse stimmte. Die Begrenztheit gegen die Lebensmittelzölle wird allmählich „abgebaut“. Weshalb sollte da der Fortschritt nicht auch seine Stellung zum Koalitionsrecht revidieren?

In Initiationsdrängen, die er im Reichstage eingebracht hatte, hat sich der Vinsliberalismus noch bis in die letzte Zeit als der verlässliche Hüter des Koalitionsrechts gebärdet. Je weniger er den Arbeitern auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bieten kann — er ist ja energischer Gegner gesetzlicher Beschränkung der Arbeitszeit und alle schönen Reden Raumanns ändern nichts daran, daß die Gänther und Enders die Fraktion hinter sich haben, wenn sie gegen wirksamen Heimarbeiterschutz in fast noch bestigerer Weise losziehen als der nationalliberale Unternehmersyndikus Stresemann —, um so mehr sucht der Fortschritt wenigstens hier sich als Vertreter der Arbeiterinteressen zu empfehlen. Oder suchte es vielmehr. Denn das Aukreten des fortschrittlichen Redners

in der Koalitionsrechtsdebatte des sächsischen Landtags bedeutet den Anfang einer Schwankung zu den Arbeiterfeinden auch auf diesem Gebiet.

In dem Bericht der Nr. 201 ist das Auftreten des fortschrittlichen Sprechers mit der Wendung gekennzeichnet worden, daß „auch der Redner der Freisinnigen in die Kerbe der Scharfmacher hieb“. In der Tat war dieser gemischte Salat von „wenn und aber“, von „einerseits und andererseits“ im ganzen eine Parteinahme für die Koalitionsrechtsfeinde, eine Unterstützung, die den scharfmacherischen Parteien, den Konservativen und den Nationalliberalen, geleistet wurde. Der Redner, ein Herr Brodau, begann mit Angriffen auf die Arbeiter und die Sozialdemokratie, die durchaus im Scharfmacherstil gehalten waren und endete mit einer Verbeugung vor den Forderungen der Junker und Industriefeudalen. Zwischen durch kamen dann freilich auch einige Verwahrungen gegen die Bestrebungen der Scharfmacher, die aber ebenso wenig praktischen Wert haben, wie die platonischen Beteuerungen, daß man das Koalitionsrecht nicht antastan lassen wolle. Den Scharfmachern Zugeständnisse, den Arbeitern Redensarten, das ist das Signum der Brodauischen Rede.

Die volle Bedeutung dieser Wendung kann man aber erst ermessen, wenn man die Rede im ganzen Zusammenhang der Debatte betrachtet. Folgt wäre sie schon schlimm genug. Ihre ganze Arbeiterfeindschaft aber tritt erst recht zutage, wenn man erwägt, daß sie hinter den Reden der Böhme und Vleier, des konservativen und des nationalliberalen Scharfmachers, nach Reden gehalten wurde, die an wütendem Haß gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft, an wilder Feindschaft gegen das Koalitionsrecht, an ausschweifenden Forderungen nach seiner Erdröselung, an niedrigen Verdächtigungen und wahrheitswidrigen Beschuldigungen der Arbeiterbewegung nicht mehr zu überbieten sind. Weder diese wütenden Vorwürfe der ausgesprochenen Arbeiterfeinde noch die Rede des Ministers haben den Sprecher der Fortschrittspartei davon abhalten können, seine angebliche Verteidigung des Koalitionsrechts in Angriffe auf jene zu wickeln, die von ihm Gebrauch machen.

Der konservative Redner Böhme nahm kein Blatt vor den Mund. Rücksichtslos hat er die Todfeindschaft seiner Partei gegen das Koalitionsrecht aufgedeckt. „Wir wollen eine Einschränkung des Koalitionsrechts“, gestand er offen ein; der Nachsatz: „insofern der Zwang zur Koalition als ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung unter Strafe gestellt wird“ ist weiter nichts als eine billige Phrase, die nur von ganz Harmlosen als eine Einschränkung des Prinzipialsatzes aufgefaßt werden kann. Freilich, die Konservativen wollen die Gewerkschaft und den Streik nicht einfach ganz verbieten, nicht jegliche Koalition mit Zuchthausstrafe belegt wissen. So schlau sind sie schon, daß sie den guten Schein nicht verschmähen, wo sie ihn billig haben können. Und sie wissen, daß sie ihr Ziel auch erreichen können, wenn sie dem Arbeiter das Koalitionsrecht auf dem Papier belassen. Es genügt, wenn sie den Gebrauch des Rechts mit Stachelbrodtaum, mit Fußfassen und Wollgruben umgeben. Darauf steuern sie hinaus. Jede Anwendung des Rechts soll unter Strafe gestellt werden, alles, was nötig ist, um einen Lohnkampf durchzuführen, soll zur strafbaren Handlung gemacht werden. Das Koalitionsrecht, wie es die Konservativen und die industriellen Scharfmacher verstehen, würde lediglich in dem einen Recht bestehen, die Arbeit niederzulegen und Forderungen einzurücken. Alle anderen Mittel, die Streikende anwenden müssen, um ihre Sache zum Siege zu führen, als da sind Bekannngabe des Kampfes, Warnungen vor Zuzug, Zeitungsaufrufe an die Konsumenten, Versammlungen, Streikposten, sind schon Alte eines schändlichen Terrorismus. Herr Böhme erklärt ganz unumwunden: „... Es muß unter Strafe gestellt werden jede Einwirkung auf die freie Entschliekung des Arbeitnehmers, sei es durch Verberuf oder durch direkte Einwirkung.“ Jede Einwirkung, wohl-gemerkt! Also auch die friedlichste, höflichste Aufforderung, Solidarität zu üben, ja die einfache Mitteilung an den Streikbrecher schon, daß der Betrieb bestreift ist, soll unter Strafe gestellt werden. Den Streikenden soll jeder Verkehr mit den Arbeitswilligen unmöglich gemacht werden! Es soll ihnen nicht gestattet sein, an das Ehrgefühl, an den Klasseninstinkt der Streikbrecher zu appellieren, sie sollen nicht einmal den Versuch machen dürfen, die oftmals weit hergeholt, über den Stand der Dinge von den Werbem vielfach strupplos geäußerten Arbeiter über die Lage aufzuklären. Sie sollen still zu Hause sitzen und ruhig abwarten, bis der Streit verloren ist. Sie dürfen die Arbeitswilligen nicht nennen, dürfen ihre Handlungsweise nicht als das kennzeichnen, was sie ist, denn das wäre strafbare Verberufserklärung. Selbstverständlich fordert Böhme auch, daß die Belästigung der Arbeitswilligen durch Streikposten streng bestraft werde. Die Belästigung — nicht etwa nur die Belästigung oder Mißhandlung! Und als Belästigung empfinden die Hingebredr und ähnliche gelbe Gefellen natürlich jede in der Form noch so korbtekte Vorhaltung und Aufforderung eines Streikpostens, die an sie ergeht. Schon die bloße Tatsache, daß der Streikposten da ist, bedeutet für die garten Gemüter der „wertvollsten Elemente“ eine Belästigung. Also läßt diese Forderung praktisch auf das Verbot der Streikposten überhaupt hinaus. Die Strafen für die Uebertretung der Verbote sollen darin viel härter sein, als die heute über Streikfänger verhängten. Denn die tollsten Leistungen der

Massenjustiz auf diesem Gebiete, die wir so oft schauernd und empört erlebt haben, sind den Scharfmachern noch nicht hart genug, wie die Rede des Herrn Böhme zeigt.

Kurz, die Quintessenz der Rede ist: dem Arbeiter die Waffe des Koalitionsrechts belassen werden, aber wenn er in den Lohnkampf tritt, sind ihm die Hände zu binden!

Der nationalliberale Redner Vleier ging nicht so sehr in die Einzelheiten, wie der konservative Kollege, sondern begnügte sich mehr mit allgemeinen Redensarten über die Schlechtigkeit der Sozialdemokratie, die die Unternehmer in ihrem göttlichen Streben nach der Besserstellung der Arbeiter rucklos stört, lediglich weil sie zufriedenstellende Zustände nicht ertragen kann, weil ihr Wachstum keine Grenzen kennt. Der Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften zerstört „erste, ethische Werte“, die Autorität des Staates, und mißachtet sogar die „unveräußerlichen Menschenrechte“. Unveräußerliche Menschenrechte, sagte der Vertreter der Unternehmern, die den Teufel nach den Menschenrechten der Arbeiter fragen, wenn sie der Ausbeutung im Wege stehen! Unhaltbar sind die Zustände, erklärt Herr Vleier — die Regierung muß helfen.

Und die hohe Regierung ist bereit dazu. Die vernichtende Kritik, die Genosse Heldt in seiner trefflichen Rede an dem reaktionären Gefasel der Böhme und Vleier übte, das schlagende Material, womit er nachwies, daß die Klassenjustiz in Streitprozessen wahrhafte Orgien feiert und daß der Gebrauch des Koalitionsrechts schon heute den Arbeitern auf die mannigfachste Art und Weise erschwert wird, daß insbesondere die Streikposten durch eine rechtlich gar nicht zu begründende Polizei- und Justizpraxis schier vogelfrei gemacht werden, alle diese wichtigen Argumente für die sozialdemokratische Forderung nach Sicherung des Koalitionsrechts waren für den Minister in den Wind gesprochen. Er befehle das Sprüchlein herunter, das schon vor der Debatte fertig war. Höchstens, daß ihn die Angriffe des sozialdemokratischen Redners auf die polizeiliche Verfolgung der Streikposten zu der die Polizei anfeuernden Erklärung veranlaßten, es sei ihre erste Pflicht, bei Streiks die Straßen für den Verkehr freizuhalten und die Arbeitswilligen mit allem Nachdruck zu schützen. Selbstverständlich hält die Regierung ihre Stellung bei Lohnkämpfen für neutral, und ebenso behauptet sie, auf dem Boden der Koalitionsfreiheit zu stehen. Aber „von dem Koalitionsrechte sind alle Mittel fernzuhalten, die unvereinbar sind mit der Rechtsordnung und den allgemeinen sittlichen Anschauungen“. Die Gesetze genügen nicht mehr, um die Streikausbreitungen zu verhindern; die Regierung ist daher bereit, „für eine entsprechende Abänderung und Ergänzung der Reichsgesetze im Bundesrate einzutreten, nicht in Gestalt eines Sondergesetzes, sondern auf dem Boden des bestehenden Rechts, durch Abänderung der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuches“. Anders brauchen sich die Arbeiter Neutralität — „an den Grundzügen der vollen Parität der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung für beide Teile wird festgehalten werden“. Das heißt, wenn die Unternehmer die unter Strafe gestellten Mittel des Lohnkampfes anwenden, so sollen sie wahrhaftig auch bestraft werden. Das ist doch wirklich soviel Parität, wie man verlangen kann. Daß die Unternehmer jene Mittel zur Durchsetzung ihres Willens gar nicht gebrauchen, daß sie zum Beispiel niemals Streikposten ausstellen werden, dafür kann doch der Minister nicht!

Das alles und noch einiges war vorausgegangen, als Herr Brodau als Sprecher des Fortschritts das Wort erhielt. Und in dieser Situation, nach diesen unverhüllten Kriegserklärungen, begann der Redner der sogenannten Volkspartei: „Die Arbeiter können sich wirklich nicht über die Beschränkung ihrer Rechte beklagen.“ Aber die Arbeiter machten oft von ihren Rechten einen Gebrauch, der nicht den Absichten des Gesetzgebers entspreche. Die sozialdemokratische Presse wende sich nicht mit voller Energie gegen die Ausbreitungen Streikender. Nachdem der Herr den Scharfmachern Wasser auf die Mühle geleitet hat, rückt er ein wenig von ihnen ab; der Fortschritt hält an der Grundlage des Koalitionsrechts und der Parität für beide Parteien fest und begrüßt deshalb den Teil der Ministererklärung, wo dieselben unverbindlichen Redensarten gebraucht werden. Er ist mit dem Antrage der Konservativen nicht einverstanden, aber — er stimmt für die Ueberweisung an die Deputation. Denn seine Freunde sind damit einverstanden, „wenn ein Weg gefunden wird, der geeignet ist, gewissen Auswüchsen entgegenzutreten, unter Beibehaltung der gesetzlichen Bestimmungen“.

So sprach der Redner des Fortschritts unter dem Beifall seiner Fraktion, als es galt, das Koalitionsrecht gegen Scharfmacher und Bürokratie zu verteidigen! Seine Rede gleicht der Begründung der unseligen Zuchthausvorlage, wie ein faules Ei dem anderen! Auch in dieser Begründung war die Versicherung enthalten, daß man nur „die Auswüchse beschneiden“, das Recht selbst aber nicht antastan wolle. Und daselbe hat ja in etwas anderen Worten der Minister gesagt.

Die Rede des Fortschrittlers gibt den Scharfmachern alles, was sie nur wünschen können. Er hat zugestanden, daß die „Auswüchse“ durch neue Strafbestimmungen beschnitten werden müssen. Damit deckt er den Scharfmachern den Rücken bei ihrer Arbeit für die neue Zuchthausvorlage.

Kein Fortschrittorgan hat die fortschrittliche Fraktion des sächsischen Landtags desabouiert! Der Vinsliberalismus gibt abermals einen Posten auf. Er dankt ab als Ver-

leidiger des Koalitionsrechts. Er tritt in Reich und Glied mit den offenen Arbeiterfeinden. Und danach muß er behandelt werden!

Zur Reichstagswahl.

Die Wahlsituation in der Provinz Sachsen.

Von den 20 Reichstagswahlkreisen der Provinz Sachsen befinden sich vor den Wahlen vier im Besitze der Sozialdemokratie: Magdeburg, Calbe-Afchersleben, Halle-Saalkreis und Raumburg-Teich. Drei von ihnen gingen bei dem nationalen Kommunalwahlgesetz von 1907 verloren und nur Calbe-Afchersleben konnte durch den Genossen Albrecht behauptet werden. Die Wahlen werden hoffentlich die Scharte wieder ausweihen.

Im Regierungsbezirk Magdeburg sieht zunächst wohl die Wiedereroberung der Stadt Magdeburg, die vor 1907 schon 17 Jahre ununterbrochen sozialdemokratisch vertreten war, außer Frage. Allerdings ist Magdeburg einer der wenigen Wahlkreise des Reiches, in denen der Blockdank von 1907 über die Zurückdrängung des Blokes hinaus wirksam geblieben ist, ja sogar eine noch größere Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien herbeigeführt hat. Gatten Zentrum und Polen im Jahre 1907 noch Kandidaten aufgestellt, so kandidiert jetzt nur ein bürgerlicher Kandidat, der bisherige Abgeordnete Fleischermeister Koberlitz, und die Wahlaufreise für ihn werden unterzeichnet vom Nationalliberalen Verein, Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei, Konservativen Verein, von der Mittelstandsvereinigung, vom Deutschen Sozialen Verein, Zentrumswahlverein, Handwerker, Beamtenverein, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Verband vaterländischer Arbeitervereine und von den Werkvereinen von Magdeburg (den Gelben). Nur die Demokratische Vereinigung hat sich abgefunden und ihre Mitglieder aufgefordert, für den sozialdemokratischen Kandidaten, Rechtsanwalt Landsberg, zu stimmen. Ein ärgerliches politisches Sammelsurium als das der „Vereinigten bürgerlichen Parteien“ in Magdeburg läßt sich kaum denken; nur die Furcht vor einem sozialdemokratischen Siege hält diese so verschiedenartigen Elemente zusammen.

Anfänglich dieser Parteimischung ist es für die Bürgerlichen natürlich so gut wie ausgeschlossen, sich auf fröhliche Erörterungen einzulassen. Sie würden dabei einander bald selbst ganz gehörig in die Haare geraten und beschränken sich daher darauf, die Sozialdemokratie in perfider, niedriger Art nach Reichsverbandsmannier zu bekämpfen.

In dem altmärkischen Kreise Salzwedel-Verdelegen wird Junker Jordan v. Kröcher, der den Kreis seit 1898 vertritt, hart von dem Bauernbündler Dr. Böhm, der jetzt in Marburg-Niederrhein gewählt ist, bedrängt. Dr. Böhm spielte früher bekanntlich im Bund der Landwirte eine Rolle. Seitdem er sich von diesem Renegat von den Konservativen auf das erbittertste bekämpft, und nicht nur den Sozialdemokraten, sondern auch ihm werden Lokale abgetrieben. Die Nationalliberalen haben auf eine eigene Kandidatur verzichtet und unterstützen Dr. Böhm. Für die Sozialdemokratie kandidiert der Gewerkschaftssekretär Julius Koch, der sicher eine erhebliche Steigerung der Stimmzahl zu verzeichnen haben wird.

Im anderen altmärkischen Wahlkreise, Stendal-Osterburg, der seit 1877 konservativer Besitz war und 1907 in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokraten vom nationalliberalen Rittergutsbesitzer Fuhrmann erobert wurde, kandidiert neben unserem Genossen Parteisekretär Hermann Weims und dem wieder aufgestellten Nationalliberalen Fuhrmann für die Konservativen der reiche Großgrundbesitzer Goesch. Die Konservativen machen gewaltige Anstrengungen, den Kreis zurückzuerobern. Sie haben das Stendaler „Intelligenzblatt“ aufgekauft und verbreiten es in großen Mengen im Kreise. Auch unlaute Mittel verschmähen sie nicht; so lassen sie auf den Dörfern Listen herumgehen, in die sich die abhängigen Wähler einzeichnen und damit unterschreiben verpflichtet müssen, für den konservativen Kandidaten zu stimmen. Es dürfte in dem Kreise wiederum zu einer Stichwahl kommen, bei der die Sozialdemokratie den Ausschlag zu geben haben wird, wenn sie nicht, wozu begründete Aussicht vorhanden ist, an Stimmen so viel zunimmt, daß sie selber in die Stichwahl kommt.

Ein Wahlkreis von großer räumlicher Ausdehnung und von fast rein ländlichem Charakter ist der Kreis Jerichow I und II. Trotzdem tragen sich unsere dortigen Genossen mit der Hoffnung, daß er am 12. Januar von ihnen geholt wird. Sie haben eine ganz besonders intensive Agitation betrieben und auch erfreuliche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Der Kreis ist kein Stammsitz irgend einer Partei. Er war abwechselnd nationalliberal, freisinnig, konservativ und reichsparteilich vertreten und entsand 1907 den Konservativen v. Byern in den Reichstag. Herr v. Byern hat lange geschwankt, ob er wieder kandidieren solle, sich aber schließlich wieder zur Uebernahme der Kandidatur entschlossen. Seine Gegenkandidaten sind von sozialdemokratischer Seite Stadtdirektor Wilhelm Haupt und von der Fortschrittlichen Volkspartei Lehrer Werten-Berlin, der schon einmal in einer Nachwahl gewählt war. Eine Schätzung der Chancen der einzelnen Parteien ist für diesen Kreis schwierig. Er kann jedem der drei Mandatsbewerber zufallen.

Ausficht auf Erfolg bietet für die Sozialdemokratie auch der Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben, in der seit Jahren der Genosse Stadtdirektor Ritzsch kandidiert. Mit einer einzigen Unterbrechung (1884, konservativ) war der Kreis seit 1871 nationalliberal vertreten. Dem Genossen Ritzsch stehen drei Kandidaten gegenüber: zunächst der nationalliberale Oberverwaltungsgerichtsrat Landtagsabgeordneter Schiffer, und ferner zwei Freikonservative, Landtagsabgeordneter Strofer, Major a. D. und ehemaliger Justizhausdirektor, der von den Konservativen, Freikonservativen und dem Bund der Landwirte unterstützt wird, und Obermeister Rahrdt, der zwar unter der Flagge freikonservativer Mittelständler segelt, von dem man aber nicht recht weiß, was politisches Geistes er ist.

Wiemächtig Sicherheit ist für den Wahlkreis Wanzleben der Sieg der Sozialdemokratie vorauszusetzen. Unser Genosse Silbertschmidt blieb schon 1907 trotz der ungeheuerlichsten Wahlbeeinflussung der Gegner mit nur 691 Stimmen bei der Stichwahl in der Minderheit, und schon rund 800 Stimmen mehr hätten bei der Hauptwahl genügt, um der Sozialdemokratie das Mandat zu bringen, das an den Mittelständler Nieseberg überging, nachdem der Kreis vorher nur nationalliberale Vertretung gehabt hatte. Silbertschmidt und Nieseberg kandidieren wieder, und die Nationalliberalen haben den Landtagsabgeordneten Gruson aufgestellt. Die Mittelständler sind empört gewesen über die nationalliberale Kandidatur, haben alles Mögliche versucht, die Nationalliberalen zur Zurückziehung zu bewegen, mit Repressalien in Magdeburg, Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Halberstadt-Bernigerode und Calbe-Afchersleben gedroht, in letzterem Kreis sogar anfänglich eine eigene Kandidatur aufgestellt, sich aber schließlich doch resigniert gefügt.

Der Kreis Calbe-Afchersleben kann als sicherer sozialdemokratischer Besitzstand bezeichnet werden. Nachdem die Freisinnigen die Kandidatur des Verbandsvorsitzenden der Gewerksvereine Gold-

Schmidt und die Mittelständler die Kandidatur des Schneidermeisters Liebrecht zurückgezogen haben, steht dem Genossen Albrecht nur ein Kandidat gegenüber: der Großgrundbesitzer und Kommerzienrat Cosse aus Biere, den auch das Zentrum und der Bund der Landwirte unterstützen. Der Kreis war schon 1890 sozialdemokratisch vertreten, fiel 1893 an die Nationalliberalen und ist seit 1898 im Besitze der Sozialdemokratie.

Im Wahlkreise Halberstadt-Bernigerode kandidiert neben dem Genossen Alwin Brandes, Stadtverordneter in Magdeburg, der jegliche nationalliberale Abgeordnete, Gutbesitzer Rimpau, und der konservativen Landwirt Hörnecke. Der Wahlkreis ist seit Jahren in nationalliberalem Besitze, wurde aber immer erst in der Stichwahl geholt. Die Konservativen hoffen stark, die Nationalliberalen aus der Stichwahl zu verdrängen.

Im Regierungsbezirk Merseburg sind im Besitze der Konservativen Parteien vier Kreise: Delitzsch-Bitterfeld, Merseburg-Querfurt, Mansfeld und Sangerhausen. Die Fortschrittler vertreten Wittenberg-Schweinitz und Teich-Weichenfels-Raumburg, die Nationalliberalen den Kreis Torgau-Liebenwerde. Im Laufe der letzten Legislaturperiode wurde Halle wieder von den Sozialdemokraten erobert.

Der Wahlkreis Halle, den Genosse Kunert 1909 in der Stichwahl mit noch nie erreichter Mehrheit wiederholte, darf als sicherer Besitzstand der Sozialdemokratie gelten. Zwar ist die Agitation sehr heftig, aber es hat den Anschein, als gäben die Gegner den Kreis schon verloren.

Die beste Hoffnung besteht auch für die Eroberung des Wahlkreises Teich-Weichenfels, und zwar schon in der Hauptwahl. Ein Sieg unseres Kandidaten Thiele in der Stichwahl würde dagegen ziemlich unsicher sein, weil sämtliche bürgerlichen Parteien bereits ein Abkommen auf gegenseitige Unterstützung in der Stichwahl getroffen haben. Der Umstand, daß in der letzten Zeit ein eigenes Parteiorgan für den Kreis in Teich geschaffen wurde, und daß die Parteioorganisation stark ausgebaut worden ist, läßt indes unseren Sieg im ersten Wahlgange für sehr wahrscheinlich erscheinen.

Im Kreise Sangerhausen haben die bürgerlichen Parteien sehr große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, ehe es zu einer teilweisen Einigung kam. Die Konservativen wagten es nicht, den bisherigen Abgeordneten Scherre wieder als Kandidaten vorzuschlagen, sie haben sich mit dem Bund der Landwirte auf einen Rittergutsbesitzer Dr. Ebert-Mueselitz geeinigt und zur „freisinnigen“ Führung das einzige freisinnige Blatt in der Gegend aufgekauft. Die Nationalliberalen präsentieren den Vorsitzenden des liberalen Bauernbundes, Bamhof, für den auch die Fortschrittler stimmen werden. Die sozialdemokratischen Stimmen werden sicher so weit steigen, daß es zur Stichwahl kommt, bei der dann die Liberalen den Ausschlag geben.

Verhältnismäßig ruhig sieht es noch im Wahlkreise Merseburg-Querfurt aus. Der Kreis war bisher in konservativem Besitze. Die Konservativen ließen den bisherigen Vertreter fallen und stellten einen Gutbesitzer Riele auf, die Freisinnigen parieren diese Kandidatur gleichfalls mit einem Gutbesitzer. Da bei der letzten Wahl Genosse Pollender-Leipzig, der jetzt wieder kandidiert, in der Stichwahl nur durch die freisinnige Hilfe für den konservativen Kandidaten unterlag, erscheinen jetzt unsere Ansichten als sehr günstig. Zwar ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß die Freisinnigen den Konservativen überflügeln und ihn so aus der Stichwahl drängen, aber wahrscheinlich ist das bei dem Vorsprung von 3000 Stimmen im Jahre 1907 nicht. Kommen, wie zu erwarten, Sozialdemokrat und Konservativer miteinander in die Stichwahl, so liegt die Entscheidung bei den Freisinnigen.

Am heftigsten wird der Wahlkampf im Kreise Mansfeld entbrennen. Seit 25 Jahren hat der Reichsparteiler Dr. Arendt den Kreis stets in der Hauptwahl mit erheblicher Mehrheit geholt, im Jahre 1907 mit 23 000 gegen 10 700 gegnerische Stimmen. Durch den Streit der Mansfelder Bergarbeiter ist jedoch eine andere Stimmung in die „Königsruhen“ Verleute gekommen, die bisher zum guten Teil für die Mansfeldische Wahl sich kommandieren ließen. Die Maschinengewehre, Karabinerlangen und die Bajonette der Infanterie, die gegen die Streikenden in Bewegung gebracht wurden, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Arbeiterbewegung hat ungeheure Fortschritte im Kreise gemacht und diesmal wird es sicher ausgeschlossen sein, daß Arendt im ersten Wahlgange durchdringt. Die Sozialdemokratie als der nächstbedeutende Gegner wird sich mit ihm noch in der Stichwahl zu messen haben, und die Entscheidung liegt auch hier beim Fortschritt. Leider ist auf die Fortschrittler nicht viel Verlaß. Aus Rücksicht auf das „Mansfelder System“ haben sie ihren bisherigen Kandidaten, Pastor Friese, abgelöst, weil er dafür eintrat, daß im Falle einer Stichwahl die Fortschrittler geschlossen für den Sozialdemokraten eintreten sollen. An seine Stelle trat der Landtagsabgeordnete Delius-Halle, der gewohnt ist, mit Mitteln des Reichsverbandes die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Auch die Konservativen haben die geistige Führung des Wahlkampfes dem Reichsverband übertragen.

Eine ungemein eifrige Agitation entwidelt die Fortschrittler im Wahlkreise Delitzsch-Bitterfeld. Der Kreis wird seit einer Reihe von Jahren von dem Reichsverbandler Bauermeister vertreten. 1907 erhielt dieser 10 696, der sozialdemokratische Kandidat 10 100, der Freisinnige 6654 Stimmen. Unter den damaligen Verhältnissen wurde Bauermeister mit freisinniger Hilfe in der Stichwahl gewählt. Der Freisinn gibt sich nun der Hoffnung hin, in die Stichwahl zu kommen, und dann entweder mit sozialdemokratischer oder mit konservativer Hilfe gewählt zu werden. Deswegen führt der freisinnige Kandidat, Rektor Tschanter, den Wahlkampf verhältnismäßig sachlich, um keine der Parteien ganz vor den Kopf zu stoßen. Trotzdem dürfte es den Freisinnigen nicht gelingen, den starken Vorsprung, den die anderen Parteien haben, einzuholen. Das Mandat wird von der Sozialdemokratie geholt werden, wenn der Freisinn nur halbwegs das hält, was er jetzt verspricht.

Sehr verworren liegen die Verhältnisse noch im Kreise Torgau-Liebenwerde, wo sich ursprünglich nicht weniger als fünf Kandidaten gegenüberstanden. Die Fortschrittler haben ihren Kandidaten dann zugunsten der Nationalliberalen zurückgezogen. Es kandidieren nun: für Bund der Landwirte und konservative Freiherr v. Strombeck, für die vereinigten Liberalen Prof. Orthmann und für eine Mittelstandsgruppe Tierarzt Mohler. 1907 gingen die Nationalliberalen mit den Konservativen zusammen und brachten es auf 10 000 gegen 6800 sozialdemokratische und 4000 fortschrittliche Stimmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diesmal der sozialdemokratische Kandidat mit dem Liberalen in die Stichwahl kommt, was uns allerdings nicht günstig sein würde. Allerdings fällt für uns ins Gewicht, daß sich in den letzten Jahren in stärkerem Maße Industrie im Kreise angesiedelt hat, die ein sprunghaftes Anwachsen der Arbeiterbewegung zur Folge hatte.

Der Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz war neben Mansfeld bisher der einzige Kreis, in dem es der Sozialdemokratie nicht gelang, in die Stichwahl zu kommen. 1907 wurde mit sozialdemokratischer Hilfe der Freisinnige Dr. Dove, der auch diesmal wieder kandidiert, gegen den Konservativen gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat blieb allerdings nur mit ca. 1000 Stimmen hinter dem Freisinnigen zurück. Unsere Partei arbeitet im jetzigen

Wahlkampf mit großer Anstrengung, aber die Agitation wird besonders in dem rein ländlichen Kreise Schweinitz dadurch erschwert, daß und nicht ein einziges Lokal zur Verfügung steht. Trotzdem haben unsere Genossen Hoffnung, an Stelle des Fortschrittlers mit dem Konservativen in die Stichwahl zu kommen. Wird diese Hoffnung erfüllt — und die Stimmung in der Landbevölkerung spricht dafür —, dann würden diesmal die Fortschrittler den Ausschlag geben und sie hätten somit auch hier Gelegenheit zu zeigen, wie ernst es ihnen mit dem Kampfe gegen das Junkertum ist.

Stelbische Wahlangelegenheiten.

In Ostpreußen wiederholt sich auch diesmal das gewohnte Wahlbild: Die Landarbeiter werden herdenweise auf Leiterwagen zu den konservativen Wahlversammlungen gefahren; sie erhalten 30–50 Pf. Rehrgeld. In den kleinen Städten allerdings haben die Konservativen ausgespielt, sie bekommen von den Arbeitern die heftigsten Vorwürfe zu hören. In Labiau-Wehlau und in anderen Wahlkreisen kämpfen die Konservativen mit den unauferlichsten Ritten gegen die Liberalen. So warfen sie einem liberalen Redakteur vor, er wäre wegen Unterschlagung amtlicher Gelder zu Gefängnis und Arbeitshaus verurteilt worden. Der Mann mußte abtreten. Seinem Nachfolger wurden in einem anonymen Schreiben die schmutzigsten Dinge nachgesagt. Als die Konservativen hörten, daß ein Malermeister sein Auto den Verlust der ländlichen Kundschaft zu danken kündigt, kündigte sie ihm den Verlust der ländlichen Kundschaft zu. diesen Fall an. Als ein Arbeiter den Gutbesitzer, bei dem er arbeitete, ermahnte, die Stube renovieren zu lassen, erhielt er zur Antwort: „Wir wollen erst sehen, wie die Wahlen ausfallen.“ Als ihm erwidert wurde, das hätte doch mit den Wahlen nichts zu tun, sagte der Agrarier: „Wählt nur alle sozialistisch, dann wird alles noch teurer als es schon ist.“ Ein Lehrer im Kreise Labiau-Wehlau ließ die Kinder je 50 Pf. mitbringen, wofür sie folgende Quittung erhielten:

„Geschrieben fünfzig Pfennig sind heute bezahlt für den konservativen Verein, worüber diese Quittung.“

Eine Frau erhielt auf ihre Frage nach dem Zweck dieser Spende die Antwort: „Wir haben nächsten Wahlen und da brauchen wir Stimmzettel und Porto.“

Noch ein Durchfallskandidat.

Die Liberalen des Kreises Niederbarnim haben als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl den Redakteur Erdmannsdorffer aus Charlottenburg aufgestellt. Bei der vorigen Wahl hatten die mannhaften Liberalen ihre Stimmen auf den bürgerlichen Sammelkandidaten, den freikonservativen Bürgermeister Fietzen aus Nichtenberg, der auch für die kommende Wahl konservativer Kandidat ist, vereinigt. Die Sozialdemokratie, deren Kandidat für den Kreis bekanntlich Genosse Arthur Stadthagen ist, wird den beiden Herren einen glänzenden Durchfall bereiten.

Junkerliche Wahldemagogie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beginnt eine Artikelserie gegen die Sozialdemokratie. Ihre Bekämpfung dieses, wie sie sagt, „ersten und gefährlichsten Gegners der deutschen Landwirtschaft“, will sagen des agrarischen Großgrundbesitzes und seiner unerfülllichen Ventegier, läuft offenbar darauf hinaus, den alten Platanen des Reichs „Wahrheits“-verbandes wieder einmal auf die Köpfe der Wähler zu entleeren.

Die „Deutsche Tageszeitung“ will zeigen, wie die Sozialdemokratie tatsächlich über die Monarchie, das Vaterland, über unsere Armee, über die Religion um denks. Dagegen wäre nicht das geringste einzuwenden, wenn das Junkerorgan auf Grund des sozialdemokratischen Programms und der sozialdemokratischen Literatur den Standpunkt der Sozialdemokratie zu diesen Institutionen kennzeichnen wollte. Da die Sozialdemokratie ihren Standpunkt jederzeit mit der erdenklichsten Klarheit ausgesprochen hat, während das Programm und die sozialdemokratischen Schriften ihr ausreichendes Material liefern, freilich wäre dann das Liebemühen der junkerlichen Samieranten ein recht überflüssiges Unternehmen, denn so wenig wie in ihren programmatischen Schriften macht die Sozialdemokratie auch in ihrer Wahlagitation, in ihren Versammlungen usw. auch nur den geringsten Hehl daraus, daß sie republikanische Ziele vertritt, daß sie an die Stelle unseres vom Junkertum beherrschten stehenden Heeres, das eventuell gegen die eigenen Landesfinder verwendet werden soll, eine Volkswehr setzen will, die sich nicht von den herrschenden Machthabern gegen das eigene Volk mißbrauchen läßt, und daß sie unsere heutigen Staatskirchen und ihre Organe, ebenso wie jeden religiösen Zwang beseitigen und die Religion zur Privatangelegenheit jedes einzelnen machen will. Aber mit solcher christlicher Polemik gegen die Sozialdemokratie ist den junkerlichen Schnapphähnen natürlich nicht gedient. Sie wissen, daß sie bei jeder objektiven Diskussion über die politischen, militärischen und kirchlichen Angelegenheiten sehr schlecht abschneiden würden. Nicht auf eine sachliche Auseinandersetzung kommt es den Stipendiaten des agrarischen Liebesgabendienstes an, sondern auf blöde Herunterreißerei der Sozialdemokratie, auf die gehässigsten und absterblichsten Denunziationen, auf die knorpelloseste Entstellung der Wahrheit. Das, was das Junkerblatt in seinem ersten Artikel an Zitate präsentiert, beweist deutlich genug die geradezu abstoßende Unschicklichkeit seiner Kampfmethode.

Unterziehen wir einige der Zitate des Viertel-Blattes einer kurzen Kritik.

Da heißt es: „Die Rühmlicher Post“ verglich den Helidentot auf dem Schlachtfelde mit der Abschichtung von Schweinen“

Bekanntlich handelte es sich bei der betreffenden Notiz gerade um die Kennzeichnung der junkerlichen Wehrkräfte, Bürger im Waffenrock einfach als Kanonensfutter zu mißbrauchen, ohne daß für das Volk selbst auch nur die geringste Notwendigkeit für solche Massenmorde vorliegt. Wenn es den Junkern tatsächlich gelänge, mit ihrer fribolen Kriegshege der lächerlichen Marokko-angelegenheit wegen deutsche Soldaten zur Schlachtkampfbank zu treiben, wäre das denn etwas anderes gewesen, als die Soldaten gleich einer Viehherde ans Messer zu liefern? Die deutsche Regierung schreckte vor einer solchen ungeheuerlichen Verantwortung zurück, und der Reichskanzler Bethmann Hollweg war es ja bekanntlich, der die wüste Kriegshege des Junkerführers von Heubrand als knorpelloseste Wahlmacht gebührend an den Pranger stellte!

In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es weiter: „Der Redakteur des sozialdemokratischen Blattes in Königsberg wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er das Denkmal der Königin Luise als ein Schandmal bezeichnet hatte.“

Richtig ist, daß dies ungebührliche Urteil gefällt wurde. Ueber das Urteil aber schrieb die „Kölnische Volkszeitung“, also das führende Organ der Zentrumspartei, dieser Verhandlung der Junker, am 7. Januar 1908 das Folgende:

„Der Dünkel der Ueberpatrioten und die Liebedienerei der untertänigen Streberwelt kommt in Puppen und Puppchen, in allerhand sadem Bittelsang und in abgeschmackten Niedlich-

keiten zum Ausdruck. Ein fanatisches Streben, möglichst viele Feste zu feiern und möglichst viele Denkmäler zu bauen, ist die Signatur des modernen Deutschland, keiner aber sieht ein, daß gerade diese Fest- und Denkmäler uns zeigt, wie klein wir geworden sind. Daher auch der ingratinige Zorn, wenn ein sozialdemokratischer Redakteur ein solches Denkmal verhöhnt. Das war gewiß nicht schön von dem Manne, aber es ist eine Art Gegendruck wider eine kolossale Uebertreibung."

Und in der vom Reichstagsabgeordneten Friedrich Krausmann, auch einem hochmonarchischen Manne, herausgegebenen „Hilfe“ vom 12. Januar 1908 hieß es:

„Was stand in dem Artikel? Eine süddeutsche sozialdemokratische Zeitung hat ihn wörtlich nachgedruckt. Wenn man ihn liest, ist man wie vor den Kopf geschlagen, daß der Artikel eine Majestätsbeleidigung enthalten soll. Der Name des Kaisers kommt gar nicht drin vor. Die Bosheit gegen das Denkmalkomitee ist mächtig pointiert. Die Ueberschrift ist wenig geschmackvoll — der Redakteur erklärte sie für ein Zitat aus einer nationalliberalen Zeitung, — aber das übrige sind mehr oder weniger sachliche historische Auseinandersetzungen darüber, was für eine Rolle die Hohenzollernfamilie in jenen Unglücksjahren gespielt, und daß die königliche Luise durchaus nicht verdiene, als Nationalheilige gefeiert zu werden. Ueber ihren Charakter werden einige sehr bittere und beleidigende Worte gesagt. Die stammen aber nicht von dem Redakteur Kardwald, sondern von keinem Geringeren als Alexander v. Humboldt.“

Weiter wird eine Äußerung des Reichstagsabgeordneten Koste zitiert, die das Bekenntnis der republikanischen Gesinnung der Sozialdemokratie enthält.

Dazu hätte das Junferblatt sich wahrhaftig nicht auf den Genossen Koste zu berufen brauchen. Die republikanische Gesinnung der Sozialdemokratie ist auch weltbekannt und von ihr selbst nie geleugnet worden. Die Erhebung der demokratischen Republik ist auch das gute verfassungsmäßige Recht der Sozialdemokratie.

Wie sieht es aber mit der monarchischen Treue der bis auf die Knochen königstreuen Junker? Im September 1896 schrieb ein für Stöcker begeistertes konservativer Pastor in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe der achtbarsten und angesehensten Männer nennen, die, wenn man ihre Privatäußerungen veröffentlichten wollte, ohne weiteres der Majestätsbeleidigung für schuldig befunden werden müßten.“

Und am 7. September 1902 schrieb das „Vaterland“, das Organ des konservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen:

„Gelingt es nicht, eine Wendung zum Besseren und eine allmähliche Befundung unseres Bauernstandes herbeizuführen, dann ist sein Ende nicht allzu fern mehr. Wenn das aber einmal besiegelt ist, die zur Verzweiflung getriebene Landbevölkerung mit dem Proletariat der Städte sich vereinigt, dann werden die Throne zusammenbrechen.“

Und die „Deutsche Tageszeitung“ selbst übernahm freudig diese konservative Drohung für den Sturz der Throne durch die Landbevölkerung. Sie erklärte am 16. September 1902 das „Stimmungsbild“ des sächsischen Blattes ausdrücklich als „wahrheitsgemäße Schilderung der Stimmung und ihrer unaussprechlichen Folgen“. Die Worte des „Vaterlandes“ seien „erst, tiefer, bitter wahr und mögen manchem nicht angenehm in die Ohren klingen; aber wahr sind sie, unzweifelhaft wahr, bitterwahr.“

Das ist der agrarische Prozentmonarchismus! Weiteres in einem nächsten Artikel.

Der Krieg.

Wieder ein „Erfolg“.

Tripolis, 14. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) In der Nacht zum 13. Dezember hat sich in Tripolis, Kizara und Hom 6 nichts Neues ereignet. Gestern vormittag begannen die Operationen zur dauernden Besetzung Tadjuras. (Ein kleines von den italienischen Schiffsgeschützen zusammengeschossenes Araber-Netz 20 Kilometer östlich von Tripolis. D. Red.). Generalstabs- und Pionieroffiziere begaben sich nach der Gegend von Tadjura, um die Linienführung der zur Aufrechterhaltung der geplanten Besetzung notwendigen Befestigungswerke zu bestimmen. Um 8 Uhr 30 Minuten ging das 93. Infanterieregiment mit einer Abteilung Gebirgsartillerie und einer Pionierkompanie von Tripolis nach Tadjura ab, zur selben Zeit verließen die 11. Versaglieri mit einer Schwadron Kavallerie Kizara. Diese Truppen vereinigten sich dann südlich von Vellahar und gingen von Westen und Süden her gegen Tadjura vor, wobei sie die ganze Oase durchsuchten. Die Truppen kamen gegen 11 Uhr in Tadjura an, wo sie nur einige unbewaffnete Araber fanden, die sich ergaben und die Waffen, welche sie in Säcken hatten, abliefern. Um 1 Uhr hielten die Truppenabteilung, welche in Tadjura bleiben soll, die italienische Fahne auf dem höchsten Punkte von Tadjura, wo sofort mit der Herstellung von Schanzen begonnen wurde. Die italienischen Aufschlitzer wurden von einigen Araberschicks beauftragt, zu ermitteln, ob die italienischen Behörden bereit seien, ihre Unterwerfung anzunehmen.

In Bengali ist die Lage unverändert.

Austausch von Kriegsgefangenen.

Konstantinopel, 14. Dezember. „Sabah“ erzählt, der Pforte sei auf diplomatischem Wege der Vorschlag gemacht, die Kriegsgefangenen auszutauschen. Die Zahl der gefangenen Türken betrage 86, die der Italiener etwa 150.

Eine arabische Verschwörung in Tripolis?

Rom, 14. Dezember. Nach einer Depesche aus Tripolis hat die italienische Polizei 15 Araber verhaftet, welche angeklagt werden, ein Komplott gegen die Sicherheit der Stadt vorbereitet zu haben. Sie hielten in ihrem Hause Versammlungen ab und standen in ständiger Verbindung mit der Konstantinopeler Regierung sowie dem türkischen Lager. Sie erleichterten außerdem den Waffenschmuggel an der tripolitischen Küste. Einer der Angeklagten hatte Bonkette veranfaßt, an denen auch Vertreter der italienischen Behörden teilnahmen. Ueberhaupt hatten es die Angeklagten verstanden, durch ihr sicheres Auftreten die Wachsamkeit der italienischen Behörden einzuschränken. Die Mehrzahl der Verschwörer ist auch an der Revolte der Araber in Tripolis, welche zu den schwersten Kämpfen vom 23. Oktober führte, nahe beteiligt.

Italienische Kriegsschiffe im Ägäischen Meer.

Konstantinopel, 13. Dezember. (Meldung des Wiener R. A. Telegr. Korresp.-Bür.) Wie der Wali von Adrianopel meldet, haben am

8. und 9. des Monats italienische Kriegsschiffe in der Nacht mit Scheinwerfern die Küste bei Smirnicina beleuchtet. — Der Matrosen von Adalia hat telegraphisch mitgeteilt, daß in der Nacht vom 9. des Monats drei unbekannte Kriegsschiffe aus der Richtung von Alexandria kommend Finca in einer Entfernung von zehn Meilen in der Richtung auf Rhodus zu passiert hätten.

Die Revolution in China.

Die Unruhen in der Mandschurei.

London, 13. Dezember. Wie dem Reuterschen Bureau aus Port Arthur gemeldet wird, sind 350 Russen nach Peking abgegangen. Ferner wird von dort gemeldet, daß neue Unruhen in Liaohang ausgebrochen und 600 Russen auf dem Wege nach Mukden seien, das sich im Belagerungszustande befinde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember 1911.

Die Erträge der neuen Steuern.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt gegenüber Darstellungen in der liberalen Presse, daß die Einnahmen aus den vom Schnapsbrot geschaffenen neuen Steuern tatsächlich in viel höherem Maße eingegangen seien, als von liberaler Seite behauptet wurde. Der Dauerertrag sei auf 417 Millionen eingeschätzt worden. Dagegen sei im Jahre 1910 eine Einnahme von 313,1 Millionen erreicht worden, die Einnahme sei also um 103,9 Millionen hinter dem erwarteten Dauerertrag zurückgeblieben. Für 1911 rechnet man 392,4 Millionen Einnahme, also nur mit einem Minderertrag gegenüber dem Dauerertrag von 24,6 Millionen. Im Etat für 1910 habe man nur mit 295,2 Millionen gerechnet, so daß hier ein Mehrertrag von 17,9 Millionen sich ergeben habe, 1911 dagegen rechnet man über den Etatsanlaß hinaus mit einer Mehreinnahme von 54,2 Millionen.

In den beiden Jahren 1910 und 1911 also haben die neuen Steuern 72,1 Millionen mehr erbracht, als im Etat dafür angelegt waren. Da nun aber bekanntlich nach Ausführungen des Reichsfinanzsekretärs Vermuth in den beiden Jahren 1910 und 1911 ein Gesamtmehrertrag von 234 Millionen vorhanden sein soll, ergibt sich daraus, daß zu dem von der Regierung als zu günstig dargestellten Stand unserer Reichsfinanzen zum weitesten größten Teile die Mehreinnahmen aus anderen Steuern beigetragen haben. Diese Mehreinnahmen sind aber ausschließlich auf die in zwischen eingetretene bessere Konjunktur zurückzuführen. Sobald sich diese Konjunktur wieder verschlechtert, muß sich auch der Stand unserer Finanzen sowohl durch die Mindereinnahme aus den alten Steuern, als auch aus den vom Schnapsbrot beschlossenen neuen Steuern wieder erheblich verringern. Jedes Nachlassen der Konjunktur muß uns also die Misere der Defizitwirtschaft wiederbringen! Und dabei planen die bürgerlichen Parteien bereits enorme Mehrbelastungen des Etats durch neue Heeres- und Flottenausgaben!

Zentrum und Zuchtionsvorlage.

Nach den Ankündigungen des sächsischen Staatsministers Grafen Bismarck v. Eckardt kann es kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß den kommenden Reichstag eine neue Zuchtionsvorlage gegen die Arbeiterorganisationen, die in der Folge wegen der immer höher steigenden Lebensmittelpreise mehr denn je auf Lohnkämpfe angewiesen sein werden, beschärfen wird. Die sächsische Regierung will nach der Erklärung des Grafen Bismarck dafür besorgt sein, durch Instruierung der sächsischen Vertreter im Bundesrat auf die Dringlichkeit der Lösung dieser Frage hinzuwirken. Konservative und Nationalliberale haben sich bereit, dem gräflichen Scharmacher zuzustimmen. Und das Zentrum? — Wer die Entwicklung dieser Partei verfolgt hat, kann nicht darüber im Zweifel sein, daß die schwarzen Volks- und Arbeiterfeinde sich beeilen werden, einer neuen Zuchtionsvorlage zuzustimmen. Schon im März dieses Jahres hat der Zentrumsabgeordnete Giesberts auf dem westfälischen Parteitag in Dortmund die Bereitwilligkeit seiner Fraktion zu Gewaltstreichen gegen die Gewerkschaften unerbittlich ausgesprochen. Er sagte am 26. März 1911 nach dem Berichte der ultramontanen „Tremonia“:

„Die Terrorisierung der christlichen und nichtsozialdemokratischen denkenden Arbeiter durch die Sozialdemokratie ist heute so groß, daß dagegen etwas geschehen muß, und das Zentrum wird alles anbieten müssen, um diesen Terrorismus zu brechen.“

Ein Arbeiter war es, der ehemalige Kesselfeizer Johann Giesberts, der hier unter Verleuerung des verlogenen Sprachsleins dem „sozialdemokratischen Terrorismus“ die Bereitwilligkeit seiner Partei zur Beteiligung an einem neuen Attentat auf das Koalitionsrecht im voraus zugesagt hat!

Das Organ der Kohlenbarone und Härtengewaltigen, die „Alein.-Welt. Ztg.“, schrieb am 20. September 1911, daß auch das Zentrum in seiner sozialpolitischen Haltung zweifellos eine Schwenkung vollzogene und sie wies darauf hin, daß der Vorschlagsauschuss des Reichstags verschiedene Unternehmerrückgaben, die einen verhärteten Arbeitswillensschwund verlangten, auf Befürwortung des Zentrumsabgeordneten Göring dem Reichsfinanzsekretär als Material zum neuen Strafgesetzbuch überwiesen wurden.

Vor Jahren klagte die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in einer Zuschrift aus Essen, daß es im Ruhrgebiet die Christlichen womöglich noch schlimmer trieben als die Sozialdemokraten. Ferner schrieb der Verfasser:

„Bei der Bestellung von Streikposten ist das Verhalten der sogenannten Christlichen viel gewöhnlicher als das der roten Erüder.“

Damals sagte auch noch der christliche Gewerkschaftsführer Schiffer auf dem Kongress in Breslau:

„Noch haben wir einen Klassenstaat mit einer gewissen Klassenjustiz, die oft tolle Blößen treibt. Das muß hier offen ausgesprochen werden. Was soll man dazu sagen, daß Arbeiter, die bei einem Streik Posten stehen, oder Arbeiterführer wegen eines leichtsinnigen, unvorsichtigen Wortes monatelang in Gefängnis wandern, während auf der anderen Seite Unternehmer, die den Gesetzen strikt zuwiderhandeln, mit kaum fühlbaren Geldstrafen davonkommen? Was soll man weiter dazu sagen, wenn man einen christlichen Gewerkschaftsführer ohne jeden ersichtlichen Grund ins Gefängnis steckt und wochenlang dort behält, offenbar nur, weil er Führer eines Streiks ist?“

Dazumal höhnte auch die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ über den „Sang der Arbeitswilligen“, der nur im Interesse der Unternehmer geschreie, und das Blatt nannte die „nützlichen Elemente“ Berräter ihrer Klassengenossen. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (das damals von Herrn Giesberts redigierte Organ der katholischen Arbeitervereine) wies in ihrer Nummer 7 vom Jahre 1908 nach, daß die Streikfäden im Verhältnis zur Zahl der Beteiligten gemäß der amtlichen

Statistik verschwindend gering seien; der dritte Teil der Angeklagten werde noch freigesprochen, obwohl die Berichte sogar nach dem Zeugnis der Scharfmacherliteratur (Dr. Vollenstedt in den „Sozialwirtschaftlichen Zeitfragen“) „systematisch streng gegen Mißbräuche der Arbeiterberufsvereine und Streiks einschritten“.

Die „Westd. Arbeiterzeitung“ sprach „der Gefügigkeit der Arbeiter alle Anerkennung aus“, zumal angesichts der „begreiflichen Erregung der streikenden und brutal ausgebeuteten Arbeiter“, denen ihre eigenen Berufscollegen als Streikbrecher in den Rücken fallen“. Dann wies das Blatt noch auf die Milde der Richter gegenüber den Gesetzesübertretungen der Unternehmer hin und schloß: „Ja, ja, Frau Justitia trägt eine Wunde vor den Augen!“

Das war einmal! Im selben Maße wie das Zentrum sind die christlichen Arbeiterführer immer mehr zu Volks- und Arbeiterfeinden heruntergesunken. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß es kaum noch eine gesetzgeberische Nichtstunzeit gibt, für die die Zentrumsparthei im allgemeinen und ihre „Arbeitervertreter“ im besonderen nicht zu haben sind. Und so ist auch an der — übrigens ja schon erklärten Zustimmung der Schwarzen zu einer neuen Zuchtionsvorlage kein Zweifel mehr möglich.

Die Verfassungsreform im Obotritenlande.

Der vierte Akt der medienburgischen Verfassungskomodie hat seinen Abschluß gefunden. Die „hohe großherzogliche Regierung“ gibt vorläufig nach und läßt „bis auf weiteres“ das „große Werk der Verfassungsreform ruhen. Aus Sternberg kommt folgende offiziöse Radrikat:

Dem Landtage ist ein Reskript der großherzoglichen Regierung betreffend die Verfassungsreform zugegangen. Dieses Reskript führt in der Einleitung aus: Trotz langwieriger Verhandlungen ist es nicht gelungen, die von uns in Angriff genommene Reform zu einem annehmbaren Abschluß zu bringen und das ihr gesetzte Ziel zu erreichen. Wir haben es daher als unsere Aufgabe angesehen, im Interesse einer Verständigung unsere eigenen Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der neuen Landesverfassung zurückzustellen und den Versuch zu machen, von einer anderen Grundlage aus mit unseren beiden getreuen Ständen über die Verfassungsreform zu einer Einigung zu gelangen. Sodann wird ausgeführt, daß auch der dem diesjährigen Landtage vorgelegte letzte Verfassungsentwurf von der Landchaft abgelehnt worden sei.

Das Reskript schließt: Wir wollen unter diesen Verhältnissen auf die Fortsetzung der Beratungen über die Abänderung der bestehenden Landesverfassung in dem gegenwärtigen Landtag verzichten. So bedauerlich dieser Ausgang auch ist, so sind wir doch durch das in dem Entschlusse nicht wankend geworden, die von uns in Angriff genommene und als notwendig erkannte Verfassungsreform durchzuführen. Wir hoffen, daß unsere getreuen Stände sich durch den bisherigen Verlauf der Verhandlungen davon überzeugen werden, daß ein weiteres Entgegenkommen beider Stände unbedingt notwendig ist, wenn die Reform auf verfassungsmäßigem Wege zum Abschluß gebracht werden soll. Die Kommissarien werden aufgefodert, diesen Erlaß an den Landtag herauszugeben.

Die beiden Kammern des elsass-lothringischen Landtags

arbeiten gegenwärtig in den eingesetzten Spezialkommissionen ihre Geschäftsordnungen aus. Dabei hat sich diese Woche bei der ersten Lesung des eingegangenen Vorentwurfs in der Zweiten Kammer die erfreuliche Uebereinstimmung aller vier Fraktionen (Zentrum, Sozialdemokratie, Liberale und Völklinger Block) dahin ergeben, die Geschäftsordnung möglichst demokratisch zu gestalten. So wurde einstimmig beschlossen, von dem in den meisten Geschäftsordnungen noch enthaltenen sogenannten Hausrechtsparagrafen (zeitweiliger Ausschluß eines die Ordnung störenden Abgeordneten von den Sitzungen) abzusehen. Ferner kam man einstimmig überein, dem Interpellationsrecht den erforderlichen Nachdruck durch die Ergänzung zu verleihen, daß durch Beschluß des Hauses die Handlungsweise der Regierung nach erfolgter Erörterung gebilligt oder mißbilligt werden kann. Bekanntlich hinfert der Geschäftsordnung des Deutschen Reichstages in dieser Beziehung ein schwerer Mangel an.

Januschauerliche Dichtkunst.

Auf der Hauptversammlung der konservativen Westpreußen in Danzig am 12. d. Mts. wurde ein hieb- und stichfestiger Vorstand gewählt, in dem offenbar zur Ehre der Frauen und des Mittelstandes neun Adelige sitzen; auch die übrigen acht sind unverdächtige Beamte und Agrarier. Eine mit begeisterten Beifall aufgenommene Rede des Herrn v. Didenburg-Januschau schloß mit folgendem herrlichen Gedicht:

„Und spiegelt in der Reize sich
Auch Rußlands Kaiserthron
Und in der Seine emsiglich
Der fränkische Koloh.
Sieht England stolz und drohend aus
Auf seiner stolzen Höhe,
Wir stehen für das Kaiserthron
Am grünen Strand der Spree.“

Historisch treuer und aufrichtiger wäre jedenfalls folgender Schlußvers:

Wir treten ein im Reichstagshaus
Für unser Portemonnaie!

Wie die christlichen Arbeiter vom Zentrum angeschmiert werden.

Bei der Gemeindevahl in München wurde den christlichen Arbeitern versprochen, daß das Zentrum den christlichen Arbeitersekretär Königbauer zum Magistratsrat machen werde. Donnerstag fand nun die Wahl der Magistratsräte statt. Obwohl die Zentrumsfraktion sich ehrenwörtlich verpflichtet hatte, Königbauer zu wählen, blieb dieser mit drei Stimmen in der Minderheit und ist somit durchgefallen. — Die christlichen Arbeiter sind also wieder einmal vom Zentrum angeschmiert worden.

Wer terrorisiert?

Ein klassisches Beispiel von Zentrumsterrorismus liefert der Begründer und geistige Leiter des Zentrumswahlvereins in Mülhausen i. E., Herr Dr. Gethy. Vorsitzender der Prekominmission des dortigen Zentrumsblattes „Oberelb. Landesztg.“ Er veröffentlicht in diesem Blatte folgende Erklärung.

„Das Mülhauser Tagblatt“ vom Sonnabend schreibt in bezug auf kirchliche Anzeigen folgendes: „An die Herren Geistlichen richten wir die dringende Bitte, uns die Zeilen der einzelnen Gottesdienste bezw. etwa eintretende Veränderungen bis Freitag mittag 12 Uhr zugehen zu lassen, da später eingehende Mitteilungen oft nicht mehr berücksichtigt werden können.“

Diese Bemerkung berechtigt zur Annahme, die Herren Geistlichen hätten dem „Mülhauser Tagblatt“ die kirchlichen Anzeigen regelmäßig mitgeteilt. Ich erkläre hiermit, daß es für mich der Fall nicht ist. Es schien mir bis dahin aus verschiedenen Gründen nicht angängig, heute aber solches tun, wäre Verrat.

Das „Mülhauser Tagblatt“ ist kein neutrales Blatt mehr, aber wohl ein ausgeprägtes Parteiblatt, welches in wichtigen Punkten unverblümt Stellung gegen die Katholiken nimmt. Die Lage ist nun geklärt. Die Katholiken wissen, zu was sie verpflichtet sind. Deshalb hat der Vorstand des Männervereins

von St. Joseph beschlossen, die Mitglieder, welche das feindliche „Tagblatt“ halten, aus der Liste des Vereins zu streichen. Selbsthaltung und Vereinsrechte gebieten es.

Das „Mühlhäuser Tagblatt“ ist eines der sogenannten neutralen Blätter, welche liberale Tendenzen haben. Um die Tragweite der Veröffentlichung des Zentrumsführers Pfarrers Getty zu verstehen, muß man wissen, daß mit dem katholischen Männerverein St. Joseph in Mühlhausen i. S. eine Darlehensklasse verbunden ist, von welcher viele kleine Hauseigentümer abhängen. Entweder sie parieren auch politisch, oder die Darlehen werden ihnen gestündigt!

In Schlesien machen wir das so!

Der Amtsvorsteher von Kunzendorf, Kreis Glogau, verbot eine für den Totensonntag angelegte Versammlung unter freiem Himmel, weil dadurch das religiöse Empfinden der dortigen Bevölkerung gestört werden könnte. Jetzt antwortete der Landrat, Herr Singelmann, auf die eingelegte Beschwerde folgendes:

Glogau, den 7. Dezember 1911.

Auf die Beschwerde vom 2. d. Mts.

Nach der Verordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 9. März 1896 (Wegener „Amtsblatt“, Seite 60) sind alle öffentlichen demerksamen Arbeiten an Sonn- und Festtagen verboten. Im Sinne dieser Verordnung hat der Herr Amtsvorsteher in Kunzendorf die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel die Genehmigung verweigert zu müssen geglaubt, insbesondere, weil dieselbe an dem Totensonntag abgehalten werden sollte, wodurch das religiöse Empfinden des weitläufig überwiegenden Teiles der Bevölkerung verletzt worden wäre.

Der Herr Amtsvorsteher hat also bei der Verlesung der Genehmigung weniger das Vereinsgesetz, als vielmehr die äußere Festhaltung des sehr hohen Festtages im Auge gehabt.

Ich vermag daher die Verfügung des Herrn Amtsvorstehers nicht zu tadeln, wiewohl dieselbe in den Vorschriften des Vereinsgesetzes keine Grundlage findet. Ich habe den Herrn Amtsvorsteher hierauf aufmerksam gemacht. — Die beantragte Aufhebung des angefochtenen polizeilichen Bescheides ist gegenstandslos geworden, nachdem der Tag, an dem die Versammlung stattfinden sollte, längst vorüber ist. — Ueber die jetzt allein maßgebenden Vorschriften des Vereinsgesetzes habe ich den Herrn Amtsvorsteher aufgeklärt.

Die Umtriebe gegen die portugiesische Republik.

Den aufsehenerregenden Enthüllungen der „Humanität“ folgt ein Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ auf dem Fuße. Das Blatt bezeichnet die Behauptung, Riberlen-Wächter habe von dem französischen Vorkämpfer freie Hand in Angola anstatt der Kompensation am Kongo verlangt, als unsinnig. Dann wendet es sich gegen die Angabe, daß mit Wissen der deutschen Regierung im Hamburger Hafen zwei Schiffe mit Waffen und Munition für die portugiesischen Royalisten gelegen hätten, deren Abfahrt erst auf Vorstellungen zweier Großmächte verhindert worden sei. Das Blatt schreibt: Die Tatsachen sind folgende: Am 18. Oktober meldete der Kaiserliche Gesandte in Lissabon, die portugiesische Regierung glaube in Erfahrung gebracht zu haben, daß sich zwei portugiesische, angeblich Führer der monarchistischen Bewegung, in Hamburg aufhielten, um dort Kriegsschiffe oder Kriegsmaterial anzulassen. Die deutsche Regierung ließ alsbald Erkundigungen an Ort und Stelle einziehen. Diese ergaben, daß die beiden von Lissabon signalisierten Herren zwar tatsächlich Mitte Oktober in Hamburg gewesen, inzwischen aber von dort, ohne Waffen- oder dergleichen Einkäufe gemacht zu haben, nach Paris weitergereist waren. Jene welche Vorstellungen von dritter Seite sind in dieser Angelegenheit nicht erhoben worden. Kürzlich teilte die portugiesische Regierung mit, in Hamburg seien Ende November mehrere Schiffe für Rechnung monarchistischer Verschwörer mit Artilleriematerial und Munition beladen worden. Auch auf diese Mitteilung hin sind unverzüglich Nachforschungen in Hamburg eingeleitet worden. Zu einem Ergebnis haben diese Nachforschungen bisher nicht geführt.

Weiter sind die Angaben der „Humanität“ über eine Verletzung portugiesischer Forts und Territorien im Kubangobiete durch Deutschland richtigzustellen. In Wirklichkeit liegt Libebe auf deutschem Gebiete. In der Nähe dieses Ortes haben die Portugiesen, gleichfalls nach auf deutschem Gebiete, ein Fort errichtet. Der deutsche Gewaltstreik gegen dieses Fort beschränkt sich darauf, daß kürzlich in Lissabon deutschseits Vorstellungen erhoben wurden, um die Zurückziehung (1) des Forts auf portugiesisches Gebiet zu erreichen.

Ferner stellt eine offizielle Erklärung aus München in Abrede, daß im Schlosse zu Rymphenburg politische Zusammenkünfte stattgefunden hätten.

Die persische Krise.

Petersburg, 14. Dezember. Hier sind Nachrichten aus Teheran eingetroffen, daß das persische Kabinett infolge der Vermittelung des englischen Gesandten sich bereit erklärt, Shuster zu entlassen und die Kosten der russischen Expedition zu ersetzen. Da kein Geld vorhanden ist, will die persische Regierung Konzessionen gewähren. Die Forderung der englisch-russischen Kontrolle bei der Beamtenernennung wird dagegen abgelehnt. Wie aus maßgebenden Kreisen verlautet, besteht aber die russische Regierung auf der Erfüllung ihrer Forderungen in vollem Umfange.

Oesterreich.

Der Etat.

Die Staatsfinanzen haben sich nach dem „Es geht uns nicht schlecht“ des Finanzministers Kochtowski im Jahre 1906 ähnlich entwickelt wie die des Deutschen Reiches nach dem „Wir schwimmen im Gelde“ des Schatzsekretärs Ziehmann. 1906 noch ein Ueberschuß von 146 Millionen, 1908 nur noch 14 Millionen und 1909 ein Abgang von 88 Millionen und 1910 ein weiterer von 5,8 Millionen Kronen. Die österreichischen Staatsschulden sind von 9000 Millionen in 1901 auf 12.248 Millionen in 1911 gestiegen, worunter allerdings 1633 Millionen Eisenbahnstaatlichschulden. In den letzten zehn Jahren wuchs die Staatsschuld um eine Million pro Tag! 423 Millionen erforderlich die Tilgungen.

Und es wird fieberhaft weiter gerüstet!

Frankreich.

Die Marokkoverhandlungen.

Paris, 14. Dezember. Die Kammer begann heute bei überfülltem Hause die Debatte über den deutsch-französischen Vertrag. Graf de Mun begründet seinen Antrag, die Ratifizierung bis nach Abschluß der französisch-spanischen Verhandlungen aufzuschieben. Er behauptet, daß das Abkommen Deutschland einen Teil des französischen Territoriums überlasse. Es sei das schlimmste, daß Frankreich ein derartiges Unglück zustohe. Das Abkommen ohne Deutschland die Tore zum Inneren Afrikas. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten Caillaux und des Staatssekretärs v. Riberlen-Wächter ließen noch tiefergehende Umgestaltungen Afrikas voraussehen; die Regierung werde darüber Erklärungen abgeben müssen. Der Medner hat die Regierung um Auskunft darüber, ob dem Abkommen von 1909 eine geheime Klausel angefügt war, die Frankreich das Protektorat aufrechterhalten müsse man sie achten. Die Regierung könne nicht sagen, was sie von Spanien fordere, noch was sie von ihm erzwinge. Medanteur: Albert Sachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt.

halten werde. Die Kammer kann aber nicht ein Abkommen betreiben, dessen Hauptklausel unbekannt sei. In den französisch-spanischen Verhandlungen sind wir auf England gekommen. Frankreich hat nicht mehr Gründe als England, eine alte Freundschaft zu vergessen. Bei dem gegenwärtigen Stande Europas hat weder der eine noch der andere eine Freundschaft zuviel. (Beifall.) (Beifall.) Die Minister applaudieren.) In keinem Augenblicke war die Lage bedrohlicher. Wir werden nicht in die Falle gehen, eine Freundschaft mit einem neuen Feinde zu schließen. (Beifall.) Der Medner schloß, indem er die Kammer beschwor, sich ihr Votum vorzubehalten.

Minister des Aeußeren de Selves erklärte, daß er keine Verbindung zwischen den französisch-spanischen Verhandlungen und der Annahme des deutsch-französischen Marokko-Abkommens erkenne, die übrigens die Besprechung nur erleichtern könne. Mehrere Mächte hätten bereits ihre Zustimmung gegeben und mehrere müßten sie noch ihrem Parlament unterbreiten. Der Medner erklärte, daß er, sobald die Kammer den Antrag des Grafen de Mun zurückgewiesen habe, Aufklärungen über die Verhandlungen mit Deutschland geben werde. Der Minister verließ hierauf die Tribüne, während die Rechte, das Zentrum und die äußerste Linke lebhaft protestierten, und unterhielt sich mit dem Ministerpräsidenten Caillaux, worauf er die Tribüne wieder bestieg.

Minister de Selves gab einen historischen Ueberblick über die Verhandlungen mit Deutschland. Deutschland habe wissen lassen, daß Frankreichs Okkupation in Marokko und die Expedition nach Algier die beiden Länder interessierenden Fragen, besonders über Marokko, zu verhandeln. Das war damals, als wir zur Regierung kamen. Minister de Selves erinnert sodann an die Entsendung des Panther und sagt, daß die Regierung in einem höheren Interesse die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir verschoben habe. Er habe nicht geglaubt, daß es angebracht gewesen wäre, eine Konferenz einzuberufen. Deutschland habe übrigens deutlich erklärt, daß es den Zusammenritt einer solchen Konferenz nicht annehmen und ihm nicht Rechnung tragen würde. (Jurufe.) Hören Sie mich ruhig an, ich spreche von ernstlichen Dingen. Man hat anerkannt, daß die Macht des Sultans eine fiktive war und daß Frankreich bestimmt war, sie zu stützen. Die Frage war von Deutschland gestellt, man müßte sie lösen. Nachdem wir Deutschland wegen der Entsendung eines Schiffes, die die Verhandlungen fördern könnte, unser Bedauern ausgesprochen hatten, haben wir die Verhandlungen begonnen. Spanien nahm nicht daran teil, weil dann auch England hätte teilnehmen müssen. Wir wollten für unsere Besprechung drei Bedingungen: 1. unsere Freunde und Verbündeten müßten auf dem Laufenden gehalten werden; 2. die Signatarmächte der Algecirassakte müßten damit befaßt werden; 3. Deutschland dürfe keinen Besitz in Marokko fordern. De Selves hob hervor, daß Marokko die Fortsetzung von Algerien sei, und fuhr sodann fort: Deutschland ließ wissen, daß seine öffentliche Meinung Kompensationen forderte, wenn es unser Protektorat über Marokko annehmen würde. Deutschland sagte, ihr habt mit England, Italien, Spanien verhandelt, was wollt ihr mit uns machen? (Jurufe.) Der deutsche Vorkämpfer sagte mir, daß man am Kongo seine Kompensation finden könne. Dasselbe sagte auch Staatssekretär v. Riberlen-Wächter zu unserem Vorkämpfer Jules Cambon. (De Mun: Hatte man vorher davon gesprochen?) De Selves fortsetzend: Es wurde Bedauern über die Langsamkeit der Verhandlungen geäußert. Diese Langsamkeit bewies den Widerstand, den wir beständig den deutschen Ansprüchen entgegenzusetzen haben. Herr v. Riberlen-Wächter erklärte Cambon gegenüber, daß Deutschland bereit sei, in einen Tausch in Togo und in Kamerun einzuzwilligen; aber es fordere den Gabon und den Kongo zwischen dem Ozean und dem Sangha. (Jurufe.) Wir erklärten, daß wir die Verhandlungen auf dieser Grundlage nicht fortsetzen könnten. In diesem Augenblicke gab es eine Zeit der Spannung, die Sie in Erinnerung haben.

Man hat gesagt, daß uns unsere Freunde zum Streite trieben. Das ist ein vollständiger Irrtum. Gewiß, unsere Freunde standen uns zur Seite, dazu bereit, uns die Hilfe zu gewähren, welche die Umstände begründen könnten. Aber in keinem Augenblicke ließen sie ein ausreichendes Wort hören. Die Worte der Verständigung, die sie fanden, lagen im Interesse Frankreichs. (Beifall.) Wir haben auf die Forderungen Deutschlands mit Nein geantwortet. Als Deutschland seine Forderungen reduziert hatte, verlangte die Regierung, daß von territorialen Abtretungen erst nach der Regelung der marokkanischen Frage gesprochen würde.

Nach de Selves sprachen noch Kolonialminister Lebrou und Deschanel. Beide empfahlen die Zurückweisung des Antrages de Mun, welcher denn auch mit 448 gegen 98 Stimmen abgelehnt wurde.

England.

Die Debatte über auswärtige Politik.

London, 14. Dezember. Im Unterhaus wurde heute die Debatte über die auswärtigen Angelegenheiten von Sir Henry Korman (liberal) wieder eröffnet. Der erklärte, die Reden Sir Edward Grey und des deutschen Reichskanzlers hätten gewiß die Sachverhalte gereinigt, wenn sie nichts Neues darauf gebracht hätten. Englands Freundschaft mit Frankreich sei aus der Spannung, der sie ausgesetzt worden sei, nur noch stärker hervorgegangen. Die Beziehungen mit Deutschland würden jetzt das werden, was die beiden Mächte daraus zu machen wünschten, und man sei erlöst von allem möglichen Gleichwäg von einer drohenden Kriegsgefahr.

Wenn die Lage in Persien nicht ohne Sorge betrachtet werden könnte, so sei dies doch jetzt weniger der Fall als zuvor, und er hoffe, Grey werde im Stande sein, dem Hause die Versicherung zu geben, daß Aussicht auf eine dem nationalen Empfinden Englands nicht widerstrebende Lösung vorhanden sei. England freue sich über das englisch-russische Abkommen, weil es einen langen Zeitraum verhältnißmäßig friedlicher Beziehungen zwischen England und Russland veranschaulicht und der albanischen Frage auf immer ein Ende bereitet habe und weil England glaube, daß es die Unabhängigkeit Persiens garantiere auf einer Grundlage, die zwar keine ganz zufriedenstellende, aber wahrscheinlich die beste sei, die man hätte erreichen können. Großbritannien habe daher mit allgemeinem Kummer das Vorgehen der russischen Regierung mit angesehen, das sicherlich die Unabhängigkeit Persiens zu bedrohen drohe und dazu angehen sei, eine gefährliche Kurve in den Teil der mohammedanischen Welt zu bringen, an dem England interessiert sei. Sir Henry Korman wendete sich dann zu den Beziehungen zwischen England und Deutschland, von denen alles abhängen, sowohl die soziale Wohlfahrt im Lande als auch Englands Handel im Ausland. Wenn freundliche Beziehungen mit Deutschland beständen, so gäbe es nichts, was England Sorge verursachen könnte. Ein Krieg mit Deutschland würde England in einen Abgrund führen, dessen Tiefe niemand lenne. Günstigerweise sei jedoch alle unmittelbare Gefahr vorüber und England könne um mit einer reinen Sachverhalte beginnen. Wenn aber die Zukunft von der Bergangehen vertrieben sein sollte, so müßte man in England verstanden zu verstehen, wie Deutschland Englands Vorgehen angesehen habe. Die erste Tatsache, die anerkannt werden müsse, sei wenig angenehm, die öffentliche Meinung in Deutschland sei feindsichtiger gegen Großbritannien als sie je zuvor gewesen sei, und es sei ein glücklicher Umstand, daß Deutschland während der jetzigen Krise einen starken Kaiser und eine starke Regierung gehabt habe, anderenfalls hätte der Gang der Volkmeinung vielleicht dazu geführt, daß ein Krieg über Europa hinweggefegt wäre. Der Medner schloß, der einzige Weg, Deutschland zu dem Schritt zu führen, der

selbe Nationen von der Härte der immer wachsenden Klüftungen zur See befreien werde, sei, ihm die Ueberzeugung beizubringen, daß Englands Flotte nie dazu angewendet werden würde, Deutschlands Ausdehnung in irgendeiner Weise zu verhindern, die mit den Interessen und der Ehre Großbritanniens vereinbar sei; wenn bessere Beziehungen erreicht werden sollten, so könne das nur auf der Grundlage einer freien Aussprache geschehen. Im Hinblick auf alles das, was geschehen sei, müsse England den Mut haben, zuerst sich frei auszusprechen. (Beifall.) Lassen Sie und Deutschland aufeinander, fuhr Sir Henry fort zu sagen, was es begehrt und wo wir ihm im Wege stehen, wo der Platz an der Sonne ist, von dem es durch unsere Haltung ausgeschlossen wird. Deutschland kann einer Tatsache gewiß sein. Jede Regierung, welche eine Erweiterung Deutschlands in einer die britischen Interessen nicht bedrohenden Richtung nicht mit Wohlwollen betrachten sollte, würde nicht die Zustimmung des Landes besitzen. Darauf ergriff Lord Veresford das Wort und sagte, bei den kürzlichen Verhandlungen habe Sir Edward Grey die Verträge Englands mit fremden Mächten aufrechterhalten und die britischen Interessen und den Frieden Europas gesichert. (Beifall.) Es wäre falsch, wenn Großbritannien sich in die berechtigte Expansion eines großen Reiches wie Deutschland mischen wollte. England dürfe seinen Zweifel darüber lassen, daß sein Leben von der Erhaltung der Herrschaft zur See abhängt, und man könne das aussprechen, ohne Deutschland gegenüber unhöflich zu sein. (Beifall.) Ein Krieg mit Deutschland wäre ein Verbrechen, und er könne nicht einsehen, warum England nicht mit allen Nationen Freund sein sollte. Der Abgeordnete Atherton Jones (liberal) sagte, er müsse zwar Sir Edward Grey seine Anerkennung aussprechen, weil er imstande gewesen sei, den Frieden ohne Schmälerung des Ansehens und der materiellen Interessen Englands aufrechtzuerhalten, er glaube aber, daß die Beziehungen mit Deutschland nur durch eine Abkehr von der Politik der Herausforderung verbessert werden könnten, die von dem britischen Auswärtigen Amt befolgt worden sei, wenn es deutlich seine Politik zur Verteidigung des ganzen Reiches aus-einandersetze.

Rußland.

Unbestimmte Erklärungen.

Petersburg, 14. Dezember. Der Minister des Aeußeren Sazonow erklärte in einer Unterredung einem Vertreter der „Romoje Brestja“, das Marokko-Abkommen und die persische Frage bildeten einen Präzedenzfall für die Festigkeit des Dreibundes und der Tripleentente. Nirgends bestünde der Wunsch, die politische Gruppierung zu ändern. Eine etwaige Thron-Ursurpation des früheren Schahs würde nicht anerkannt werden. Rußland verzichte nicht auf eine Entschädigung für seine Expeditionskosten, werde jedoch die schwierige Finanzlage Persiens berücksichtigen. In der Dardanellenfrage läßt Rußland keine offiziellen Verhandlungen, doch könne der Vorkämpfer in Konstantinopel Tscharylow Privatgespräche darüber geführt haben. Die Frage, ob China Schritte von Rußland zu befürchten habe, könne verneint werden, solange die chinesische Revolution für Rußland nicht bedrohlich sei.

Aus der Partei.

Die Gemeinderatswahl in Göttingen.

Die Wahl fand am 11. Dezember statt. Für den sozialdemokratischen Wahlvorschlag wurden 856 Stimmen abgegeben, davon waren nicht weniger als 270 abgegeben. Wenn auch die Änderungen bei den bürgerlichen Parteien größer waren, so muß doch dieser Disziplinmangel bei den sozialdemokratischen Wählern bedauert und verurteilt werden. Gewählt wurden die Genossen Schirmer und Frank. Die Sozialdemokratie hat einen Sitz gewonnen, die Volkspartei einen verloren, die Nationalliberalen bleiben stabil. Der Gemeinderat besteht jetzt aus je sechs Mitgliedern der Sozialdemokratie, Volkspartei und Nationalliberalen.

Kommunalwählerfolg.

Bei der Stadtverordneten-Stichwahl in Briesg wurde ein Sozialdemokrat gewählt, die anderen drei sozialdemokratischen Kandidaten blieben nur mit wenigen Stimmen in der Minorität. Vor zwei Jahren schon wurden einmal drei Sozialdemokraten gewählt, aber die Mandate wurden durch die reaktionäre Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt. Diesmal wird sich die Stadtverordnetenversammlung halten, das gleiche zu tun, denn sonst müßte sie auch drei bürgerliche Mandate für ungültig erklären. Es zieht also diesmal der erste Sozialdemokrat in das Briesg Stadtparlament ein.

Vorteilliteratur.

Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Reichstagswahl. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 15 Pf.

Der Inhalt dieser Agitationschrift ist folgender: 1. Die wirtschaftliche Lage der Angestellten. 2. Wahlrecht und Angestellte. 3. Die Zoll- und Steuerpolitik. 4. Rationale Gewinnung und Sozialpolitik. 5. Sozialpolitische Forderungen der Angestellten und die Parteien. (Vereinigungsrecht — Arbeitszeit — Erfinderrecht — Konkurrenzklause.) 6. Die Versicherungsgeetze (Reichsversicherungsordnung — Versicherungszeit für Angestellte). 7. Die kaufmännischen und technischen Angestellten müssen Sozialdemokraten werden!

Letzte Nachrichten.

Saure Trauben.

Wie Wolffs Telegraphenbureau erfährt, ist die Aufstellung der Kandidatur des Staatssekretärs a. D. Dernburg in Weppen-Ringen-Vertheim ohne Wissen und Willen des Staatssekretärs erfolgt.

Deutschfreundliche Sympathieerhebungen in England.

London, 14. Dezember. (W. T. G.) Der Lordmarch von London, Sir Thomas Erskine, hat den Navors in der Provinz einen Bericht über die unter dem Vorhild seines Vorgängers am 2. November im Mansionhouse abgehaltene Sitzung der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft gegeben lassen. In seinem Begleitfreschen sagt der Lordmarch, dieses Bemühen, die Ursache des englisch-deutschen Mißverständnisses zu beseitigen, besitze seine herzlichste Sympathie. Er hoffe, daß die Navors in der Provinz einen Weg finden möchten, ähnliche Zusammenkünfte zustande zu bringen.

Italienische Kriegskosten.

Rom, 14. Dezember. (W. T. G.) Die Agenzia Stefani gibt die bevorstehende Veröffentlichung eines Dekretes bekannt, durch das bis zum 31. Dezember ein weiterer außerordentlicher Kredit von 25 Millionen Lire für den tripolitanischen Krieg bewilligt wird. Wenn man die dem Kriegs- und dem Marineministerium bisher zur Verfügung gestellten Summen zusammennimmt, so erreichen die für die Periode von 94 Tagen, nämlich von Ende September bis zum 31. Dezember, bewilligten Ausgaben zusammen 90 Millionen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910.

Stand, Abschluß und Geltungsbereich der Tarifverträge, Vertragsdauer, Kündigungs- und Unterhandlungsfristen.

Die Statistik der Tarifverträge, die von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes 1903 begonnen und seit 1908 als Beilage des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht wurde, hat diesmal eine Veränderung in der Einteilung- und Erscheinungsweise erfahren. In der statistischen Beilage zu Nummer 9 des „Correspondenzblatt“ der General-Kommission wird diese Statistik gewährt. Die Erhebung wurde auf die tarifschließenden Verbände, auf die Zugehörigkeit zu diesen Verbänden, auf Vereinbarungen für Entschädigung besonderer Arbeiten, auf die tarifliche Arbeitsweise und auf die tarifliche Regelung der Kündigung des Arbeitsverhältnisses erstreckt. Auch erfolgt die Bearbeitung des Tarifinhalts nicht mehr in Gruppierung nach den berichtenden Verbänden, sondern nach den von den Tarifern erfaßten Berufen. Die Veröffentlichung selbst erscheint als Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ in einem 290 Seiten starken Bande. Noch immer indes beschränkt sich die Statistik auf die Feststellung des Geltungsbereichs und Inhalts der im Berichtsjahre neu abgeschlossenen oder verlängerten Tarife. Es steht indes zu erwarten, mit Hilfe der Gewerkschaften vom Jahre 1912 ab eine alljährliche Bearbeitung des gesamten Tarifbestandes zu ermöglichen, die dann die Basis einer Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bilden dürfte. Das wird den Gewerkschaften natürlich erhöhte Arbeit und Opfer aufbürden, die jedoch wie früher ebensowohl im öffentlichen als in wohlverstandenen eigenen Interesse übernommen werden dürften. Die Gewerkschaften haben schon bisher fast ausschließlich das Material für diese Statistik geliefert. „Wie in den Vorjahren“ heißt es im amtlichen Bericht, mußte auch in diesem Jahre die Tarifstatistik im wesentlichen auf den Einwendungen der Arbeitnehmerverbände aufgebaut werden.“ Von Arbeitgeberseite gingen Angaben nur für 547 Tarife ein, noch dazu vielfach ungenügend und lückenhaft; von Arbeiterseite wurde dagegen über alle 4966 Tarife berichtet, wovon für 4290 Tarife die Angaben aus den Kreisen der freien Gewerkschaften kamen. Die gewerkschaftlichen Angaben bezeichnen der amtliche Bericht inhaltlich als sorgfältig, erschöpfend und zuverlässig.

Am 1. Januar 1910 bestanden 6667 Tarifverträge für 138 786 Betriebe und 1 339 974 Personen. Durch Ablauf erloschigen sich während des Berichtsjahres 3240 Verträge für 84 921 Betriebe und 842 674 Personen. Im Berichtsjahre traten 4898 Tarife für 112 846 Betriebe und 579 959 Personen in Kraft. Der Bestand betrug am Ende 1910: 8293 Tarife für 173 727 Betriebe und 1 261 086 Personen. Gegenüber dem Vorjahre 1909 ist eine Zunahme von 1715 Tarifen, 36 513 Betrieben und 253 608 Personen zu verzeichnen. Von den an den Tarifverträgen des Jahres 1910 beteiligten Personen gehörten 529 772 oder 59,5 Proz. den berichtenden Verbänden an.

Bei der Zählung der Tarifverträge nach berichtenden Verbänden ergeben sich naturgemäß manche Doppelzählungen, da oft mehrere Verbände an dem gleichen Tarife beteiligt sind und darüber Angaben gemacht haben. Das Statistische Amt hat für Tarife, an denen auf Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberseite mehr als je eine Organisation beteiligt sind, den bereits bestehenden Namen „Tarifgemeinschaft“ gewählt und berichtet, daß die 4804 Tarifverträge, die 1910 in Kraft traten, sich auf 3760 Tarifgemeinschaften für 73 204 Betriebe und 735 380 Personen bezogen. Gegenüber 1909 ergibt dies eine Zunahme von 1608 Tarifgemeinschaften, 48 296 Betrieben und 503 105 Personen. Die Zahl der Organisierten konnte nicht zuverlässig ermittelt werden, da für das Baugewerbe die bezüglichen Angaben fehlten.

Die starke Zunahme der Tarifbewegung von 1910 gegenüber dem Vorjahre ist in erster Linie auf die große Bewegung im Baugewerbe zurückzuführen, die nahezu den doppelten Umfang der des Jahres 1909 und den sechsfachen der des Jahres 1908 erreichte. Aber auch in fast allen übrigen Industriezweigen war die Bewegung weit stärker als in den Vorjahren. So verzeichnete die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 1909 für 2598, 1910 für 80 946 Personen, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel für 2063 bzw. 42 292, die Bekleidungsindustrie für 4108 bzw. 43 504, die Metall- und Maschinenindustrie für 3760 bzw. 36 825 Personen tarifliche Regelungen. Ueberall sehen wir eine starke Zunahme der Tarifbewegung.

Bei 1828 Tarifgemeinschaften für 56 512 Betriebe und 588 814 Personen (50 Proz. der Gesamtzahl) waren auf beiden Seiten der Vertragsparteien Verbände beteiligt; bei 2354 Tarifgemeinschaften für 14 926 Betriebe und 139 009 Personen (18,9 Proz.) waren nur auf Arbeitnehmerseite Verbände vorhanden. Innungen waren an 214 Tarifen mit 11 571 Betrieben und 38 213 Personen beteiligt, während 2277 Tarife für 8285 Betriebe und 133 951 Personen nur mit einzelnen Firmen abgeschlossen wurden.

Nach ihrem Geltungsbereich gruppiert, stellen sich 2247 Tarife für 7674 Betriebe und 121 860 Personen (16,6 Proz.) als Firmentarife, 579 Tarife für 22 285 Betriebe und 116 152 Personen (15,8 Proz.) als Orts- oder Kreis- und 496 508 Personen (67,5 Proz.) als Bezirkstarife und 8 Tarife für 52 Betriebe und 842 Personen (0,1 Proz.) als Reichstarife dar. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Personenbereich der Firmen- und Ortsstarife sowie der Reichstarife zurückgegangen, der der Bezirkstarife dagegen erheblich gestiegen. Der Rückgang des Umfangs der Reichstarife ist indes nur ein scheinbarer und läßt keinen Rückschluß auf eine Abnahme der Zentralisationsstrebungen der Tarifabschlüsse zu. Die letzteren sind im Gegenteil im Wachsen begriffen, wie sich besonders aus der Tarifbewegung des Baugewerbes im Berichtsjahre ergab. Nur erhielten dort die einzelnen Tarifverträge trotz des zentralen Abschlusses mit reichseinheitlichem Vertragsmuster die Form von Orts- oder Bezirkstarifen, weil die Lohnvereinbarungen orts- oder bezirkweise geschahen. Die Firmentarife sind, wie auch in früheren Jahren, am stärksten in der Nahrungsmittelindustrie und Metall- und Maschinenindustrie vertreten, die Bezirkstarife in der Holzindustrie und im Baugewerbe, die Ortsstarife in den Bekleidungsberufen und die Reichstarife in den graphischen Gewerben.

Eine Uebersicht der Tarifverträge unserer freien Gewerkschaften nach ihrem Bestand und Geltungsbereich und Art des Abschlusses zeigt für Ende 1910 7196 Tarifverträge für 127 668 Betriebe und 1 065 694 Personen, von denen 490 533 Personen (ausschließlich der Baugewerbe, von denen Angaben nicht vorliegen) den berichtenden Verbänden angehören. Neu abgeschlossen bzw. verlängert oder erneuert wurden davon im Jahre 1910: 4290 Tarife für 79 626 Betriebe und 632 058 Personen. Von diesen waren 2928 Orts-, 1661 Bezirks- und 8 Reichstarife. 2211 Tarife für 23 665 Betriebe und 107 382 Personen wurden erstmalig abgeschlossen, 2079 Tarife für 55 888 Betriebe und 434 156 Personen verlängert oder erneuert. Auf friedlichem Wege erfolgte der Abschluß für 2709 Tarife für 49 957 Betriebe und 336 051 Personen, während bei 1581 Tarifen für 29 680 Betriebe und 295 473 Personen Streiks oder Auspöcherungen dem Abschluß vorausgingen. Diese Zahlen sind besonders interessant, wenn man sich dabei erinnert, daß bei der größten Tarifbewegung im Berichtsjahre, der im Baugewerbe, der Kampf einzig durch die Haltung der Arbeitgeberverbände unvermeidlich wurde. Trotzdem überwiegen die friedlichen Tarifabschlüsse auch in diesem Kampfjahre ganz erheblich.

Nach der Zahl der beteiligten Betriebe gruppiert, umfassen von den Tarifgemeinschaften:

Table with 4 columns: Betriebe, Tarife, Proz., Personen. Rows include categories like 1-10, 11-20, 21-50, 51-100, über 100, unbest.

Hier zeigt sich der überwiegende Einfluß des Bezirks- und großen Ortsstarife, die sich auf 50 und mehr Betriebe erstrecken. Vor allem gibt hierbei das Baugewerbe und die Holzverarbeitung die Ausschlag.

Nach der Zahl der beteiligten Personen dargestellt, umfassen:

Table with 4 columns: Personen, Tarife, Proz., Betriebe und Personen. Rows include categories like bis 5, 6-10, 11-20, 21-50, 51-100, 101-200, 201-500, über 500, unbest.

Hiernach entfällt die Mehrzahl aller Betriebe und fast 7/8 aller beteiligten Personen auf die größten Tarifverträge, die über 500

Personen umfassen. Es beweist dies, daß der Einfluß der paritätischen Regelung eine Vereinfachung der Arbeitsbedingungen großer Personengruppen herbeiführt und daß die kleinen Tarife an Bedeutung dabei völlig zurücktreten.

Nach Betriebsgrößen endlich (Betrieben und Personen), wobei es sich allerdings nur um Durchschnittsziffern für die einzelnen Betriebe handelt, kommen im Durchschnitt auf einen Tarifbetrieb Personen

Table with 3 columns: bis 5 Personen, 6-10, 11-20, 21-50, 51-100, 101-200, Ueb. 200, unbest. Each row has two columns of data with percentages.

Der größte Anteil der von der Tarifbewegung des Jahres 1910 erfaßten Personen kommt also auf Tarifgemeinschaften, in denen auf 1 Betrieb durchschnittlich 21-50 Personen entfallen. Der Anteil der Tarife mit größeren Durchschnittsziffern der Betriebsgrößen ist weit geringer (14,4 Proz.) als der mit kleineren Durchschnittsgrößen (47,9 Proz.). Indes gibt diese Zusammenstellung kein getreues Bild der wirklichen Verhältnisse, eben weil es sich nur um Durchschnittsgrößen der Betriebe handelt.

Ueber die Vertragsdauer waren 1910 in 3489 Tarifgemeinschaften nähere Bestimmungen enthalten. Die größte Gruppe dieser Verträge (978) löst auf 3 Jahre abgeschlossen. Bei 613 betrug die Dauer bis zu 1 Jahr, bei 778 über 1 bis 2 Jahre, bei 854 über 2, aber weniger als 3 Jahre, und nur bei 271 währte die Vertragsdauer länger als 3 Jahre. Im Jahre 1909 überwiegt bei weitem die Vertragsdauer bis zu 1 1/2 Jahren. Eine Verlängerung dieser Dauer ist also der unerkennbare Zug dieser Entwicklung.

Eine stillschweigende Verlängerung mangels vorheriger Aufkündigung ist in 2275 Tarifen vorgesehen. Die Dauer der Kündigungsfristen betrug bis zu 1 Monat bei 709 Tarifen, über 1 bis 2 Monate bei 424 Tarifen, über 2 bis 3 Monate bei 1019 Tarifen, über 3 bis 6 Monate bei 82 Tarifen und über 6 Monate bei 2 Tarifen.

Soweit die Unterhandlungsfristen behufs Vertragsrenewierung geregelt waren, waren hierfür bei der Mehrzahl (308) der Tarife mehr als 3 Monate vorgesehen, während für 227 Tarife diese Frist nicht überschritten wurde. Wesentliche Verschiebungen seit dem Vorjahre sind in diesen Abmachungen nicht zu verzeichnen.

Soziales.

Eisenbahnarbeiter und Konsumvereine.

Mit welchen terroristischen Mitteln die Regierung den Eisenbahnarbeitern die Verbesserung ihrer Lebenslage erschwert, dürfte der nachstehende Fall aus dem Potsdamer Regierungsbezirk als Beispiel mit voller Deutlichkeit erweisen.

Vor einiger Zeit wurden verschiedene in Baunsee und Richendorf wohnende Eisenbahnarbeiter von ihrer vorgesetzten Behörde in bezug auf ihre Zugehörigkeit zum Konsumverein für Romawes und Umgegend, der in den genannten Orten Verkaufsstellen unterhält, examiniert und schließlich zur Abgabe des Versprechens veranlaßt, dem Verein den Rücken zu kehren.

Neuerdings hat nun auch die in den Potsdamer Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Konsumvereinsmitglieder das gleiche Schicksal ereilt; auch sie wurden durch Androhung ebensolcher Entlassung zum Austritt veranlaßt. Außerdem mußten sie das Versprechen abgeben, daß auch ihre Ehefrauen dem Verein nicht beitreten würden. Das ist geradezu ein blutiger Hohn auf das Reichsgesetz und die durch die preussische Verfassung allen Staatsangehörigen gewährleisteten gleichen Rechte. Kein Gesetz verbietet den Eisenbahnarbeitern, ihre Lebenshaltung durch Beitritt zu einem Konsumverein zu verbilligen. Und kein Gesetz gibt einer Eisenbahnbehörde das Recht, einem Angestellten zu verbieten, von dem ihm durch Reichsgesetz freigestelltes Recht Gebrauch zu machen. Ebensovienig ist eine Behörde berechtigt, in das Familienverhältnis einzugreifen, einen Ehemann zu veranlassen, seiner Ehefrau etwas zu verbieten oder gar ihr zu verbieten, gut und billig einzulaufen.

Kleines feuilleton.

Indiens neue Hauptstadt. Keine Stadt der Welt kann sich an Ruhm mit Delhi vergleichen. Wie Rom der Brennpunkt der alten Welt Europas war, so thronte Delhi als die Metropole Asiens. Gerade wie die ewige Stadt in den Wandlungen der Zeitalter mehr denn einmal dem Kalium der Barbaren erlag, so ward auch die kaiserliche Hochburg an den Ufern des Dschamuna die Beute einer Reihe einander folgender Eroberer. Denn war nicht Delhi lange Zeit das stolze Palladium, mit dessen Weisheit und Schicksal der Halbkontinent unauflöslich verknüpft war? Diese Worte des deutschen Indienforschers Grafen Königsberg kennzeichnen die Bedeutung der „Kaiserin unter Indiens Städten“, die jetzt der Schauplatz der Krönungsfeierlichkeiten ist und vom König Georg wieder in ihre alten Rechte als Hauptstadt des Landes und Mittelpunkt der Regierung eingesetzt worden ist. Die Stürme der Jahrtausende sind hingefegt über diesen Ort, haben ihn viele Male verwüstet und dem Erdboden gleich gemacht, aber immer wieder hat sich Delhi aus Trümmern und Asche erhoben und steht heute da als eine moderne Stadt, die europäische und moderne unter Indiens Städten.

Eine Widwid verfallener Städte und zerstörter Städte, hat Lord Curzon die Umgebung von Delhi genannt. Ein Wald von Ruinen, von Ueberresten gewaltiger Bauwerke, von Denkmälern für Krieger und Heilige breitet sich hier aus, das wunderbarste archäologische Freilichtmuseum Indiens, das eine Fläche von 125 Quadratkilometer bedeckt und die schönsten Beispiele der verschiedensten Stile indischer Baukunst umfaßt. Wer in dieser verg. in Welt des Todes, die eingebettet liegt in die äpyische Fülle einer ewig schaffenden Natur umherwandelt, kann hier die Geschichte Delhis und ganz Indiens ablesen. Von einem Modschah Dila, dem letzten Fürsten der Mojura-Dynastie, soll die Stadt ursprünglich gegründet sein. In dem alten Heldenlied der Modhabata leuchtet die märchenhafte Pracht des alten Delhi. Indische Könige und türkische Sultane schlugen dann in Delhi ihren Sitz auf und herrschten von hier aus über Indien. Dann kam der grimme Timur, eroberte 1398 die Stadt, plünderte sie und machte sie dem Erdboden gleich. Neue Dynastien folgten einander, bis 1526 ein Rachgünne Timur, Sultan Babur, als erster Großmogul in Delhi den indischen Thron bestieg. Die heutige Stadt ist unter der Herrschaft der Perser entstanden und noch nicht 800 Jahre alt. Der Schah Johan legte die regelmäßigen, verhältnismäßig breiten Straßen an und ließ die starken Befestigungen. Er hat auch den kaiserlichen Palast erbaut mit ihren prächtigen Toren, riesigen Höfen und herrlichen Hallen. In der öffentlichen Audienzhalle stand der märchenhafte Pionentron, ganz aus Juwelen zusammengesetzt. Ein französischer Juwelier, der den Thron 1665 sah, schätzte seinen Wert auf 120 Millionen Mark. Von diesem Wunderwerk ist nichts mehr übrig geblieben. In der privaten Audienzhalle steht in persischer Schrift die berühmte Aufschrift:

„Wenn es ein Paradies gibt auf dem Antlitz der Erde, so ist es hier.“

Die Eroberung Delhis durch Lord Lake 1803 bedeutet den Morstein in der britischen Völkergeschichte. 1857 fanden hier die heftigsten Kämpfe statt, und die Belagerung nach heftigem Bombardement, die mit der Vertreibung der Aufständischen endigte, brachte auch zugleich wieder ganz Indien in englische Gewalt. So ist Delhi stets der Schicksal gewesen, der den Zugang zum Völk Indiens aufschloß. Hier haben auch immer die großen Festlichkeiten stattgefunden, in denen englische Mächte die Augen der hunderttausenden Jender blendete. 1858 fand der große Durbar zwar in Allahabad statt, aber die Krönungsfeierlichkeiten von 1877, da die Königin Victoria den Titel „Kaiserin von Indien“ erhielt, und von 1903 wurden in Delhi gefeiert. ... Delhi, das vor zehn Jahren über 208 000 Einwohner zählte, wird zu etwa ein Drittel von Mohammedanern und zwei Dritteln von Hindus bewohnt. Der Stadtteil, in dem die Europäer ihre Häuser, Kirchen, Kaserne und Kasernen aufgeführt haben, liegt durch einen Kanal von der übrigen Stadt getrennt. Doch sind auch die Hindus und die Mohammedanerstadt streng geschieden.

Ein Geheimbund. Die antisemitische „Libre Parole“ in Paris hat eine schreckliche Verschwörung ans Tageslicht gezogen. In ihrer Dienstanummer veröffentlicht sie auf der ersten Seite einen Artikel mit dem fettdruckten Titel: „Juden? Deutsche? F. M.?“ Und als zweiter Titel folgt, in etwas dechiffrierteren Lettern, die Aufschrift: „Ein sonderbarer Klub.“ Die geheimnisvolle Gesellschaft, deren Treiben da den national und christlich Gesinnten enthüllt wird, ist aber der deutsche sozialdemokratische Arbeiterklub, die seit 1877 bestehende bekannte Vereinigung der deutschsprachigen Arbeiter in Paris. Einem Redakteur der „Libre Parole“ ist nämlich das gedruckte Monatsprogramm des Vereins in die Hände gefallen, aus dem er allerdings sehr verdächtige Dinge herausliest. Erstens wird in diesem deutschen Verein deutsch gesprochen, was in ihm eine Landesgefahr vermuten läßt. Zweitens finden die Vorträge am Sonnabend statt. Die „Vorleser“ für diesen Tag deuten auf einen „jüdischen“ Charakter des Vereins. Das dritte belastende Moment aber sind seine freimaurerischen Beziehungen, die darin zum Vorschein kommen, daß er im Saal des „Großen Orients“ seinen — Silberball abhält. Noch deutlicher aber wird der Geheimbundscharakter des Vereins durch die Tatsache, daß vor dem Namen jedes Vortragenden die Abkürzung „Gen.“ steht, was, wie der Artikelverfasser erklärt, General bedeutet und vermutlich einen Würdengrad in dem Bunde ausdrückt. Die „Libre Parole“ ruft darum nach der Polizei gegen die als Sozialdemokraten verkleideten deutschen Generäle.

Die Goldproduktion im letzten halben Jahrhundert. Unter den Ursachen der allgemeinen Preissteigerung, die etwa seit 1895 eingetreten ist, hat man auch fälschlicherweise die Vermehrung der Goldproduktion der Welt während dieser Epoche angeführt. Die

Londoner Zeitschrift „Economist“ veröffentlicht eine interessante Statistik, die beweist, in welcher rascher Weise diese Steigerung der Goldproduktion vor sich gegangen ist. In den Jahren 1866-69 betrug die gesamte Goldgewinnung 82 431 000 Unzen Feingold. In den Jahren 1881-85 war diese Summe auf 89 078 000 gestiegen. In den Jahren 1896-1900 aber beträgt die Zahl bereits 62 283 000 und steigt weiter: 1901-1905 auf 76 782 000 und 1906-1910 auf 103 701 000. So beträgt die Goldproduktion jetzt das Dreifache von dem, was sie vor einem halben Jahrhundert ausmachte, und die Hauptsteigerung fällt in die letzten zwanzig Jahre. Die bereits früher bekannten Goldquellen sind aber in diesem Zeitraum nicht wesentlich ausgedehnt worden, während die reichen Lager im Gegenteil eine gewisse Verminderung aufweisen. Die Steigerung der Goldgewinnung rührt man der Anwendung neuerer Methoden, besonders der Verwendung von Cyanverbindungen zu, mit deren Hilfe man heute auch Mineralien von schwachem Gehalt ausbeuten kann, die man früher vernachlässigte. An der Spitze der Goldländer der Welt steht heute Transvaal, das 35 Proz. der ganzen Goldproduktion liefert. Die anderen britischen Besitzungen liefern mit 25 Proz. auf gleicher Stufe mit den Vereinigten Staaten. England liefert also im ganzen 60 Proz. des gesamten Goldes, während Rußland, Mexiko, Indien, Südamerika und China zusammen nur 15 Proz. ausbringen.

Notizen.

— Aunschronik. Die Mohlerbüste von Rodin in der Winterausstellung der Sezession, die v. Tschudi hergestellte, wird nur noch wenige Tage zu sehen sein.

— Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus erfolgt Sonnabend nachmittag die Eröffnung des Märchenpiels „Des armen Kindes Weihnachtsfest“ von Sophie Hennig.

— Deutsche Zigarrennamen. Während fast alle übrigen Handelszweige ihren Waren jetzt deutsche Namen beilegen, ist es noch nicht möglich gewesen, die spanischen und französischen Wortbezeichnungen oder aus diesen Sprachen gebildeten Phantasiebezeichnungen für Zigarren zu beseitigen. Dagegen wendet sich nun das Zentralorgan der deutschen Tabakindustrie, die „Süd-deutsche Tabakzeitung“. Es ist wirklich klug, so fragt das Heftblatt, dem Reader die oft nur mit Mühe auszusprechenden Namen vorzulegen, oder ist es praktischer, für deutsche Zigarren auch deutsche Namen zu wählen, die jeder Käufer leicht behält? Glaubt doch heute so kein Mensch mehr, daß eine 8 oder 10 Pfennigzigarre, die den Namen Papysia oder Carinadia trägt, aus Havanna stammt. Das aber war der Juvoc der spanischen Benennung.

Man kann dem Heftblatt wohl zustimmen. Für die pampösen spanischen Namen spricht höchstens der mildernde Umstand, daß sie die fürchterlichen Stinkadoren, die wir der Finanzreform verdanken, auf dem Wege der Suggestion halbwegs genießbar machen.

Sogar zu Denunzationsdiensten hat man versucht, Eisenbahnarbeiter zu veranlassen. Einer der in Potsdam verhafteten Eisenbahnarbeiter wurde von dem ihn examinierenden Vorgesetzten aufgefordert, auch die anderen seiner Arbeitskollegen, die dem Konsumverein angehören, namhaft zu machen. Erfreulicherweise besaß der betreffende Arbeiter Rückgrat genug, dieses empörende Ansuchen zurückzuweisen. Interessant wäre es übrigens zu erfahren, woher die Liste stammt, auf Grund deren die Eisenbahnbehörde das Reststreiken gegen die dem Verein angehörenden Arbeiter eröffnet hat. Als in Michendorf ein Eisenbahnarbeiter auf die Frage des Vorgesetzten, welche Vorteile ihm denn der Konsumverein biete, als Beispiel anführte, daß er beim diesjährigen Kartoffelkauf allein 2,25 Mark pro Zentner profitiert habe, wurde ihm das Versprechen gegeben, daß den Frauen der Eisenbahnarbeiter als Äquivalent für den erzwungenen Austritt aus dem Verein Freischaftscheine nach den nächsten Markorten resp. nach Berlin zwecks billigen Einkaufs von Lebensmitteln gewährt werden sollen. Leider sind die Eisenbahnarbeiter infolge des ihnen zu Unrecht vorenthaltenen Koalitionsrechts und infolge der reaktionären, konservativen Herrschaft heute noch machtlos, sich gegen eine so schmachvolle Behandlung zur Wehr zu setzen. Aber die so lange niedergehaltene Empörung wird elementar zum Ausbruch kommen und dann werden die Eisenbahnarbeiter Abrechnung halten. Der 12. Januar 1912 ist nicht mehr fern. An ihm gegen die Rechtlosigkeit und Drangsalierung der Staatsarbeiter zu protestieren, ist Pflicht jedes Arbeiters, der nicht die Peitsche, die ihn schlägt, gar noch lässen möchte.

Drückergerei vor Tarifhöfen

Hiesigen Töpfermeister Ernst Engler, Rigdorf, Berliner Straße 88 wohnhaft, auf den Gedanken kommen, seinen Arbeitern die gesetzwidrige Vereinbarung aufzuheben, wonach im Falle etwaiger Lohnstreitigkeiten nicht die Gewerbegerichte, vor denen er wohl nach seiner Ansicht nicht gut gefahren ist, sondern nur das Amtsgericht Rigdorf zuständig sein soll. Dem Dienstboten H., der vom 17. Juni bis zum 8. Juli bei ihm beschäftigt war, hatte er vor Arbeitsantritt die Unterschrift für eine Erklärung abgefordert und auch erhalten, nach der sich H. verpflichtete, die ihm im Affordolohn übertragenen Arbeiten 5 Proz. unter dem Tariflohn herzustellen und daß etwaige Lohnstreitigkeiten beim Amtsgericht Rigdorf anhängig gemacht werden sollten. In der kurzen Zeit der Beschäftigung gab es fortwährend Lohnstreitigkeiten, weil E. nicht nur 5 Proz., sondern bis zu 15 Proz. unter Tarif bezahlte, so daß H. um 20,00 M. geschädigt wurde. Wollte er mit seinem Arbeitgeber über die Differenzen reden, so wurde er von ihm an dessen Sohn verwiesen. Der Sohn verwies ihn wieder an den Vater, so daß eben eine Regelung unmöglich war.

H. erhob Klage beim Amtsgericht Rigdorf. Dieses erklärte sich selbstverständlich für unzuständig, da solche Vereinbarungen über Ausschluß der Gewerbegerichte nach dem Gesetz unzulässig sind, und gab die Sache an das Gewerbegericht Rigdorf ab. Dort machte der Beklagte geltend, daß er Mitglied der Zwangsinnung sei. Diese hat in Berlin ihren Sitz, ist dem Innungsamt angegeschlossen und unterhält ein besonderes Schiedsgericht. Der Kläger mußte infolgedessen beim Berliner Innungsamt Schiedsgericht klagen, dort kam die Streitfrage am Mittwochabend zur Verhandlung. Der Beklagte ließ sich durch seinen Sohn vertreten.

Das Schiedsgericht stellte sich vollständig auf den Boden des Tarifs, zumal dieser in einer Bestimmung ausdrücklich sagt, daß Sonderabmachungen ungültig sind, und bezeichnete das Verfahren des Beklagten, die Löhne zu drücken und dadurch den realen Arbeitern eine unfaire Konkurrenz zu machen, als wider die guten Sitten verstoßend. Es verurteilte den Beklagten entsprechend dem Klageantrag.

Das Pollardsystem

genannt nach seinem Schöpfer, dem Polizeirichter William Jefferson Pollard in St. Louis, fängt an, auch in Deutschland Beachtung zu finden und in die Gesetzgebung einzudringen. Im Fürstentum Lippe und im Großherzogtum Hessen sind Ministerialerlasse ergangen, welche im Sinne des Pollardsystems den bedingten Strafausschub bei Taten anordnen, daß ihnen völlige Begnadigung unter der Bedingung in Aussicht gestellt wird, daß sie innerhalb einer bestimmten Bewährungsfrist des Alkoholgenußes sich gänzlich enthalten und in der fraglichen Zeit weitere Verfehlungen sich nicht zuschulden kommen lassen.

Jugendbewegung.

Der Unterdrückungskampf gegen die freie Jugend.

Ein eigentümliches Urteil mit noch eigentümlicherer Begründung brachte das Essen er Landgericht in einer Jugendstrafsache zustande. Es handelt sich um einen Prozeß, über den schon früher berichtet worden ist und dem folgende Verhältnisse zugrunde liegen:

Im Mai d. J. fand in Essen eine öffentliche Jugendversammlung statt, in der über Jugendschutz und Jugendkruzgebunden werden sollte. In diese Versammlung drang ein Kriminalkommissar ein unter der Vorgabe, er wolle keine polizeilichen Befugnisse ausüben. Dies tat er dann aber doch, indem er die Namen mehrerer Teilnehmer feststellte. Diese gerieten in besterregter Stimmung, die sich in einigen scharfen Ausbrüchen äußerte. Sie wurden später vom Schöffengericht zu nicht erheblichen Geldstrafen verurteilt, zum Teil weil sie an einer politischen Versammlung teilgenommen haben sollten, zum Teil wegen Verleumdung des Polizeibeamten.

Freigesprochen wurde vom Schöffengericht dagegen der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Genosse Reumann, der sich durch Veröffentlichung einer Einladung zu der besprochenen Versammlung strafbar gemacht haben sollte. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das gesamte Urteil Verurteilung ein und erreichte, daß auch Genosse Reumann verurteilt wurde! Die Begründung dazu gab der Staatsanwalt, indem er ausführte, daß R. als Redakteur der „Arbeiterzeitung“ und als Mitglied der sozialdemokratischen Partei wissen müsse, daß die freie Jugendbewegung lediglich bezwecke, der Sozialdemokratie unter den Jugendlichen Anhang zu verschaffen. Deshalb mußte er erkennen, daß die Versammlung als politische geplant war, zu der Jugendliche unter achtzehn Jahren keinen Zutritt haben durften, und also habe er sich strafbar gemacht! Daß die freie Jugendbewegung nur politische Zwecke verfolge, sei aus der Staatsanwaltschaft aus dem Flugblatt der Freien Jugendzentrale in Berlin: „Der Kampf der Arbeiterjugend“. Das Urteil lautete auf 30 M. Geldstrafe, bei den übrigen Angeklagten auf Bestätigung des vorinstanzlichen Urteils.

Es wird wirklich immer häßlicher mit der Rechtsprechung gegen die sozialdemokratische Presse. Jetzt muß ein sozialdemokratischer Redakteur einer harnlosen Versammlung schon abrichten, ob sie „politischen“ Zwecken dient. Er muß vorher wissen, was ein ihm nicht bekannter Redner in einer späteren Versammlung ausführen wird und muß auch unterrichtet sein, was für Leute zu dieser Versammlung gehen werden. Das Urteil ist so fiesam, daß es trotz allen läßlichen Erfahrungen einer höheren Instanz unterbreitet werden soll.

„Arbeiter-Jugend“

Aus dem Inhalt der beiden erschienenen Nr. 25 heben wir hervor: Unter den Föhnen des Ideals. — Rote Saat. — Allelei vom Reichstag. III. Hinter der Szene. Von W. Scheidemann. — Die Schwindlust (Fortsetzung). — Frauen- und Kinderarbeit. Von Gustav Seifert. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Jugendtag in Magdeburg. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz. — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Der Dieb. Erzählung von Karl Cuffe. (Fortsetzung.) — Weihnachtabend. Gedicht von Th. Storm. — Der Sturm und

Drang in der deutschen Literatur. Von E. Goerke. — Heilige Nacht! Gedicht von Peter Schlemihl. — In Lappland. Von E. Straubinger. (Illustriert.) — Bücher für die Jugend. — Ueber die Unzufriedenheit. Von Rik. Weimann. — Das Fest der Liebe. Erzählung. — Allerhand Kurzweil.

Aus Industrie und Handel.

Fleischnot im Jahre 1912.

Aus der systematischen Beobachtung des Viehauftriebs an 40 deutschen Schlachtwiehmärkten ergibt sich eine recht erhebliche Zunahme des Angebotes in den Monaten September bis November. Die Steigerung verdient größte Beachtung, da nicht zu leugnen ist, daß sie mit dem letzten Ausfall der Futterernte zusammenhängt, und daß eine weitere Einschränkung der Viehbestände im Winter zu einer recht scharfen Erhöhung der Fleischpreise im Jahre 1912 führen muß. An den genannten 40 Schlachtwiehmärkten gestaltete sich der Marktverkehr mit Vieh der Fleischgewichtsmenge noch während der Monate Januar bis November 1911, verglichen mit den beiden Vorjahren, in Millionen Kilogramm, wie folgt:

	1909	1910	1911
November	72,97	67,12	76,55
Januar bis November	750,91	756,89	798,10

Demnach ist der Viehauftrieb in den ersten 11 Monaten bereits um 41,21 Millionen Kilogramm gestiegen. Der größte Teil dieser Zunahme entfällt auf die Monate September bis November. Die ungewöhnliche Steigerung des Gesamtangebots ist fast ausschließlich auf das plötzliche Anwachsen des Auftriebs an den Schweinemärkten zurückzuführen. Der Gesamtauftrieb im Monat November 1908 bis 1911 verteilt sich nämlich auf die einzelnen Gruppen, in Millionen Kilogramm, in nachstehender Weise:

	November 1908	1909	1910	1911
Rinder	26,89	31,50	25,50	25,41
Rälber	3,61	4,83	3,53	3,92
Schafe	2,21	2,48	2,00	2,02
Schweine	33,38	34,65	36,08	45,40

Das Angebot von Rindern und Schafen war im Vergleich zu den drei letzten Jahren nicht gerade stark. Der Auftrieb von Rälbern hat zwar gegen das Vorjahr kräftig zugenommen, bleibt jedoch noch erheblich unter dem Niveau vom November 1909. Die Steigerung des Angebotes von Schweinen setzte im Monat September ein und machte sich im Oktober und November besonders stark bemerkbar. Es ist zu befürchten, daß die Schweinemästereien die Zahl der Mastschweine in diesem Winter auf ein Minimum beschränken und deshalb die noch nicht schlachtreifen Tiere schon jetzt in großen Mengen an den Markt bringen. Die Folge davon muß eine sehr fühlbare Fleischnot im Jahre 1912 sein, um so mehr, als die Bestände an Rindvieh durch die große Ausbreitung der Viehseuchen stark reduziert worden sind.

Der Fleischkonsum hat ungefähr in demselben Maße zugenommen wie das Angebot von Schlachtwiehmärkten.

Aus der Frauenbewegung.

Haltekindertwesen.

Die erste preussische Landeskonferenz für Säuglingschutz tagte dieser Tage im Herrenhause. Bei der Eröffnung bemerkte der Vorsitzende, Regierungsrat Dr. Krohne, in einer Ansprache, daß es sich bei dieser Materie um drei Punkte handle, und zwar um die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, um die Unterbringung der Kinder in Krippen, um das Haltekindertwesen. Nach dem Vorsitzenden ergriff der Regierungsvertreter Dr. Richter das Wort. Er sprach von den bereits erzielten Erfolgen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und gab alsdann eine vielleicht in den Rahmen dieser Umgebung passende, im übrigen aber kindlich-rückständige Beurteilung der modernen wirtschaftlichen Verhältnisse, so weit sie mit dem Haltekindertwesen in Verbindung stehen, zum besten. Er machte nämlich die Emanzipationsbestrebungen der Frauen, der zehn Millionen erwerbstätiger Frauen, die eigentlich berufen wären, in glücklicher Ehe zu leben, für den Zustand des heutigen Kinderlebens verantwortlich. Die große Sterblichkeit der unehelichen Kinder bedauerte er besonders aus dem Grunde, weil die Wehrkraft und das Erwerbsleben durch den Verlust der Kinder, die zu kräftigen Männern hätten heranwachsen können, darunter litten. Die zahlreich anwesenden Charitadamen, von denen eine später vom christlichen Standpunkt aus in die Debatte eingriff, quittierten schweigend-dankend diese geistprühenden Auslassungen des Regierungsvertreters, die keine denkende Arbeiterin un widersprochen gelassen haben würde.

Dann nahm das Wort der sächsische Hältekindertarzt Dr. Efferd. Er gab einen Ueberblick über das bestehende Haltekindertwesen, wobei er an das Stichwort: Haltekindertwesen in Wörtern Konversationslexikon anknüpfte, das dort mit dem Wort: Engelwächterin verquittet sei. Die Kinder, die bei ihren Müttern bleiben könnten, hätten es naturgemäß am besten. Bei verwandtschaftlicher Pflege träten verschiedene Wirkungen in die Erscheinung. Die Mutter des Kindesvaters sei in der Regel keine gute Pflegerin. Die größte Aufmerksamkeit sei den fremden Pflegern gegenüber anzuwenden. Im großen und ganzen aber seien diese sogenannten Haltefrauen besser als das meistens angenommen würde. Kinderlose Ehepaare und alleinstehende Frauen wären die besten Pfleger. Hebammen sollten sich lieber nicht um Haltekindert bemühen. Am bedauerlichsten wären die armen Waisen, die später einen Stiefvater oder eine Stiefmutter bekämen. Die Fehler, die sich die Hältekindert zuschulden kommen ließen, beruhten meistens auf Unkenntnis.

Stadtrat von Drogalsky-Halle besprach die ärztlichen Forderungen auf dem Gebiet des Haltekindertwesens. Er betonte zunächst die fassam bekannte größere Sterblichkeit der unehelichen Kinder, die zum Teil auf verbrecherische Einflüsse zurückzuführen werden müßten. In einem Vorort Berlins fanden beispielsweise 80 Proz. unehelicher Kinder gegenüber 34 Proz. ehelicher Kinder. Die Organisation des gesamten Haltekindertwesens auf einheitlicher Grundlage sei zu verlangen. Die Auswahl der Pflegerstellen, die Kontrolle, die Ueberwachung der Ernährung, die regelmäßige ärztliche Untersuchung, Meldung der Erkrankungen, auch der Erkrankungen in den Pflegerfamilien, Feststellung der Todesursache, Belehrung der Hältekindert usw., alles müsse darin einbezogen werden.

Ein dreiter Redner besprach die örtliche Organisation des Haltekindertwesens, die der Polizei genommen werden müsse, die ihr nicht gewachsen sei. Jugendfürsorge in Verbindung mit der Vormundschaft, der Haltekindertpolizei, Kontrolle des Waisenzustandes und der Berufsvormundschaft müßten zu einem städtischen Fürsorgeamt verschmolzen werden. Private Wohltätigkeit könnte damit bereinigt werden. Die schlafenden Waisenzentren besonders müßten wachgerüttelt werden.

In der Diskussion wurde der religiös-sittliche Standpunkt erörtert, es wurde auf christliche Pflichten hingewiesen, da die kleinen Wesen nicht nur einen Körper, sondern auch eine Seele hätten. Erfreulich berührte es, daß ein anwesender Stadtvorordneter, Herr Müller, Veranlassung nahm, dem Herrn Regierungsvertreter wegen seines scharfen Ausfalls gegen die Frauen ein wenig kräftig auf die feudalen Fühlneraugen zu klopfen.

Unseres Erachtens würde er dem hohen Würdenträger, der in diesem erlauchten, sittlich-religiös angehauchten Kreise von den eigentlich zu glücklicher Ehe berufenen zehn Millionen erwerbstätiger Frauen phantasierte, am besten mit dem Bibelwort erwidern haben: „Viele sind berufen, aber wenige werden auserwählt!“ Und den sittlich-religiös angehauchten hätte er sagen können, sie müßten erst mal sorgen, daß aus den Statuten der vielen Krippen, mit Postoren an der Spitze der Leitung, der Vermerk befeitigt werde: „Uneheliche Kinder werden nicht aufgenommen!“ Daß ein Arzt sich dahin ausgesprochen, die Mütter der ehelichen Kinder könnten doch nicht gut in ein und dieselbe Sprechstunde mit den Müttern der unehelichen Kinder kommen, geben wir nur als sozialen Nachtrag.

(Wegen Raummangels wiederholt zurückgestellt.)

Warum unterstützen wir die Kandidatur Raempff?

Zu einer Versammlung im „Tiergartenhof“ mit obigem Thema hatten die liberalen Damen eingeladen. Der kleine Saal war dicht gefüllt, in der Hauptsache waren es Anhänger der liberalen und demokratischen Partei, die sich gegenseitig in die Haare gerieten, zum Schluß aber friedlich-schließlich auseinandergingen, in der großen Hoffnung, dem ersten Wahlkreis einen großen Dienst erwiesen zu haben. Von der hohen Warte des Liberalismus herab polonnte Maria Wischniewska mit gewohntem Lantam, daß der Liberalismus allein Deutschland zu dem gemacht habe, was es heute ist. Der Dankoband sei zur rechten Zeit auf den Plan getreten und von den königlichen deutschen Konstituenten erhofft sie eine glanzvolle Zukunft für das teure Vaterland. Sie entwickelte in langen Tiraden, wie bald die Ueberfüllung des deutschen Bodens eintreten müßte und begründete damit das Eintreten für neue Kolonien. Bei den Lobpreisungen des verstorbenen Reichstags, die der Rednerin salbungsvoll von den Lippen tropften, setzte schon eine starke Lurbe unter den anwesenden Demokraten ein, die bei manchen Stellen, so als sie die Reichsversicherungsordnung verteidigte, zu einem lauten Grollen überging. Endlich jedoch war's erreicht. Die Verdienste der liberalen Reichstagsabgeordneten im verstorbenen Reichstag, das jammervolle Vereins- und Verfallungsrecht, die liebliche Finanzreform, die alles überragende deutsche Bildung, die fabelhaften Sozis, alles war in echt Wischniewskischer Beleuchtung vorübergezogen und die Diskussion begann. Die Demokraten verzerrten das schöne Bild, das die Rednerin von ihrem Kandidaten Raempff entworfen und führten ihren Oberst Gädle ins Feuer, das sei ein anderer Mann, der über den Militarismus mitreden könne und voll und ganz für die Frauen eintrete. „Sehen Sie doch mit Ihrem Gädle in andere Kreise“, schaltete es dem entgegen. „Sören Sie uns hier im ersten Wahlkreis nicht, wir müssen Sorge tragen, daß nicht ganz Berlin rot wird!“ So lagbalteten sich die beiden feindlichen Erblider zwei Stunden lang herum, bis die Referentin das erlösende Schlüsselwort erhielt. Darin erklärte sie, daß wenn sie im Reichstag gefessen hätte, sie auch das Krankenversicherungsgesetz vertreten hätte, es sei doch immer besser als nichts. Sie trat für den Liberalismus ein, damit die liberalen Männer mit den veralteten Ansichten nicht unter sich blieben, sie, die liberalen Frauen, wollten die verhassten Mannsbilder wachrütteln, und wollten kämpfen für die deutsche Zukunft mit dem Liberalismus und — der Leser lese sich nach einer Sitzgelegenheit um — mit der Sozialdemokratie!!!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 18. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr, in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97: Vortrag über Goethes „Faust“. Referent: Julius Bah. Gäste willkommen. — Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 4 Uhr: Weihnachtsgespiel.

Gerichts-Zeitung.

Die gefährdeten Pferdeweise des Kürassierregiments.

Ein Fall, den böse Menschen als „antimilitaristische Bestrebungen“ im Heere ansehen könnten, beschäftigte am Mittwoch das Kriegsgericht in Halle. Der Kürassier Paul Röhrich vom 7. Regiment in Halberstadt hatte im November zweimal als Stallwachenposten je 20 Pferde Haare an den Schweifen abgeklappt. Als ein Vorgesetzter diese nichtswürdige Veranstaltung der Pferde auf einmal bemerkte, erklärte R., er habe die Haare an einen Wirtsmacher verkauft. Das erlöste Geld wolle er zum Tanz und zum Ausgehen mit seiner Liebsten haben. Der Ankläger nahm den Fall sehr tragisch und beantragte gegen den Mann wegen Diebstahls zwei Monate Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Erkannt wurde auf vier Wochen strengen Arrest.

Gegen Mißhandlung des Vereinsgesetzes.

Der Parteisekretär Genosse Scholich zu Breslau holte sich durch bindende Erklärung des Besitzers Duschaba in Weiskelle (Kreis Hallenberg) einen Platz für die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel für den 30. Oktober 1910 gesichert. Als jedoch Scholich die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung beim Amtsvorsteher auf Schloss Hallenberg nachsuchte, wurde diese verweigert, weil der Besitzer inzwischen zu einer anderen Meinung bekehrt worden war und der Behörde nunmehr erklärt hatte, den Platz nicht hergeben zu wollen. — Die Weiskeller Scholich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Oeynau hatten keinen Erfolg. Der Regierungspräsident führte aus, daß nach der nunmehrigen Weigerung des Besitzers anzunehmen gewesen wäre — es werde zwischen den zur Versammlung kommenden Leuten und ihm zu Reibereien kommen, es könnte eine Schlägerei entstehen usw. Damit sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gegeben und das Verbot der Versammlung aus § 7 des Vereinsgesetzes gerechtfertigt.

Scholich klagte und machte u. a. geltend: Die nachträgliche Weigerung des Klagebesizers sei auf eine Beeinflussung von dritter Seite zurückzuführen. Diese Weigerung sei aber für die Entscheidung, ob die Behörde die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung zu erteilen habe, völlig belanglos. Es handle sich hier um rein zivilrechtliche Beziehungen zwischen dem Kläger und Duschaba, in deren Verletzung sich die Polizeibehörde durch Verlegung der Genehmigung absolut nicht einzumischen habe. Dem Amtsvorsteher müsse auch das Recht bestritten werden, sich mit dem Klagebesitzer vor seiner Entscheidung in Verbindung zu setzen, wie das hier geschehen sei.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine als Vertreter Scholichs vor dem Obergericht, machte noch einige nähere Rechtsandfahrungen im Sinne der Klage und betonte, indem er die Bedeutung der vorliegenden Sache hervorhob, daß die Frage, ob die öffentliche Sicherheit gefährdet erlaube, gar nicht davon abhängt, ob das Grundstück zur Verfügung gestellt sei oder nicht.

Das Obergericht gab am Dienstag der Klage statt und erklärte die Verlegung der Genehmigung, die nach § 7 des Vereinsgesetzes nur wegen Verletzung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zulässig ist, für ungerechtfertigt. — Die nähere Begründung wurde dem schriftlichen Erkenntnis vorbehalten.

Ein Verteidiger plädiert für höhere Strafe. Dieses gewiß seltenes Vorkommnis geschah am Obergericht Jugendgericht. Angeklagt war ein siebzehnjähriges Dienstmädchen wegen Diebstahl. Die Verhandlung entrollte jenes so oft wiederkehrende traurige Bild eines verführten jungen Mädchens, die, nachdem sie bei ihr die Folgen einer Liebschaft ertragen, vom Verführten verlassen und von der Mutter verstoßen war, in ihrer Verzweiflung um die Sorge des zu erwartenden Kindes ihrer Dienstherrin bittend eine goldene Uhr und Wäsche kahl, welche sie im Keller verbarg.

um aus dem Erbs die Kosten für Geburt und Pflege zu bestreiten. Der Verteidiger wies anfangs darauf hin, daß durch die Gravidität (Schwangerschaft) die Angeklagte in ihrer freien Willensbestimmung beeinflusst sei, daß sie sich in dem Zustande der Aseptomanie befand und somit nach § 51 des Strafgesetzbuchs freizusprechen sei. Nachdem vom Sachverständigen, Geheimen Rat Professor Dr. Lesser, das Zutreffen des § 51 bestritten wurde, beantragte der Staatsanwalt, die Angeklagte unter Veräuflichung des § 56 des St.-G.-B. mit einem Verweis zu bestrafen. Nunmehr betonte der Verteidiger, daß, so gern er sich dem Antrag des Staatsanwaltes anschließen möchte, die Angeklagte mit der niedrigsten Gefängnisstrafe zu belegen sei. Begründete hierzu erklärte er, daß, wenn die Angeklagte danach auf die Liste A gesetzt wird, nach welcher Verurteilte bei erstmaliger geringer Strafe durch Ausschub vorläufig von der Strafe befreit, die bei guter Führung nachher überhaupt vollständig belassen werden kann, somit die Angeklagte bei Nichtvollstreckung als straffrei in den Veronalisten eingetragen ist. Dagegen sei der Verweis eine sofort vollstreckbare Strafe. Das Gericht erkannte jedoch auf eine Verurteilung zu einem Verweis.

Rinderstocher.

Zur Warnung für Ehepaare, die fremde Kinder als eigene annehmen wollen, kann der folgende, gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II verhandelte Straffall dienen. Unter der Auflage des fortgesetzten Vollzuges und verführten Betruges wurde der Agent Alfred Bredbia aus der Haft vorgeführt. Auf ein Inserat eines Ehepaars, welches sich bereit erklärte, ein Kind diskreter Geburt in Pflege zu nehmen, meldete sich der Angeklagte, der sich Paul Krüger nannte und in der Nordstraße zu wohnen angeblich und bot ein „hildhübsches Kind, das Söhnchen einer Schauspielerin“, an. Das Kind sollte angeblich außerhalb Berlins in Pflege sein, eine sehr gute Pädagogenausbildung mitbekommen, außerdem würde eine einmalige Entschädigung von 3000 M. als Erziehungsgeld gezahlt werden. Da diese Offerte sehr verlockend war, wurde es dem Angeklagten nicht schwer, für seine Bemühungen, für die „Reise nach auswärts“ usw. 15 M. von dem Ehepaar herauszulösen. Damit hielt er seine Aufgabe für erfüllt. Er war nun in Gschmied gekommen und erließ nun selbst eine Annonce des Inhalts, daß er einen Knaben diskreter Geburt, Sohn eines höheren Offiziers hiesiger Garnison, gegen einmalige Entschädigung von 3000 M. zu vergeben habe. Auf diese Annonce meldeten sich im Handumdrehen etwa 200 Bewerber, von denen sich der Angeklagte 14 aussuchte und mit diesen in weitere Verhandlungen eintrat. In zwei Fällen hatte er wieder den Erfolg, die Provision in Höhe von 15-20 M. einzustreichen, obwohl die ganze Offerte, einfach erfinden war, in den anderen Fällen ist es bei dem Versuch geblieben. Einem der Bewerber suchte der Angeklagte in der Weise Sand in die Augen zu streuen, daß er ihm auf Verlangen ein selbstgefertigtes, angeblich vom Vornam des Kindes herrührendes Schreiben und die Photographie eines Kindes vorlegte und behauptete, sie stelle den zu verheirathenden Knaben dar. — Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte behauptete, aus Not gehandelt zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Mißhandlung durch Schulleute?

Eine Reihe schwerer Anschuldigungen gegen Schulleute, die zwei Frauen in einer Strafanzeige erhoben hatten, haben gegen diese eine Anklage wegen wissentlicher falscher Anschuldigung zur Folge gehabt. Die Angeklagten Pauline Rajewski und Marianne Mühl sind zwei aus Polen stammende Schwestern reiferen Alters. Die Vorgeschichte des Prozesses bildet eine Siftierung mit Hindernissen, die eines Tages gegen die beiden Schwestern in Szene gesetzt werden mußte. In einem vor dem Schöffengericht anhängigen Strafverfahren war vom Gericht die polizeiliche Befragung der beiden Frauen beschlossen worden. Zwei Schulleute, die frühmorgens den Beschluß auszuführen hatten, stießen auf Widerstand der Angeklagten, die sich in lauten Klagen über die Behandlung und strafte Frauen ergingen und ihrer Empörung in sich überstürzenden Worten Luft machten. Die eine der Angeklagten soll nur durch die Drohung, daß sofort ein Schlosser herbeigeholt werden würde, nach längerer Weigerung endlich zum Öffnen ihrer Wohnungstür veranlaßt worden sein. Beide wurden zunächst nach dem 105. Polizeirevier gebracht und sollen sich dort, wie die Polizeibeamten behaupten, äußerst ärmlich und renitent benommen haben, so daß schließlich der Reviervorstand herbeigeholt werden mußte. Endlich war eine Drohrede vor dem Polizeibureau vorgelesen und die Angeklagten wurden in Begleitung eines Schutzmannes nach Roabit gebracht. Dort gab es wieder eine gewaltige Dämsszene und vor dem Schöffengericht wiederholte sich das. Einige Zeit nach dieser Siftierung sprachen die Angeklagten in einer Beschwärde über die ihnen widerfahrte Behandlung schwere Beschuldigungen gegen die in Frage kommenden Polizeibeamten aus. Sie behaupteten u. a., daß sie sowohl bei der Abholung aus ihren Wohnungen von den Schulleuten

brutal behandelt, als auch auf der Polizeiwache beleidigt und tätlich angegriffen worden seien. Man habe sie gepufft und gestochen, es seien Schimpfreden gefallen wie: „Die dreistigen Polen müßten nach Galizien abgeschoben werden“, die eine Angeklagte behauptete sogar, ihr sei ein Topf Wasser über den Kopf gegossen worden, auch habe sie ein Schutzmännchen an der Gurgel gewürgt, daß sie ein Aekhsopfeiden davongetragen und sich deswegen in ärztliche Behandlung habe begeben müssen. Dazu trat die Behauptung, daß sich der eine Schutzmännchen während der Fahrt nach dem Kriminalgericht widerrechtlich die Kutnabel der einen Siftierten angeeignet habe. — Vor Gericht wiesen mehrere als Zeugen vernommene Schulleute alle diese Anschuldigungen als Phantasiegebilde zweier überaus erregter Frauen zurück. — Demgegenüber verhielten die beiden Angeklagten bei allem, was ihnen heilig sei, die Wahrheit ihrer Anschuldigungen und bezichtigten sich auf eine Anzahl Zeugen und Zeuginnen. Die Angeklagte Mühl, eine kräftliche Frau, blieb insbesondere dabei, daß sie der Schutzmännchen so an der Gurgel gewürgt habe, daß sie eine Art Aekhsopfeiden davongetragen habe. Hat sich Gurgel geknackt wie eine Fischblase“, versicherte sie. Da sie sich auch auf den Arzt berief, der sie nach dem Vorfall behandelt, hielt es das Gericht für geboten, zu einem nächsten Termin diesen Arzt und weitere Zeugen zu laden.

Erlaubnis zur Führung eines Kraftwagens. Nach der zum Automobilgesetz ergangenen Bundesratsverordnung kann die zum Führen eines Kraftwagens erforderliche Erlaubnis dauernd oder auf Zeit erteilt werden, wenn Tatsachen festgestellt werden, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein Chauffeur zur Führung des Kraftwagens ungeeignet ist. Aus demselben Grunde kann die Erlaubnis verweigert werden. Dem Kraftwagenführer Rupprecht, der schon fünf Jahre lang ein Automobil gefahren hatte, war die Erlaubnis jetzt vom Berliner Polizeipräsidenten verweigert worden, weil er nicht mehr die genügende Sehschärfe habe, um zum Führen eines Kraftwagens sich zu eignen. Der Oberpräsident erteilte ebenfalls einen ablehnenden Bescheid.

Das Obergericht als letzte Instanz holte ein Gutachten des Augenarztes Prof. Siley ein. Dieses erging dahin: Kläger habe bei freiem Auge rechts ein Zwanzigstel, links ein Drittel der normalen Sehschärfe. Beim Tragen einer Brille sei die Sehschärfe rechts ein Zehntel, links ein Halb der normalen. Er, der Gutachter, habe sich allerdings seitherzeit, als es sich um die Vorbereitungen für die Durchführung des Gesetzes handelte, für die Festsetzung höherer Anforderungen an die Sehschärfe ausgesprochen. Er glaube aber doch, daß ein geschultes und aufmerksames Führer auch mit dem Sehbemögen des Rupprecht auskommen könne. Die Sehschärfe, welche ohne Benutzung einer Brille ihm noch zu eigen sei, dürfe ihn noch befähigen, bei vorsichtig langsamem Fahren ohne Gefährdung von Personen oder Sachen auszukommen.

Das Obergericht erkannte dieser Tage zugunsten des Klägers Rupprecht und hob die Bescheide des Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten auf. Begründend wurde ausgeführt: Die Ministerialanweisungen, welche in Preußen zwecks Durchführung des Gesetzes und der Bundesratsverordnung erlassen sind, wären für den Gerichtshof nicht bindend. Inzwischen sei doch zu beachten, daß die das Ergebnis einer sorgfältigen Untersuchung seien. Der Gerichtshof stelle sich deshalb auf denselben Standpunkt und sei der Meinung, daß das, was dort als Mindestmaß für die Sehschärfe angenommen werde, als Regel zu verlangen sei. Der Gerichtshof stimme mit Professor Siley darin überein, daß von dieser Regel nur aus ganz besonderen Gründen abgegangen werden darf. Die Frage sei, ob solche hier vorläge. Das werde angenommen. Der Kläger sei vor dem langen Jahre als Droschkenfahrer und fünf Jahre als Chauffeur gefahren, und zwar ohne Brille. Er habe sich auch als vorsichtiger Fahrer betätigt. Es müsse angenommen werden, daß, wenn er jetzt eine Brille trage, ihm die Führung eines Kraftwagens immer noch anvertraut werden könne.

Aus aller Welt.

Schiffskatastrophe an der afrikanischen Küste.

In der Nähe des Kap Spatel an der nordafrikanischen Küste ist während eines Sturmes der englische Dampfer „Delhi“ gestrandet. Bei dem Auffahren auf die Felsen erlitt das Schiff verschiedene Lecks, so daß das Wasser bis in die Kabinen der Passagiere eindrang. Riefige Wesen, deren Sprüher bis zu den Mastspitzen gingen, brandeten über das Schiff. Der französische Kreuzer „Trian“, der zuerst auf der Unglücksstelle eintraf, setzte ein Dampfboot aus, dem es gelang, ein Boot mit Frauen und Kindern bis zu dem gerade ankommenden englischen Panzer „Duke of Edinburgh“ zu schleppen. Als das französische Dampfboot eine zweite Rettungsfahrt versuchte, schlug es um. Drei Matrosen ertranken, ein Offizier und vier Mann

konnten sich an Land retten. Die englischen Matrosen stellten darauf einen Bootsrumpf zwischen der „Delhi“ und dem Lande her, auf dem alle Frauen an Land gebracht wurden, ebenso auch der an Bord als Passagier befindliche Herzog von Fife und seine Gattin, die in der englischen Gesandtschaft in Tanger Unterkunft fanden. Die „Delhi“ scheint verloren.

Brüchige Ordnungsfäden.

In Jena sind rask hintereinander drei Fälle von Unterschlagungen sächsischer Gelder zu verzeichnen. Im ersten Fall war es der Gasgeldkassierer, der mehrere Tausend Mark unterschlagen hat; dem folgte der Polizeisekretär, der sich ebenfalls an fremdem Eigentum vergriß und sich selbst der Staatsanwaltschaft stellte. (In diesem Falle machten die „Leipz. Neuest. Nachr.“ aus dem Polizeisekretär einen Parteisekretär!) — Diese Schlamereien in der sächsischen Verwaltung führten im Gemeinderat zu einem Beschluß auf eine allgemeine Revision. Raum sind diese Debatten verklungen, da kommt die Nachricht, daß der Polizeiaffessor Koch mit der ihm unterstellten Kasse verschwunden ist.

Mit durchschnitener Kehle aufgefunden.

In Hamburg wurde gestern mittag die Ehefrau Elisabeth Henze von ihrem Manne, als er von der Arbeit zum Mittagessen kam, in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Kehle war ihr durchgeschnitten und verschiedene Unterleibsverletzungen waren ihr zugefügt. Als Täter kommt ein früherer Verehrer der Frau in Frage, der sie wiederholt veranlassen wollte, den Verkehr mit ihm wieder aufzunehmen, aber abgewiesen worden war. Er soll die Absicht geäußert haben, die Frau zu töten.

Kleine Notizen.

Schredentat einer Geisteskranken. In einem Anfälle geistiger Unmachtung hat die Frau des pensionierten Eisenbahnhoffmanns Wiegand in Magdeburg ihre zehnjährige Tochter und sich selbst mit einem Tuche erdrosselt. Zurhübere Folgen eines Streites. In Stargard in Pommern geriet der Förster Jahnke mit seiner Familie in einen Wortwechsel. Der Streit setzte den Mann so in Erregung, daß er seine Frau und seine Schwiegermutter und später sich selbst erschog.

Eine Fahrreise um die Welt. Das amerikanische Ehepaar Humphreys, das sich die Aufgabe gestellt hat, eine Reise um die Welt zu Fuß in vier Jahren zu unternehmen, während der sie insgesamt etwa 48 000 Meilen zurücklegen werden, ist vorgestern in Nottingham (England) eingetroffen. Das Ehepaar ist vier Tage früher, als vorurzusagen war, dort angekommen. Bis jetzt hat es fünftausend Meilen zurückgelegt.

Millionenunterschlagungen. Bei der Pariser Staatsanwaltschaft wurde gegen den Verwaltungsrat des vor acht Jahren gegründeten Vorhubsvereins für Militärpersonen des Ruhestandes von mehreren Mitgliedern Strafanzeige erstattet, da infolge von Unregelmäßigkeiten des Verwaltungsrats, dem zumeist pensionierte Generale und andere höhere Offiziere angehören, der Verein vollständig zugrunde gerichtet sei. Der Fehlbetrag soll 1/2 Millionen Franz. erreichen.

Mord und Selbstmord? Im Königsforst zwischen Brück und Königsforst wurden gestern die Leichen eines gutgekleideten Mannes und eines Mädchens, anscheinend eines Liebespaars aufgefunden. Vermutlich liegt Mord und Selbstmord vor.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		letzt		Wasserstand	am		letzt	
	13.12.	12.12.	13.12.	12.12.		13.12.	12.12.	13.12.	12.12.
Remel, Iltis	166 ¹⁾	+17	166 ¹⁾	+17	Saale, Broditz	48	-10	48	-10
Bregel, Ankerberg	48 ¹⁾	+1	48 ¹⁾	+1	Qabel, Svanbau ²⁾	44	+11	44	+11
Beichel, Ibern	10 ¹⁾	+5	10 ¹⁾	+5	Rathenow ³⁾	18	+2	18	+2
Oder, Rathbor	121	+8	121	+8	Spree, Spremberg ⁴⁾	82	+2	82	+2
„Kroffen	73	-8	73	-8	„Deeslow	76	+1	76	+1
„Frankfurt	56	+9	56	+9	„Rinden	104	+2	104	+2
„Scharm	8	8	8	8	„Rinden	166	+2	166	+2
„Landsberg	-20	+2	-20	+2	„Rhein, Maximilianbau	306	+4	306	+4
„Bordamm	-15	+6	-15	+6	„Raub	112	-3	112	-3
„Reinert	-197	-3	-197	-3	„Röln	144	+23	144	+23
„Borb	17	+3	17	+3	„Redar, Dellbronn	40	-1	40	-1
„Ragdeburg	20	-3	20	-3	„Rain, Wertheim	90	+1	90	+1
					„Wesel, Trier	178	-5	178	-5

1) + bedeutet Hoch, - Nied. — 2) Unterpegel. — 3) Uferland. 4) Oberhalb der Brücke Uferland. — 5) eisfrei.

Unserem Genossen
Fritz Dudde und Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit!
Die Genossen des 142. Bezirks II. Kreis

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Strofaner Viertel. (Bezirk 322 111.)

Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schneider **Ferdinand Müller** Gubener Str. 39 gestorben ist. 207/14

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Reichstagsfriedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein imiggelebter Mann **Wilhelm Schmidt** nach langem, schwerem Leiden am 12. d. M. friedlich entschlafen ist. Dies geht sichträbt mit der Bitte um stille Teilnahme an **Wilhelmschmidt**, geb. Vofanet.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. 111/22

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Petersburger Viertel, Bez. 373 I.)

Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bauarbeiter **Wilhelm Schmidt** Kirchhofstr. 64 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, 16. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauarbeiter **Wilhelm Schmidt** am 12. Dezember an Gicht, rheumatischen und Herzschwäche gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes aus statt.

Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauarbeiter **Wilhelm Schmidt** am 12. Dezember an Gicht, rheumatischen und Herzschwäche gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. 111/22

Rosenthaler Hof Rosenthaler Str. 11/12. Saal mit Bühne (300 Personen) für Geselligkeit noch frei. 11012

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 11. Dezember verstarb unser Genosse, der Rarmorarbeiter **Karl Albrecht** Kalplaquastr. 13.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 2¹⁾ Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Am rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 233/19

Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rarmorarbeiter **Karl Albrecht** im Alter von 36 Jahren an der Verurstrankheit.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 2¹⁾ Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.** 172/20

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Albert Oser** lagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie dem Vorstand der Kaser und den Kollegen der Firma M.J. Bodenstein unseren innigsten Dank. **Wwe. Elise Oser** nebst Kindern.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am 11. Dezember verstarb unser Mitglied, der Kunstschmied **Rudolf Rybnicki.**

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des neuen Alexander-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.** 64/12

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Josef Hübner** lagen ich allen Beteiligten, insbesondere Herrn Kühne für den aufschätzbaren Nachruf und dem „Verein der Kunstschmiede“ meinen herzlichsten Dank. **Wwe. Martha Jehle.** 11112

Schallplatten Verleih-Institut. Auch nach ausw. Pr. gratis. **Karl Borbe, Berlin 69** Neue Königstrasse 26.

Soeben erschien eine Neuauflage des:
Rückwärts
Zentralorgan des schwarzen Blocks.
Offizielles Organ der deutschen Schaf- u. Schweinezüchter
reich illustriert, Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch alle Kolporture und Zeitungs-
pediteure, sowie durch die
Buchhandlung Vorwärts.

Billige Kuverts
für die Reichstagswahl:
1000 Stück 1.40 M. an bei größeren Mengen. 2039b
Muster-Sortimente zu Diensten.
Albert Lenge
Kuvert-Fabrik mit Kraftbetrieb
Leipzig-R.
52a, Kohlgrabenstraße 52a.

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter
kann seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.
Hauptgesch.: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53, Ecke Weinmeisterstraße;
Landsberger Allee 118, am Friedrichshagen; Nixdorf; Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

Gewerkschaftliches.

Verweigerung landwirtschaftlicher Streikarbeit nicht strafbar!

Im September 1911 hatte ein großer Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter auf der Gollsteinischen Insel Fehmarn die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderung auf Erhöhung der Tagelöhne bei den Dreschmaschinen von den reichen Besitzern nicht bewilligt wurde.

Selbstverständlich weigerten sich diejenigen Knechte, die bereits der Organisation der Landarbeiter als Mitglied angehörten, Streikarbeit zu verrichten. Nun trat prompt die staatliche Behörde mit der Autorität des Gesetzes gegen die Liebhaber in Aktion.

Drei der Betroffenen beantragten gerichtliche Entscheidung, mit der Begründung, sie hielten sich nicht für verpflichtet, die ihnen aufgetragene Arbeit zu tun. Das Schöffengericht in Burg auf Fehmarn erkannte in allen drei Fällen auf Freisprechung.

Eine Hebertretung des Gesetzes vom 6. Februar 1878 (einer Ergänzung der Schleswig-Holsteinischen Gefindeordnung aus den 40er Jahren) werde nicht als vorliegend erachtet. Die Angestellten konnten die Ausführung von Diensten bei anderen Dienstherren mit Recht verweigern, da ein Dienstverhältnis rein persönlicher Natur ist und ein Dienstknecht nur verpflichtet ist, seinem eigenen Dienstherrn die kontraktlich übernommenen Dienste zu leisten.

Dieses Urteil hebt sich vorteilhaft ab von zahllosen Entscheidungen anderer Schöffengerichte, die in Fällen von „Ungehorsam“ ländlicher Arbeiter stets die volle Strenge der strafrechtlichen Ergänzungen einer der circa 50 deutschen Gefindeordnungen anwenden.

Berlin und Umgegend.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in der Damenkonfektion

hat sich, so weit sich bis jetzt übersehen läßt, ohne besondere Schwierigkeiten vollzogen. Die Konfektionäre sind offenbar froh, daß die organisierten Meister wieder Arbeit annehmen, da die „1250“, die nach den Angaben des Herrn Krohn, des Vorsitzenden vom gelben Meisterverband, sich als Arbeitswillige bekannnten, doch offenbar nicht ausreichen, die für die Geschäfte so dringend notwendigen Meister fertigzustellen.

Dadurch, daß die Mittwochversammlung den Streik einmütig und ohne jeden Widerspruch abgebrochen hat und durch die einstimmige Annahme der Resolution den leitenden Kommissionen ihr uneingeschränktes Vertrauen anspricht, wird es den arbeitswilligen Meistern und ihrem „Zentralverband“ jedenfalls unmöglich gemacht, noch weiter einen verberblichen Einfluß auf die Verhältnisse in der Damenkonfektion auszuüben.

Der Streik der Flügelzusammensetzer bei der Firma Beckstein

dauert ununterbrochen fort. Die Firma lehnt jede Verhandlung ab und macht auf der andern Seite große Anstrengungen, Arbeitswillige heranzuziehen. Bisher haben sich jedoch noch keine gefunden. Doch wird die Ankunft von Arbeitswilligen jeden Tag ungeduldig von der Firma erwartet.

Während die Firma Beckstein sonst in den Monaten November und Dezember Hunderte von Flügeln liefern konnte, ist es ihr jetzt nur mit Not und Mühe möglich, ab und zu einzelne derselben zu liefern, obgleich in diesem Jahre die Nachfrage nach Flügeln größer ist als früher.

Die Kollegenchaft Berlins ersuchen wir, wie bisher jeden Zugang fernzuhalten. Dann muß die Firma Beckstein den für ihren Betrieb unentbehrlichen Flügelzusammensetzern entgegenkommen.

Mit den Zuständen in der Werkstatt des „Deutschen Offiziervereins“

mußte sich eine außerordentliche Versammlung der Geschichtsfreier beschließen. Während in den Kreisen der Berufsangehörigen immer noch die Ansicht vorherrscht, daß diese Werkstatt, die als eine der größten in der Branche angesprochen werden muß, in ihren Lohn- und arbeitsbedingungen den normalen Verhältnissen der Branche entspricht, wurde in der Versammlung festgestellt, daß wohl selten in den Betrieben so traurige Verhältnisse anzutreffen sind, wie gerade im „Offizierverein“.

muß berücksichtigt werden, daß es sich nicht etwa um jung ausgelebte, sondern um Arbeiter handelt, die schon seit circa 20 Jahren in der Werkstatt beschäftigt sind. Während also selbst von Seiten der Sattlerinnung bei den Verhandlungen über die notwendige Entlohnung eines Sattlergehilfen ein Mindestlohn von 27 Mark pro Woche zugestanden wurde, müssen die Arbeiter dieser Werkstätte, die das Vergnügen haben, ausschließlich für die Offiziere unseres Heeres zu arbeiten, sich bei anstrengender Akkordarbeit mit weit geringeren Verdiensten abfinden.

Achtung, Café-Angestellte! Im Café Franconia, Große Frankfurter Str. 68, Inhaber Köstler, sind die Forderungen bewilligt. Die Sperre ist aufgehoben.

Achtung, Typsetzer! Die Sperre über die Firma Koschau hat sich erledigt, da selbige nur wieder Organisierte beschäftigt. Die Kollegen von Groß-Lichterfelde werden erlucht, die morgige Annonce unter kleine Anzeigen im „Vorwärts“ zu beachten.

Achtung! Einkassierer und Kassenboten! Wegen Maßregelung der Vertrauensleute sind die Einkassierer der „Victoria“ in Hamburg in den Streik getreten.

Deutsches Reich. Christliche Rache. Zwei Mitglieder des christlichen Vergarbeiterverbandes wurden vom Schöffengericht in Bochum zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie ihrer christlichen Nächstenliebe gar zu deutlichen Ausdruck gegeben hatten.

Ausland. Pilsener Urquell. Upton Sinclair hat in seinem aufsehenerregenden Werke „Der Sumpf“ eine Schilderung der Zustände in den Schlachthöfen Chicago gegeben, die Grauen und Entsetzen erregt.

Die Behandlung der Arbeiter ist unter aller Kanone; Schimpfnamen regnet es nur so. Der Wechsel im Personal ist ein großer. Aber diejenigen, die dort sitzen geblieben sind und sich eingelebt haben, spüren das Entwürdigende der ganzen Verhältnisse wohl kaum; sie sind ganz verblödet. Man sieht es den ausgegessenen Gestalten an, daß sie sich von dem Lohn nicht fassen können.

Die Organisation der österreichischen Brauereiarbeiter, die diesen Zuständen ein Ende machen könnte, wird in den Betrieben nicht geduldet, und die Zustände sind den Organisationsfeinden äußerst günstig. Es scheint fast, als ob es noch lange dauern sollte, ehe die Organisation die so notwendige Kulturarbeit in diesen Betrieben beginnen kann.

Die britische Gewerkschaftsbewegung.

London, 11. Dezember 1911. (Eig. Ber.) Die letzten großen wirtschaftlichen Kämpfe haben einen erfreulichen Mitgliederzuwachs für viele Gewerkschaften gebracht. Namentlich die Gewerkschaften der Eisenbahner und Dampfarbeiter wie auch die der verwandten Berufe haben große Mengen neuer Mitglieder gewonnen.

Die letzten großen wirtschaftlichen Kämpfe haben einen erfreulichen Mitgliederzuwachs für viele Gewerkschaften gebracht. Namentlich die Gewerkschaften der Eisenbahner und Dampfarbeiter wie auch die der verwandten Berufe haben große Mengen neuer Mitglieder gewonnen. Die Höhe die Zahl der neuen Mitglieder ist, läßt sich augenblicklich noch nicht genau feststellen; man wird sie jedoch nach Zehntausenden rechnen müssen.

Verfammlungen.

Meine in der 2. Beilage des „Vorwärts“ vom 5. Dezember d. J. in einem Bericht über eine Versammlung im ersten Wahlkreis wiedergegebene Äußerungen beschäftigen sich mit den von vier Professoren, von Litz, von Lillenthal, Kahl und Goldschmidt, veröffentlichten Gegenentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.

- 1. Daß der Gegenentwurf nicht von ihm allein, sondern in Gemeinschaft mit 3 Kollegen aufgestellt sei und daß die vier Verfasser erklärt haben, daß sie samt und sonders für alle in dem Gegenentwurf gemachten Vorschläge einstehen.
2. Daß die Strafandrohung gegenüber dem geltenden Recht insofern eine Milderung darstelle, als der Gegenentwurf die Verhängung einer Geldstrafe zulasse, während das geltende Recht nur Freiheitsstrafen für Straftäter kenne.
3. Daß nach § 87 des Gegenentwurfs allgemein, also auch für Straftäter, mildernde Umstände vorgesehen sind und daß nach § 88 in besonders leichten Fällen aus Haft oder gar nur Verweis erlassen werden kann, worin ebenfalls eine wesentliche Milderung des geltenden Rechts liegt.
4. Daß der Gegenentwurf den großen sozialpolitischen Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht einhalte, daß er den Arbeitgeber bestraft, der den Arbeitnehmer an der Ausübung des Koalitionsrechts hindert. Die Geldstrafe sei gerade deshalb so hoch, wie vorgesehen, im Gegenentwurf bemessen, um den Arbeitgeber empfindlich treffen zu können, der die Freiheit der Koalition der Arbeiter antastet.

Obwohl ich selbstverständlich für die Form der im „Vorwärts“ erfolgten Wiedergabe längerer juristischer Ausführungen in wenigen Zeilen keine Verantwortung trage, um so weniger, als für den Richterposten einer politischen Zeitung selbstverständlich der politische Gesichtspunkt entscheidend ist, fühle ich mich dennoch verpflichtet, vorstehende Erklärung des Herrn Professorens v. Litz mitzutheilen. Ich unterlasse es auch, daran eine Polemik zu knüpfen, da ich mich in meinem auf dem Gewerkschaftsfest in Dresden gehaltenen Referat über: „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch“ auch mit dem Gegenentwurf der Professoren beschäftigt habe und darauf Bezug nehmen kann.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann.



Größte Puppen-
Spezial-Fabrik Berlins
P. R. ZIEROW
Berlin N., Schönhauser Allee 179.
Größtes Lager von Kugelgelenkpuppen, Charakterbabys, Bälgen, Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenartikeln.
Reparaturen und alle Ersatzteile.
Engros. Einzelverkauf.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35** **Möbel** **35**
Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Gänse! **Gänse!**
sowie sämtliche Gänse-Artikel täglich frisch und in großer Auswahl.
Gänsestückenfleisch a Pfd. 40 Pf., Gänseleberwurstchen a Stck. 10 Pf.
In Gänsefett, garantiert rein, a Pfd. 1,20 M.
Geräucherte Gänsefüße mit und ohne Knochen.
H. Schlack- und Salamawurst a Pfd. 1,20 M. usw.
Hermann Leibner, Klosterstr. 95,
Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11. Zentral-Markthalle Stand 29.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 14. Dezbr. 1911.
Anfang 4 Uhr.
Belle-Alliance. Uchenbrödel.
Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Offiziere.
Anfang 7 1/2 Uhr.
R. Oberhaus. Der Rosenkavalier.
R. Schauspielhaus. Dr. Klaus.
Haveland. Spezialitäten.
Jirtus Busch. Gala-Vorstellung.
Jirtus Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Laubenhäute 48/49.
Von Meran zum Oriler.
Sammerspiele. Frühlings Erwachen.
Kurfürstenther. Die lustigen Weiber von Windsor.
Berliner. Die Ahnengalerie.
Kessing. Das weiße Land.
Kometische Oper. Der Freischütz.
Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer.
Neues. Das Wädel von Montmartre.
Wespen. Jahnke.
Wespen. Ein Walzer von Chopin.
Neues Operetten. Die moderne Eva.
Kleines. Votändig Geburtstags.
Geiz und Janny Ehler. Heden-Jok.
Schiller O. Die Wildente.
Zu Charlottenburg. Madame Sans-Gêne.
Friedr. Wilt. Schauspielhaus.
Scherlach Holms.
Königsgraber Straße. Spielererei einer Kaiserin.
Rose. Die größte Liebe.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Lustspielhaus. Die Vergnügungstreife.
Trianon. Reu Baba.
Lhalia. Tönnische Wirtschaft.
Luffen. In Dunkel gehüllt.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Agnie. Spezialitäten.
Vassar. Spezialitäten.
Herrnsfeld. Schmerzhafte Behandlung.
Das Kind der Firma.
Wintergarten. Spezialitäten.
Nicht-sauer. Stettiner Säger.
Königsgraber-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Hofed Caprice. Wanda Wilt's Polterabend.
Wohlfahrt. Teufel, das hat eingeschlagen!
Neues. Liene, die smelte Frau.
Voigt. Eine Jadenfamilie.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Leidenschaft.
Belle-Alliance. Narrenspiel.
Intimes. Der Brandstifter.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Vanorama. 11. Reihe in Bismarck- und Herzoginstraße. Die sonnige Platz a. 11b.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Von Meran zum Oriler.
Das Programm der Hörsaal-vorträge im 1. Quartal 1912 ist erschienen und kostenlos erhältlich.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Fatintan.**
Mittwoch und Sonnabend nachm.
4 1/2 Uhr: **Was und Moris.**
Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Die Dame in Rot.**
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akte v. Roulet u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von Dolten-Barfers.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
Belle-Alliance-Theater
Nachm. 4 Uhr: Uchenbrödel.
Abends 8 1/2 Uhr: **Narrenspiel.**
Sonnabend: **Japientreich.**
Luffen-Theater.
Heute Freitag: Premiere:
In Dunkel gehüllt.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Die Klein-Gise das Christkind suchen**
gna. 8 Uhr: **Baroness Claire.**
Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
Große Rahmentrauer in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Abends ab 8 Uhr.
Ein sensationeller Erfolg der großen Attraktionen mit **Harry Walden**
in f. Baudeville: **Der Brettkönig.**

Herrnsfeld Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Oona Herrnsfeld in den Hauptrollen. Vorber:
Schmerzlose Behandlung.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Passage-Theater.
Das große Festprogramm.
Der Triumph der Schönheit!
Lebende Kunstwerke
Claire Waldoff
Der tapfere Herr Angstlich
Burlesk-Sketch mit
Georg Kaiser u. W. Goldmann
in den Hauptrollen
und 12 Varieté-Sensationen

Passage-Paroptikum.
Acht Wochen bei den **Feuerfressern**
Täglich zu sehen! Lebend
Die wilden Essnas
Karawane sudanesischer
Schrei-, Haut- und Feuer-Fakire
in einem besonders auf-
gebauten Dorf.
Ohne Extra-Entree.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Branche der Klavierarbeiter.
Mittwoch, den 27. Dezember 1911
(3. Weihnachtsfeiertag):
Weihnachts-Vergnügen
im Gewerkschaftshause (großer Saal)
Engel-Ufer 15.
Konzert
ausgeführt vom Neuen Berliner Tonkünstler-Orchester
(Dirigent: Herr Franz Hoffelder).
Berliner Uk-Trio.
Nach dem Konzert: **Tanz.**
Von 8 Uhr ab im unteren Saale Tanz.
Für Kinder von 8 Uhr an im Saal 5:
Kasperle-Theater.
Die Saaltüren bleiben während der Aufführungen geschlossen. Das Rauchen ist während des 1. und 2. Teiles nicht gestattet.
Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Billett inkl. Tanz 50 Pfennig.
Die Ausgabe der Billetts erfolgt am Sonnabend, den 16. d. Mts., abends von 7 1/2 Uhr an im Verkehrs-lokal von Bieberstein, Adalbertstr. 59.
Die Vertrauensleute werden ersucht, die Billetts dort in Empfang zu nehmen und für Umsatz derselben zu sorgen.
Die Branchenleitung.

SARRASANI
schlägt alle **REKORDE**
Er bringt **Rekordprogramme**
Rekordzahlen
Rekordleistungen
zu **billigeren Eintrittspreisen**
als jedes andere Unternehmen

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute und morgen Sonnabend
Johann Strauß aus Wien.
Sonntag: **Karl Heinzl u. erste Bühnenkünstler.**

Midgets Town
Hauptstadt von Liliput
mit ihren **70 Bewohnern**
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöf. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends
Entree inkl. Varieté und Kabarett-Vorstellung: 1 Mark.
Zirkus Extra-Entree. Zirkus Extra-Entree.

Am Mord-Gaudi
Ober-Bayern
Sport-Palast
Potsdamerstr. 72
Eröffnung Sonnabend 8 Uhr abends
Eintritt 50 Pf. Tanz bis 4 Uhr früh.

Zirkus A. Schumann
Freitag, 15. Dezember, 7 1/2 Uhr:
Geschwister Weise
genannt: Die Biedermeyer mit ihren hier noch nie gesehenen Original-Tricks. Los Briatorea, einzig in ihrer Art.
5 Affen am fliegenden Trapez.
Frl. Dora Schumann.
9 1/2 Uhr: Die große Fee in 5 Bildern
1000 Jahre
auf dem Meeresgrund nach Motiven aus 1001 Nacht.
Sonntag, 17. Dezember:
2 große Vorstellungen.
3 1/2 Uhr nachm. u. abends 7 1/2 Uhr.
Sowohl abends als auch nachmittags ungekürzte Auf-führung der großen Fee in 1000 Jahre a. d. Meeresgrund.
Nachmittags hat jeder Besucher 1 eigenes Kind unter 10 Jahr. frei auf allen Sitzplätzen. Jedes weitere Kind halbes Preis.

Union-Theater
Direktion: Willy Cromer.
Alexanderplatz **Heute**
Unter d. Linden **letzter Tag:**
Wedding **Der Kronprinz auf der Jagd in Oels.**
Moritzplatz **Der schwarze Traum.**
Hasenheide
In der Hauptrolle: Asta Nielsen.
Zelle No. 13.
Der Ueberfall des Zuges 522 usw. — usw.
Morgen Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
Wedding **Weihnachts-Kinder-Vorstellung.**
Morgen Premiere:
Leo Sapperloter **Die Geschichte einer Ehe in 3 Kapiteln.**
Lustspiel a. d. Berliner Leben von Helten Backers.

Kreuzberg-Festsäle
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Säger.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Coffeepartouts u. Vorzug-
karten gäلتig.
Nach der Vorstellung:
Drei Tanzfräulein.
Jeden Mittwoch:
Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
Für Vereine Sonnabende noch zu verp.

Voigt-Theater.
Geldrücken Badstraße 58.
Freitag, den 15. Dezember:
Eine Jadenfamilie.
Orig. Charakterbild i. 4 Akte v. Mirani.
Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Volks-Theater.
Nixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 17. Dezember: **Der Hund von Badewille.** Detektivkomödie in 5 Akten von H. Gasse.
Montag, 18. Dezember: **Geschlossen.**

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Von 10 Uhr an geöffnet
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Um 5 1/2 Uhr:
Das Weihnachtsmärchen
Schneewittchen
Abends
Das prächtige Eisballett:
Alpenzauber
Die kleine Charlotte
Apachenkänze — Pushballspiel.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr an halbes Preise.
Restaurant ersten Ranges.

Zirkus Busch
Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Gastspiel die letzte Attraktion aus Karl Hagenbeck's Tierpark Stellingen
Die Menschen-Affen Max und Moritz.
Hektor und Lolette.
Norman Telma.
Herr Ernst Schumann, Freiheits-dressuren. Frl. Anna Stennis, Schulleiterin.
Um 9 1/2 Uhr zum **65. Male:** Origin.-Ausstattungsstück des **Zirkus Busch** in 5 Bildern.
U20

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Mandelblüths Polterabend.
Losgelassen.
Waffenübung.

Königsgraber-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. A. eganderstraße vom 1. bis 16. Dezember:
„Familie Müller“
großes Selbstbild in zwei Bildern und das reichhaltige Spezialitäten-Programm.

Casino-Theater
Volbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Robital! Robital!
Das Sensations-Lustspiel
Der Kampf ums Dasein!
Sonntag 9 1/2 Uhr: **Die Tochter des Sträflings.**

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Franzillon.**
Reichshallen-Theater.
Stettiner Säger.
Gastspiel **Robert Steidl.**
Weihnachts-Programm.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Roach's Theater.
Direktion: Robert Hill.
Berlin N., Brunnenstraße 10.
Zum letztenmal:
Liane, die zweite Frau.
Schauspiel in 6 Bild. v. Blumenfeld.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonst usw. gäلتig.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Von 10 Uhr an geöffnet
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Um 5 1/2 Uhr:
Das Weihnachtsmärchen
Schneewittchen
Abends
Das prächtige Eisballett:
Alpenzauber
Die kleine Charlotte
Apachenkänze — Pushballspiel.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr an halbes Preise.
Restaurant ersten Ranges.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Hauptbüro: Hof III.
 Verwaltungsstelle Berlin, Charlottenstr. 3. Amt Norden, Nr. 1939. Amt Norden, Nr. 1967.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Sonntag, den 17. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung

der
Schlosser Berlins u. Umgegend

im großen Saale der
 Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.
 Tagesordnung: 159/11
 1. Stellungnahme zur Tarifänderung. — 2. Diskussion.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.
 Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Vertrauensmänner-Konferenz
 der Schlosser findet früh 8^{1/2} Uhr im
 NebenSaale statt.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonntag, den 17. Dezember 1911, vormittags 10 Uhr,
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1:

Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zum Sonntag und Anträge zu demselben. — 2. Auf-
 stellung der Delegierten. — 3. Verbandangelegenheiten.
 Gellähliges und pünktliches Erscheinen erwartet.
 53/10 Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonntag, den 17. d. M., mittags 1^{1/2} Uhr, in den
 Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Außerordentliche

General-Versammlung.

Tagesordnung:
 Wahl der Verwaltung. Wahl der Delegierten zur Konferenz in
 Wittenberg. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag in Wänden.
 Beratung der Anträge betreffs des Arbeitsnachweises.
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 146/12 Die Verwaltung.

Gesellschaftsspiele in allen Preislagen.

Schach, Domino, Dame, Koch- u. Kegelspiele usw.
 Moderne Spazierstöcke und Tabakpfeifen aller Art.
 Feine Wiener Meerscham- und Bernstein-Spitzen.
 Scheunert & Wirth, Blumenstraße Nr. 3 (neue Nr.)
 an der Berliner-Theater-Straße.

Achtung!

Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Wörner
 (früher Keller), Koppenstr. 29:

Öffentliche polnische Wähler-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Wen wählen wir in den Reichstag? Referent: Genosse Podemski. 2. Freie Diskussion.
 Es ist Pflicht eines jeden Polen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 207/16* Die Agitationkommission der P. P. S. von Berlin und Nixdorf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
 Heute, Freitag, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-
 aufer 14/15, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter

der Holzindustrie!
 Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends in der ArbeitslosenSaal
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und
 jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der
 Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.
 Auch stehen den Besuchern Unterhaltungsspiele zur Verfügung.
 Die Werkstattdirektoren werden gebeten, die Lehrlinge auf
 den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Charlottenburg.
Uhren und Goldwaren.
 Größte Auswahl, solide Bedienung.
Friedrich Stabenow,
 Berliner Str. 146.
 931L*

Tischlerverein. E. H. 89.

Sonabend, 16. Dezember,
 abends 8^{1/2} Uhr, Reichstr. 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
 Wahl des Vorstandes für das Jahr
 1912. Billettausgabe zum Berliner
 Theater am ersten Weihnachtstag.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
 Erscheinen ist Pflicht.
 190/12 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer- Bund Solidarität.

Touren

am Sonntag, den 17. Dezember.
 2. Abt.: 2 Uhr: Sootwinkel.
 3. Abt.: 12^{1/2} Uhr: Wannsee
 (Riesenhof).
 4. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Wilmersdorf
 (Viktoriagarten).
 5. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Tour wird am
 Start bekannt gegeben.
 6. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Johannissthal
 (Schulz).
 7. Abt.: 2 Uhr: Waldmannslust
 (Schweizerhäuser).
 8. Abt.: 2 Uhr: Spandau (See-
 burger Str. 90).
 9. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Birkenwerder.
 Start an den bekannten Stellen.



Jeder Arbeiter,
 jeder Handwerker
 sollte zur Arbeit
 die Lederhose
Herkules
 tragen.



= Unerreichte =
 Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.
 Sehr starkes Leder
 in grauen u. braunen
 Streifen, auch ein-
 farbig. Am Bund
 aus einem Stück ge-
 arbeitet, wodurch
 besondere Haltbar-
 keit bedingt ist.
 Sehr feste Kapp-
 nähte m. stark. Ganz-
 schwere Leder-Pilot-Taschen.
 Große Pflücken umsonst.
 Trotz dieser vielen und
 anderer Vorzüge kostet
 die Herkules-Hose für
 normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung

für alle Zweige der Gewerbe u.
 Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 30-30 — Brückenstr. 17
 Gr. Frankfurterstr. 30
 Schöneberg, Hauptstr. 18.
 Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verbot.

Ferrenhüte. Gustav Palm, Gul-
 macher, Reichendergerstraße 60. +141

Eigene Fabrikation
 im Hause!

Praktische Weihnachts-Geschenke
 kauft man zu sehr
 billigen Preisen in **Julius Apelts**

Möbelfabrik

Berlin SO. 6 Adalbertstr. 6 Kottbuser
 Tor
 Große Auswahl in: Salons, Herrenzimmern, Speisezimmern,
 sowie einzelne Möbel: Schreibtische, Trumeaus, Sofas, Kleiderspinden, Vertikos
 in moderner Stilart.
 Aeltere Muster spottbillig.

Weihnachts-Verkauf

C: Spittelmarkt 15, Teilhaus
C: Rosenthaler Straße 14
W: Potsdamer Straße nur 50
W: Schillstraße 16
NW: Bausellstraße 29
NW: Turmstr. 41, Ecke Oldenburger Str.
NW: Wilmersdorfer Straße 22
SW: Friedrichstr. 140-41, a. Halleck. Tor
N: Brunnenstr. nur 37
N: Friedrichstraße 127, schräg gegen-
 über der Oranienburger Straße
N: Danziger Straße 1
N: Müllerstraße 3
N: Reinickendorfer Str. 23, gegen-
 über Plantagenstraße
O: Andreasstraße nur 50
O: Frankfurter Allee 125
SO: Oranienstr. 32, zwischen Oranien-
 platz und Adalbertstraße
SO: Oranienstr. 2a, unmittelbar an der
 Haldebusstation Oranienstraße
SO: Wrangelstraße 49
Charlbg. nur Wilmersdorfer Str. 122-23
Rixdorf: Bergstraße 30-31
Potsdam: Brandenburger Straße 54

Besonders preiswerte Schuhe

in eleganten Präsent-Kartons

Kamelhaar - Stoffschuhe Filz- und Ledersohle	für Damen		für Herren		für Kinder	
	2.25	1.70 1.30	2.25 1.50	1.15 1.00	85	Pf.

Neuheit! Kamelhaarschuhe und Schnallenstiefel nach Prof. Jäger!

Leder-Hausschuhe Sealskinfutter, schwarz und farbig für Damen 3.50 für Herren 3.50 mit Wollfutter

Damen- und Herren-Schnürstiefel Modernste Ausführung	Hauptpreislagen		14.50	12.50	10.50	8.50	7.50
---	-----------------	--	-------	-------	-------	------	------

Neuheiten! Schnür- und Knopfstiefel
 Wildleder mit Lackbesatz — das Modernste für Salon und Straße . für Damen 12.50 für Herren 14.50

Unsere Spezialität: Condor Patent-Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren
 Ideal, bequem, für gesunde und leidende Füße 16.50 14.50 12.50 10.90

Neuheit! Schnürstiefel mit Korksohle, bester Schutz vor Erkältungen, la. Boxcalf für Herren 15.50

Mädchen- und Knaben-Schnürstiefel bequeme breite Form!	Größe 25-26		Größe 27-28		Größe 29-30		Größe 31-33		Größe 34-35		Größe 36-38	
	4.25	4.75	5.25	5.75	6.25	7.25						

f. Chromleder, Derby-Schnitt,
 Lackkappe — elegant u. solide

Vornehmer Kalender 1912 gratis!

CONRAD TACK & Cie.

Schuhfabrik BURG bei Magdeburg :: 130 Verkaufsstellen

Marke Condor

Arbeiter! Parteigenossen! Seht die Wählerlisten ein!

Partei-Angelegenheiten.

Sur Lokalliste!

Die Kammerfälle, Zeltower Straße 1/4, Ecke der... sind für die organisierte Arbeiterschaft nach wie vor gesperrt.

In Stieglitz T.-B. sind die Lokale Albrechtshof und Schloßpark streng zu meiden.

In Südennde sind die Lokale Dahl und Schultheß nach wie vor gesperrt, da die Inhaber ihre Säle der organisierten Arbeiterschaft zu Veranstaltungen verweigern.

Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 17. Dezember, früh 8 Uhr: Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus. Erscheinen Pflicht!

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag wird für den Westen eine Handzettelverteilung vorgenommen.

Am Montag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale Nihil, Dammstr. 13, eine Versammlung statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse Dr. Moses. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 17. Dezember, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus statt. Diejenigen Genossen, welche nach keinem bestimmten Bezirk zugeteilt sind, werden ersucht, sich bei Helmann, Ritterstr. 1, zu melden.

Vierter Wahlkreis. Für polnisch sprechende Reichstagswähler findet am Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in „Möners Kongresshale“, Ropenstr. 20, eine Versammlung statt. Der Vorstand.

Ober-Schneeweide. Am Sonntag, den 17. Dezember, von morgens 8 Uhr ab: Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Brig-Budow. Sonntag, den 17. Dezember, früh 8 Uhr: Handzettelverteilung von den bekannten Stellen aus. Der Vorstand.

Boghen-Kummelsburg. Sonntag früh 8 Uhr treffen sich die Genossen zur Flugblattverteilung in den bekannten Lokalen. Die Bezirksleitung.

Wahlsdorf (Dsbahn). Am Sonntag, den 17. d. M., früh 8 Uhr, Flugblattverteilung. Für Wahlsdorf-Süd treffen sich die Genossen vollständig bei Wader, Köpenicker Allee, Ecke Winklerstraße; für Wahlsdorf-Nord bei Doerger, Wabuschstraße. Die Bezirksleitung.

Lankwitz. Heute abend 8 Uhr öffentliche Wählerversammlung bei Edel, Wühlstr. Referent: Genosse Fritz Jubeil. Der Vorstand.

Wahlsdorf, Schützenhof, Waltersdorf und Schneefeld. Am Sonnabend, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bulofzer (Villa Kahl): Öffentliche Wählerversammlung. Genosse Friedrich Charlottenburg wird über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl sprechen. Nach dem Vortrage freie Diskussion. Jeder Genosse ist verpflichtet, für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Nieder-Schneeweide. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Wählerversammlung im Wirtschaftshaus „Loreley“. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Parteisekretär Max Vagels. Charlottenburg. Freie Diskussion. Der Vorstand.

Tegel. Am Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 8 Uhr: Flugblattverteilung von den Bezirkslokalen aus.

Falkenhagen-Seefeld. Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, auf dem Grundstück Borkstr. Ecke der Schwarzlopfstr. bis 10 Uhr dem Gauwart Referent: Öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Die Reichstagswahlen.

Sonntag früh 7 Uhr von den Wohnungen der Bezirksführer aus: Flugblattverteilung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zentrumsagitation in Berlin.

Das Zentrum will bei der diesmaligen Reichstagswahl in Berlin besondere Anstrengungen machen und seine Stimmen zählen. Zu diesem Zweck ist von der Zentrumsparlei der Reichsgraf von Oppersdorf als Wahlkandidat aufgestellt worden, der schon bei der Reichswahl im vierten Kreise kandidiert hat. Das Zentrum hat eine lebhafteste Versammlungsagitation in die Wege geleitet. Der leidenschaftliche Graf bemüht sich mit Unterstützung von anderen Zentrumsrednern der Groß-Berliner Bevölkerung die volksverräterische und arbeiterscheuende Zentrumsagitation zu machen. Es haben im sechsten und vierten Kreise Versammlungen stattgefunden, in welchen der Kandidat geredet hat. Ueber den Erfolg der Zentrumsagitation in Berlin ist sich der Herr Graf nicht im geringsten im Zweifel. Die Frage, ob es sich lohne, angesichts der unerschütterlich festliegenden Reichstagswahlverhältnisse in Berlin Wahlkandidaten aufzustellen, wurde unbedingt bejaht. Der größte Redner meinte:

„Man stelle den Kandidaten nicht auf, um ihn zum Siege zu führen; derjenige, der nicht auch mit einer Niederheit kämpfe, sei nicht wert zu liegen. Gewiß verdienen die Wähler zu liegen; wir hoffen auch, daß sie um so mehr draußen im Lande liegen, daß die Zentrumsparlei zum mindesten in der gleichen Anzahl Vertreter wieder in den Reichstag einzieht. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß zur Ehre und zum Ruhme der Partei die Wählerziffer des Zentrums in Berlin und in der Mark Brandenburg eine weitere Vermehrung erlaube. Wenn das Zentrum auch in der Mark in einigen Wahlkreisen gleich im ersten Wahlgange für den konservativen Kandidaten eintrete, so heißt es hier in Berlin: Alle Romm an Verb, alle Mann zur Wahlurne.“

Die mündliche Agitation des Zentrums wird ergänzt durch die schriftliche. In letzter Zeit sind an zahlreiche Wähler Flugchriften verandt worden, in denen für das Zentrum Propaganda gemacht wird. Darunter befindet sich eine Broschüre mit dem Titel: „Wen wähle ich?“, „Aufklärungen zur Reichstagswahl für das deutsche Volk mit Bildern“. In dieser Broschüre wird gelogen und gefälscht, daß es nur so eine Art hat. In echter Jesuitenart wird die Zentrumsagitation verherrlicht und dargelegt, welche großes Werk die vornehmlich durch das Zentrum beschlossene Reichsfinanzreform sei. Das wird in Berlin seinen Eindruck machen, sondern eher das Gegenteil von dem hervorrufen, was die Zentrumsleute beabsichtigen. Die Wirkungen der Reichsfinanzreform spürt die erwerbstätige Bevölkerung in Berlin so sehr am eigenen Leibe, daß sie am Tage der Reichstagswahl das Zentrum den verdienten Fußtritt

geben und durch die Wahl von Sozialdemokraten ihre Empörung gegen die volksfeindliche Zentrumsagitation zum Ausdruck bringen wird.

Unter der Zensur. Dem Film „Kampfbild“ zwischen Johnson und Jeffries“ hatte der Berliner Polizeipräsident zur Aufführung in Berliner Kinematographen-Theatern nicht zugelassen. Der Präsident stützte sich auf die Polizeiverordnung für kinematographische Aufführungen und auf § 10 Nr. 7 Allgemeinen Landrechts, wonach die Polizei für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu sorgen habe. Der Polizeipräsident meinte, daß von der Aufführung des Films eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu besorgen sei, weil die Mordhandlung der Masse ausgelöst werden könnte. — Bei dieser Ansicht blieb auch der Polizeipräsident gegenüber dem Klageantrage des Filmberechtigten für Deutschland, des Herrn Graf, welcher in veränderter Fassung schließlich nur noch dahin ging, die Aufführung des von 1800 auf 800 Meter verkürzten Films zu gestatten. Eine Reihe besonders abstoßend wirkender Situationen aus dem Kampfbild sind darin nicht mehr enthalten.

Der Bezirksausschuß hob die polizeiliche Verfügung auf. Er war zwar der Meinung, daß eine Häufung von roh wirkenden Situationen in einem Film ihn zur Aufführung ungeeignet machen könnte. Die Befürchtungen, die davon anknüpften, seien aber bezüglich des gemilderten kürzeren Films nicht zu hegen. So müsse die Verbotsverfügung der Polizei aufgehoben werden.

Der Polizeipräsident legte Berufung ein. Der 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts, der kürzlich schon in der Sache verhandelte, beschloß damals, einer Aufführung des Films in der Dunkelkammer des Polizeipräsidentenbeizuwohnen. Das ist dieser Tage geschehen.

Das Oberverwaltungsgericht setzte zu gestern (Donnerstag) neuen Termin an. Es bekräftigte die Vorentscheidung als zutreffend.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus ist nur noch heute und morgen von 8—9 Uhr geöffnet.

Die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, sowie die Läden unserer Expeditionen sind am Sonntag, den 17. Dezember, von 1 bis 7 Uhr, und am Sonntag, den 24. Dezember, von 1 bis 4 Uhr geöffnet.

Ermäßigte Eintrittskarten zu Kunstausstellungen, pro Stück 25 Pf., stehen den organisierten Arbeitern für folgende Veranstaltungen zur Verfügung: Sezession, Kurfürstendamm; Neue Sezession, Potsdamer Str. 122; Jurystreife Kunstschau, Potsdamer Straße 39; Paul Cassirer, Viktorialstr. 25.

Die Organisationen können die Karten durch das Bureau des Gewerkschaftshaus beziehen. Die Einzelgabe erfolgt im Abrechnungsbüro von Paul Horst, Engelstr. 15.

Zur Anknüpfung auf dem Friedrichshofen Zentralfriedhof hat das städtische Kuratorium für das Bestattungswesen einem Interpellanten, der die Friedhofsoberverwaltung auf die Mißstände besonders hinsichtlich der Abfälle erbat, mitgeteilt, daß gegen die Unterwühlung von Grabhügeln durch Anknüpfen Maßnahmen getroffen seien. Das Kuratorium hoffe, durch Anstellen von Jällen, Verwendung von Brettern usw. die Ratschläge zu beseitigen.

Der „Bund“ in der Heimstätte. Patienten der Heimstätte Göttergog schreiben uns: „Am 11. d. M. gingen hier unter Kreuzband drei Exemplare des Verbandsorgans der gelben Streikbrecherorganisation „Der Bund“ ein unter der Adresse: „An die Patienten der Heimstätte Göttergog.“ Die Nummer vom 5. November strotzt von A bis Z von Verleumdungen und Lügen gegen die Sozialdemokratie. Man überlegt eine Weile, ob es Mangel der elementarsten Vorkenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse oder Nachsicht ist, welche dem Schreiber des „Bund“ die Feder führt.

Nachdem man sich mit Widerwillen durch den Wust hindurchgearbeitet hat und das Ganze klar überdenkt, gelangt man zu dem Urteil, daß nur jemand solche Unmenge von Schmutz und Unrat stilgerecht zusammenzureimen vermag, der von den denkenden Arbeitern seiner verräterischen Handlungsweise und der gemeinen Gewinnung wegen verachtet wird und aus Mache darüber zu solcher Gemeinheit herabfällt.

Patienten der hiesigen Heimstätte fühlen sich durch die Aufhebung des Streikbrecherorgans beleidigt. Wir möchten dem Verleger des „Bund“ durch den „Vorwärts“ raten, die Patienten der städtischen Heimstätte in Zukunft mit derartigen Unrat zu versehen; denn die hier Wohnenden haben doch meist eine solche Schule des Lebens hinter sich, daß von all' dem im „Bund“ aufgeschleppten Unrat doch nichts an ihnen hängen bleibt.

Wegen Adoptionschwindsel hat die Köpenicker Kriminalpolizei den Agenten Max Krüger verhaftet. Krüger, der in einem Berliner Geschäft angeheiratet ist, betrieb als Nebenbeschäftigung Adoptionschwindsel. Er erließ in Berliner Zeitungen Inserate, in denen er eitelose Kinder gegen Entschädigung zur Adoption anbot. Seit einiger Zeit seien nun bei der Köpenicker Polizei zahlreiche Anfragen solcher Verlorenen ein, die sich auf die Angaben hin an Krüger gewendet, dann aber von ihm nichts mehr gehört hätten. Es wurde festgestellt, daß unter der angegebenen Adresse „Wahnhofstraße 25“ ein Max Krüger überhaupt nicht wohnt oder gewohnt hat. Die Köpenicker Kriminalpolizei ermittelte jedoch bald, um wen es sich handelte und gestern gelang es ihr, den Adoptionschwindsler auf der Straße zu verhaften. Krüger, der in Köpenick als „auf Reisen befindlich“ gemeldet war, während seine Frau angeblich in Mariendorf wohnt, beschränkte sich in allen Fällen darauf, Auskunftsgelder im Betrag von 3 bis 6 M. einzunehmen, ohne sich dann weiter um seine „Kunden“ zu kümmern. Als nach der Verhaftung des Agenten auf der Post von Kriminalbeamten nach Verleihen für Krüger nachgefragt wurde, stellte er sich heraus, daß über 20 Verleihen, die zum größten Teil die verlangte Auskunftsgelder enthielten, für den Schwindsler eingetroffen waren. Nach Feststellung des Sachverhalts wurde Krüger aus der Haft entlassen.

Für 12 000 Mark Seide erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Leipziger Straße 90, an der Ecke der Markgrafenstraße. Hier hat den halben zwischen Stadt und Seidenhandlung von Weihenberg u. David inne. Auf diese hatten es die Einbrecher abgesehen. Die Haustür und die eiserne Flurtür hatten sie wahrscheinlich auf. Nachdem sie so von dem Hausflur auf einen kleinen Flur gelangt waren, erbeuteten sie eine der Türen, die von diesem in die Geschäftsräume führen. Hier hielten sie unter den reichen Vorräten sachkundige Auswahl und nahmen nur das Beste mit, nach den bisherigen Feststellungen für mindestens 12 000 M. Seidenstoffe aller Art. Auf dem Rückwege verschlossen sie die Eisentür am Hausflur und auch die Haustür wieder hinter sich. So wurde der Einbruch erst entdeckt, als gestern morgen Angehörige um 8 Uhr die eiserne Flurtür öffneten. In den Geschäftsräumen fanden sie alles durcheinander geworfen.

Einen umfangreichen Schwindsel betrieb der „Direktor“ Friedrich Ostrowski, der kürzlich verhaftet worden ist. Ostrowski, ein ehemaliger Polizeigeant, der, obwohl er erst 38 Jahre zählt, auch schon Handlungsreisender, Bierverleger und Theaterinspektor war,

gründete Anfangs Sommer dieses Jahres in der Kaiserin-Augusta-Allee zu Charlottenburg die „Erste deutsche Privatschutzmannschaft Hansa G. m. b. H.“, die nach den Anpreisungen ihre Kunden vor Schaden aller Art bewahren, auch vor Überfällen u. dergl. schützen sollte. Die Einrichtung des Unternehmens mit dem Hauptquartier Titel war mehr als bescheiden. In dem einen Räume einer kleinen Wohnung von zwei Stuben und Küche standen ein Schreibtisch und zwei Stühle. Eine Kopftafel an der Tür trug die Geschäftsbezeichnung und zeigte an, wo Bewerber um einen Posten in der Privatschutzmannschaft sich zu melden hätten. Am 1. Oktober verlegte der „Direktor“ sein Bureau nach der Friedrichstraße 88. Auch hier nahm es nur ein Zimmer im 2. Stock mit derselben Einrichtung in Anspruch. Unterdessen aber hatte Ostrowski fleißig „gearbeitet“, allerdings weniger zum Schutze anderer, als zur Fällung seiner eigenen Tasche. In seinen Anpreisungen behauptete er, daß ein ehemaliger Polizeioffizier Teilhaber an seinem Unternehmen sei und daß dieses beschütze, in allen größeren Provinzialstädten Zweigbüros einzurichten. Für die Provinzbüros brauche er als Leiter und Beamte Inspektoren, Kassierer, Verber usw., die wegen der großen Verantwortlichkeit ihres Dienstes Bürgschaft leisten müßten. Auf Grund einiger Anfragen von Leuten, die ihr Geld herzugeben hatten, eine Beschäftigung aber nicht erzielten, und sich betrogen fühlten, wurde der Herr „Direktor“ vor einigen Tagen festgenommen. Nachdem die Verhaftung bekannt geworden ist, laufen jetzt aus allen Richtungen weitere Anfragen ein, die zeigen, daß der Schwindsel in großem Umfange betrieben worden ist. Die Untersuchung zieht von Tag zu Tag weitere Kreise. Von den Bürgschaften ist nichts mehr vorhanden, obgleich Ostrowski Gehälter noch gar nicht gezahlt hat. Was er damit angefangen hat, will er nicht sagen, angeblich mit Rücksicht auf die Geldmänner, die hinter ihm ständen. Der „Direktor“ war in seiner Verkleidung wählerisch, auch mit dem Gelde nicht. Er nahm nicht bloß bare Münze, sondern auch Wertpapiere aller Art, die auf einer Gewerkschaft in Charlottenburg hinterlegt und sicher gestellt werden sollten. Die Bank aber, die er angab, besteht gar nicht und die Papiere sind ebenso verschwunden, wie das bare Geld. Die Leute, die er hier in Berlin gewann, sandte Ostrowski mit der Weisung in die Provinzialstädte, daß sie dort vorläufig ein kleines Zimmer mieten und dann Kunden werden sollten. Alle Ausgaben dazu mußten sie aus ihrer eigenen Tasche vorstrecken. Kunden aber hat keiner von ihnen gefunden, obwohl einige von ihnen auch in Provinzialstädten das Unternehmen anpriesen und auch dafür nach ihr Geld ausgaben. Unbekannte Wähler wählte Ostrowski mit der Vorspiegelung zu verlocken, daß seine Privatschutzmannschaft erst am 1. Januar 1912 überall „richtig in Kraft treten“ sollte.

Die Leichen zweier neugeborener Kinder wurden gestern im Südwesten Berlins und in der Nähe der General-Pape-Straße zu Schneberg aufgefunden. Gestern nachmittags entdeckten Passanten in dem unebenen Teile der Baugener Straße die nackte Leiche eines neugeborenen Knaben. Die Umstände des Fundes deuten darauf hin, daß die Geburt an Ort und Stelle erfolgt ist. Die zweite Kindesleiche wurde von einem Straßenarbeiter zwischen den Schienen der Militärschienenbahn in der Nähe der General-Pape-Straße aufgefunden; der kleine Körper war in Leinwand und Papier eingewickelt. In beiden Fällen waren an den Leichen Merkmale früherer Einwirkungen nicht zu bemerken, doch konnte auch die Todesursache nicht einwandfrei festgestellt werden. Die beiden Kindesleichen wurden nach der Halle in der Magstraße in Schneberg gebracht, wo die Obduktion erfolgen wird.

Wegen eines Wohnungsbrandes wurde am Donnerstag nachmittags um 10 Uhr der 20. Automobilzug nach der Rippener Straße 14 alarmiert. Dort brannten u. a. Möbel, Türen, der Fußboden, Schmeldecken, Vorhänge, Teppiche usw. Bei dem Wemühen, die Flammen zu löschen, hatte der Kaufmann Max Lustig im Gesicht und an den Händen Brandwunden durch Stichflammen erlitten, so daß die Samariter der Feuerwehr dem Verletzten Verbände anlegen mußte.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Galensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Vor Beginn der eigentlichen Sitzung hatten sich am Mittwoch beide städtische Körperschaften zusammengetan, um vier Abgeordnete zum Brandenburgischen Provinzialparlament zu wählen. Gewählt wurden Oberbürgermeister Habermann, Bürgermeister Peters und Stadtverordneter Hartung mit je 41 Stimmen und Stadtverordneter Heinitz mit 35 Stimmen. Sechs Stimmen fielen an den Fortschrittler Edel, weil die Linke betonen wollte, daß es den Grundrissen der Gerechtigkeit nicht entspricht, wenn Delegationen wie die hier in Frage stehenden als Monopol der Mehrheitsfraktion betrachtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte sodann ihre Tagesordnung in ziemlich schnellem Tempo. Sie nahm ohne Festhalte Kenntnis von dem Beschluß des Magistrats, den Wählern zur Reichstagswahl Legitimationskarten auszustellen, und genehmigte gleichfalls ohne Erörterung die Magistratsvorlage betreffend Abschluß von Verträgen mit den Straßenbahn-Gesellschaften und Bewilligung von Mitteln für Arbeiten an der Straßenbeleuchtung aus Anlaß der Reparatur der Bahnanlagen. Ebenso fand die Magistratsvorlage betreffend die Genehmigung eines im Entwurf vorliegenden Vertrages mit dem Kreise Zeltow über die Abänderung des § 6 des Auleinwanderungsvertrages ohne weiteres Annahme. Zu der Vorlage betreffend die Auflösung der Krankenkassen-Gemeinschaft mit dem Kreise Zeltow bewerte der Berichterstatter Dröse mit Recht, daß Wilmersdorf durch sein Einverständnis mit dem vorliegenden Verträge wichtige Rechte aufgabe; doch blieb der Versammlung, um überhaupt für die Errichtung eines eigenen Krankenhauses freie Bahn zu bekommen, nichts übrig, als in den sauren Apfel zu beißen und dem Vertrage zuzustimmen. Eine Magistratsvorlage, die das Verfahren beim Abschluß von Straßenregulierungsverträgen betrifft, wurde einem besonderen Ausschuss überwiesen. Es handelte sich um die von den Stadtverordneten befaßte Frage, ob bei Verträgen gewonnener Art auch dann, wenn die privaten Interessenten der Regulierung sämtliche Kosten übernehmen, die Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung erforderlich ist. Man machte mit Recht geltend, daß die Straßen der erwähnten Art auch nach der Regulierung Kosten verursachen, die die Stadtverordnetenversammlung zu bewilligen habe und daß die Prüfung eines jeden dieser Verträge auch schon in Rücksicht auf die kommunale Wohnungsverhältnisse notwendig sei.

In einer nichtöffentlichen Sitzung bewilligte die Versammlung u. a. das Pensionierungsgesuch des Stadthourats Lambert.

Da die Legitimationskarten für die Reichstagswähler erst kurz vor dem Wahltermin verandt werden, besteht auch für die Wilmersdorfer Wählererschaft die Pflicht, auf jeden Fall die Listen einzusehen.

Die Auslegung erfolgt bis zum nächsten Mittwoch täglich von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags im Wahlbureau, Wassertiner Str. 11, 2 Treppen. Auch am Sonntag sind die Listen an dieser Stelle zu denselben Tagesstunden ausgelegt.

Diejenigen Wähler, die keine Zeit haben, die Listen selber einzusehen, werden ersucht, ihre Adressen an einer der folgenden Stellen abzugeben: Gastwirt Sella, Brandenburgische Str. 60, Zigarrenhändler Pieper, Berliner Str. 46, Gastwirt Jahn, Wilhelmstraße 20, Gastwirt Gröschke, Kaiser-Allee 209, Gastwirt Schilling, Lauenburger Str. 20, Gastwirt Fischer, Durlacher Str. 8, Gastwirt Potzsch, Pareyer Str. 2, Gastwirt Wendt, Augustastr. 23.

Schöneberg.

Die neue Speisemarken-Ordnung ist nunmehr in Kraft getreten; sie ist erfüllt von unsozialem Geiste und hebt sich wesentlich ab von der früheren Ordnung. Magistrat und bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sind sicher zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese Form der Unterstützung sich als erheblich billiger und bequemer erwiesen hat wie Kostbararbeiten. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß die für 60 Pf. erhältlichen zwei ganzen oder drei halben Portionen für linderreiche Familien nicht ausreichen und daß die Bedürftigen auf solche Unterstützungen lieber ganz verzichten, so soll der Betrag auf 1 M. erhöht werden.

Eine weitere Änderung besteht darin, daß eine Sonderung der Markempfehlungen in „arbeitslose“ und „fleißige“ Elemente herbeigeführt wird, nur die letzteren sollen unterstützt werden. Bisher war die Unterstützung lediglich an die eine Voraussetzung des einjährigen Wohnsitzes in Schöneberg geknüpft. Als arbeitslos wird angesehen, wer durch Ausstand, Aussperrung oder deren Folgen arbeitslos wird. Wenn also Mitglieder einer wirtschaftlichen Organisation in einen Lohnkampf eintreten, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern und infolge dessen Arbeiter anderer Betriebe ausgesperrt werden, so sind diese als arbeitslos zu angesehen und erhalten keine Speisemarken. Speisemarken werden nur an diejenigen verabfolgt, die den Nachweis erbracht haben, daß sie regelmäßig gearbeitet haben, oder daß sie ohne eigene Schuld arbeitslos geworden sind.

Nach dem Wortlaut der Ordnung werden für die in Schöneberg wohnenden männlichen Arbeiter und Angestellten, welche der Invalidenversicherungspflicht unterliegen und gegen Arbeitslosigkeit einen Zuschuß nicht erhalten, während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit je nach Bedarf Speisemarken für das Mittagessen der Schöneberger Volksschule geliefert. Die Speisemarken werden nur in der Zeit vom 1. November bis 31. März eines jeden Winters ausgegeben. Die Unterstützung wird nur für die Tage gewährt, an denen der Unterstützte die Kontrollvorschriften erfüllt. — Er hört mit dem Tage auf, für welchen dem Unterstützten durch das städtische Arbeitsamt Arbeit, die dieses für passend erachtet, nachgewiesen wird, oder wenn innerhalb eines Jahres für sechs Tage Unterstützung nach dieser Ordnung, oder nach der Ordnung über die Förderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gewährt worden ist. Eine Verpflichtung zur Annahme nachgewiesener Arbeit besteht nicht, wenn die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist. — Der Unterstützte beanspruchende Arbeiter oder Angestellte hat seinen Antrag auf Gewährung der Unterstützung auf dem städtischen Arbeitsamt zu stellen und auf Verlangen Auskunft über alle Tatsachen zu geben, auf welche sich die von der Stadt zu gewährende Unterstützung gründet. Das Arbeitsamt entscheidet darüber, ob dem Arbeitslosen die Unterstützung gewährt werden soll. Jeder von der Stadt Unterstützte hat sich mindestens einmal täglich auf dem städtischen Arbeitsamt zu einer von diesem festzusetzenden Stunde zu melden. — Die Unterstützung wird gewährt, wenn der Arbeitslose mindestens 1 Jahr ununterbrochen in Schöneberg wohnt und den Nachweis führt, daß er regelmäßig Arbeit gehabt hat oder daß er ohne eigene Schuld arbeitslos geworden ist. Die Gewährung der Unterstützung beginnt, nachdem sich der Arbeitslose eine Woche täglich auf dem Arbeitsamt gemeldet hat. — Wer es verliert, unberechtigterweise die städtische Unterstützung zu erhalten, wird vorbehaltlich strafrechtlicher Verfolgung, von der Gewährung der Unterstützung auf die Dauer eines Jahres ausgeschlossen.

Der Geist, der aus dieser Ordnung atmet, ist sicher nicht geeignet, Schöneberg zu erhöhtem Ansehen zu verhelfen.

Rixdorf.

Die Entscheidung im Wettbewerbe für die Bedienung des städtischen Geländes in Rixdorf ist dahin gefallen worden, daß den I. Preis von 5000 M. die Herren Mathieu Vardenheuer und Heinz Wocher in Charlottenburg, den II. Preis von 4000 M. Diplomingenieur Alexander Forner in Charlottenburg, III. je einen Preis von 2000 M. a) die Architekten Hans Veruulli und Regierungsbaumeister Walter Koepfen in Berlin, in Verbindung mit Dr. Keller in Berlin, b) die Architekten Wilhelm Johow in Pantow und Hans Kochlitz in Berlin erhielten. — Außerdem wurde vom Preisgericht noch der Anlauf weiterer vier Entwürfe empfohlen.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Für die Anfang des nächsten Jahres stattfindenden Ortsabwahlen zum Gewerbeamt wurde auf Vorschlag der Stadtverordneten eine anderweitige Einteilung der Wahlbezirke beschlossen. Während bisher nach § 11 des Ortsstatuts die Wahlbezirke in ihren Abgrenzungen mit denen der dritten Abteilung der Stadtverordnetenwahlbezirke zusammenfielen, wird in Zukunft Lichtenberg in vier Wahlbezirke geteilt. Die neue Einteilung ist nunmehr folgende:

- I. Wahlbezirk, umfassend die zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung gebildeten Wahlbezirke 1—3 der dritten Abteilung;
- II. Wahlbezirk, umfassend die Stadtverordnetenbezirke 4—8 der dritten Abteilung;
- III. Wahlbezirk, umfassend die Stadtverordnetenbezirke 9—12 der dritten Abteilung;
- IV. Wahlbezirk, umfassend die Stadtverordnetenbezirke 13—16 der dritten Abteilung.

Für den weiteren Ausbau des Elektrizitätswerkes wurde auf Antrag des Magistrats und der Deputation der städtischen Werke die Anschaffung eines Turbogenerators mit einer Leistung von 3000 Kilowatt beschlossen und die hierfür notwendigen Kosten in Höhe von 290 000 M. bewilligt. Genau wie das Gaswerk hat sich auch das Elektrizitätswerk in ungeahnter Weise entwickelt, wie nachstehende Zahlen beweisen:

1906 = Abgabe 351 496 Kw.,	1906 = Abgabe 634 071 Kw.,
1907 = „ 1 450 984	1908 = „ 1 835 948
1909 = „ 2 244 517	1910 = „ 2 814 059
1911 = „ 3 398 265	

Schon jetzt ist für die Stadt der Gewinn aus den Werken ein außerordentlich hoher, wird doch für das laufende Jahr mit einem Ueberschuß von einer Million gerechnet. Durch die Vereinigung mit Rummelsburg sowie den weiteren Zugang der Industrie und der regen Bautätigkeit werden die Werke fernerhin noch bedeutend vergrößert werden müssen. Diese Entwicklung ist der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Forderung, solche Einrichtungen in eigene Regie der Gemeinden zu nehmen. — Auf eine Anfrage betreffend Abregelung der Berliner Elektrizitätswerke in Rummelsburg erklärte Herr Direktor Kremus, daß allerdings die Berliner Elektrizitätswerke das vertragliche Recht haben, ihre Kabel in Rummelsburg zu legen, jedoch nicht das alleinige. Ferner erklärte sich die Versammlung mit einigen Abänderungen des Stromlieferungsvertrages mit Rixdorf einverstanden. — In geheimer Sitzung wurde dann noch über Grundstücksangelegenheiten beraten.

Steglitz.

Auf dem vorgestern Abend verbreiteten Flugblatt, in dem zur Einsichtnahme in die Wählerliste aufgefordert wird, ist durch ein Versehen die amtliche Ausbeziehung ungenügend angegeben. Die Listen können nicht nur von 8 bis 3 Uhr, sondern auch abends von 5 bis 7 Uhr eingesehen werden.

Gerantive- u. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Friedrichsfelde.

Zwei wichtige Fragen fanden in einer Dauer Sitzung der Gemeindevertretung, die sich bis nach Mitternacht hinzog, ihre Entscheidung. Die eine betrifft die Errichtung eines Realprogymnasiums zum 1. April 1912. Die Vorarbeiten hierzu sind bekanntlich schon längere Zeit im Gange gewesen. Mit der Annahme der entsprechenden Vorlagen, wovon sich auch die Uebernahme der hiesigen gehobenen Mädchenschule befindet, ist die Angelegenheit nunmehr zu einem gewissen Abschluß gediehen. Für die Minderbemittelten knüpft sich daran freilich nur die Aussicht auf höhere Lagen, denn, wie auch allgemein zugegeben wurde, diese Institute werden einen erheblichen Zuschuß aus Gemeindegeldern erfordern. Genosse Pinfeler glaubt sogar, daß er weit höher sein werde, als jetzt angenommen wird. Herr Weigeordener Cassebaum bestritt es zwar, aber bei einer späteren Gelegenheit brachte auch der Bürgermeister dieselbe Anschauung zum Ausdruck. Bemerkenswert ist noch, daß, als es sich um die Errichtung eines provisorischen Schulkollegiums handelte, die Mehrheit der Versammlung es ganz entschieden ablehnte, den Pfarren Maerten hineinzuverleihen. Offenbar behalten diese Herren ihren Standpunkt bei, wenn es sich um die Volksschule handelt. Diese ward auch mit in die Debatte gezogen, wenigstens soweit die Turnhalle in Frage kam. Im Ostteil Friedrichsfelde ist nämlich nur eine solche Schulkollegium vorhanden. Diese wird von 24 Klassen benutzt, ist also völlig besetzt. Die Schulaufsichtsbehörde macht nun die Genehmigung zur Errichtung einer höheren Schule davon abhängig, daß eine weitere Volksschulkollegium gebaut werde. Dies forderten nun unsere Genossen, daß die Halle von der Gemeinde gebaut, aber nicht dem Schulgrundstück einverleibt werden soll, damit die Gemeinde das Verfügungsrecht darüber behalte. Bezeichnend war dabei das Verhalten des Herrn Ungewitter, der es liebte, sich gelegentlich als von sozialem Verständnis erfüllt hinzustellen, der auch den Arbeitern gern Gerechtigkeit widerfahren lassen möchte, wenn er nur könnte. Hier hätte er es gekonnt, gleichwohl lehnte er scharf ab. Mit ihm die übergroße Mehrheit. Die Arbeiter dürfen wohl zur Unterhaltung der höheren Lehranstalten beitragen, das selbstverständliche Mitbenutzungsrecht an den Gemeindegeldern wird ihnen jedoch verweigert. Hierauf wurde die Errichtung eines eigenen Gaswerks beschlossen. Der Streit für und wider wurde zeitweise mit besonderer Heftigkeit geführt. Im Jahre 1913 steht der Gemeinde vertraglich das Recht zu, das Rohrnetz von der „Kontinentalen“ zu übernehmen und ein eigenes Werk zu errichten. Will sie das nicht, dann müßte sie den laufenden Vertrag verlängern. Nun hat sich genannte Gesellschaft nur in dem Falle zu höheren Abfahrungen an die Gemeindegasse bereit erklärt, wenn ihr der Vertrag bis 1968 verlängert würde. Außerdem beansprucht sie das Recht, für alle Zeiten in den Straßen und Plätzen Rohre anlegen zu dürfen. Der Gemeindegewerksmeister kam in seinem Referat zu dem Ergebnis: der Gaspreis von 12,85 Pf. pro Kubikmeter ist für die Rentabilität eines eigenen Werkes nicht günstig. Die Vertragsverlängerung bietet dagegen eine sichere und steigende Einnahme. Von unserer, aber auch von bürgerlicher Seite wurde dem entgegengehalten, daß mit steigendem Konsum auch die Wirtschaftlichkeit einer eigenen Anstalt wachsen werde, außerdem seien wichtige Posten der Berechnung zu Unrecht besonders ungünstig in Ansatz gebracht. Vor allem aber sei die Gemeinde verpflichtet, da, wo es angeht, eigene Betriebe zu errichten. Die Vertragsverlängerung würde ein Verbrechen an der Gemeinheit sein. Herr Weigeordener Cassebaum hob mit Recht hervor, daß, wenn die Gemeinde sich jetzt nicht zur Errichtung eines eigenen Werkes entschließen, sie es auf Grund des neuen Vertrages nie werden tun können, denn das dann der „Kontinentalen“ zustehende Recht zur Rohrverlegung in den Straßen und Plätzen unseres Ortes werde zur Folge haben, daß später die Gemeinde stets mit der Konkurrenz genannter Gesellschaft werde kämpfen müssen. Bürgermeister Ungewitter suchte seinen entgegengegesetzten Standpunkt zu vertreten, setzte aber an Stelle einer klaren Beweisführung eine so heftige Erregtheit, daß er sich eher schade als nützte. Schließlich ergab sich dann bei der Abstimmung eine ansehnliche Mehrheit für die Errichtung eines eigenen Gaswerks.

Röpenitz.

Die Jugendschriftenausstellung ist noch am Sonnabend von 8—9 Uhr und Sonntagnachmittag von 4—8 Uhr geöffnet. Wer es bisher veräumt hat, der Ausstellung einen Besuch abzustatten, wird gebeten, dies noch zu tun. Es ist eine reichhaltige Auswahl von Jugendschriften vorhanden, so daß den weitgehendsten Wünschen auf dem Gebiete billiger und guter Literatur Rechnung getragen ist.

Bohndorf.

Gemeindevertretung. Zunächst brachte unser Vertreter einige die Schule betreffende Beschlüsse zur Sprache. Allgemein ist angefallen, daß bei irgendeiner Gelegenheit der Schulunterricht entweder völlig oder auch in einzelnen Klassen ausfällt. Gen. Schiffe machte auf diesen Umstand aufmerksam und bewies, daß durch häufiges Ausfallenlassen des Unterrichts die Lehrer instande seien, ihr Pensum zu erledigen. Er verlangte, daß, wenn ein Lehrer einmal verhindert werde, den Unterricht zu erteilen, dann einer der anderen Lehrer die Klasse mit beauftragten möge. Dieser Wunsch wurde von dem Hauptlehrer Herrn Bierbach und den anderen anwesenden Lehrern für nicht gut durchführbar gehalten. — Hierauf brachte unser Gemeindevertreter die bereits im „Vorwärts“ eingehend besprochene Angelegenheit zur Sprache, wonach Lehrer anlässlich einer Schülerleiche verlangt haben, daß nach dem Dunkelwerden kein Kind mehr die Straße zu betreten habe. Unter Bezugnahme auf das von uns geführte Vorkommnis, wonach ein des Abends kontrollierender Lehrer sogar mit der Mutter eines Knaben in Wortwechsel geraten sei, warf Redner die Frage auf, ob die Lehrer überhaupt das Recht hätten, nach dem Dunkelwerden über die Kinder zu verfügen. Der Herr Hauptlehrer legte unserem Genossen drei Verfügungen der Regierung vor, wonach den Lehrern ein derartiges Recht einzuräumen sei. Die in der Schwabe befindliche Klage zwischen der Mutter und dem Lehrer wird ergeben, ob jene Verfügung zu Recht besteht oder nicht. In Veracht kommt eine Regierungsverordnung vom 16. Juli 1872, ein Ministerialerlaß vom 9. März 1874 und eine Regierungsverordnung vom 29. Januar 1904. Den Schulvorstand bilden die Herren B. Kimmritz, Lehmann, Wille und Bierbach. Hierauf hatte sich die Sitzung mit der bestehenden Feuerung zu beschäftigen. Genosse Schiffe verwies darauf, daß fast alle Gemeinden Schritte unternommen haben, die bestehende Not einzigermaßen zu lindern. Die Herren behaupteten jedoch, daß eine außergewöhnliche Feuerung nicht bestehe; Kartoffeln z. B. würden am Ort zu denselben Preisen verkauft, wie sie die Gemeinden an Minderbemittelte abgeben. Entschlüsselt erbot sich Herr Kimmritz, den Zentner gute Kartoffeln für 3,50 M. zu verkaufen; bei Verfehlung von 10—15 Zentner will der Herr dieselben sogar nach der Wohnung liefern. Unter diesen Umständen lehnten die Herren es ab, dahingehende Schritte zu unternehmen. Es gelang unserem Vertreter nur noch, für die Ortarmen ein Weihnachtsgeschenk von 10 M. pro Familie zur Annahme zu bringen. Bei der Einbringung einer Friedhofsanfrage beantragte unser Genosse, sämtliche Begräbnisse auf die Gemeindegasse zu übernehmen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimme unseres Vertreters abgelehnt. Die Beschlußfassung über die Friedhofsanfrage wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Zur Verbesserung der Desinfektion dürfte der Beschluß beitragen, einen eigenen Apparat anzuschaffen und die Desinfektion durch eine vorgebildete Person ausführen zu lassen.

Ralsberge-Rüdersdorf.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit der Wasserwerksangelegenheit. Die Konzession zum Bau des Wasserwerkes wurde noch nicht erteilt. — Zu dem Vertrage mit dem Kreis wegen Benutzung der Kreisbahnen zum Viehtransport betriebe erteilte die Versammlung ihre Zustimmung. Für die Beaufsichtigung des Bahnhofs durch den Bauamtsverwalter des Kreises

Inseratenteil veranlt.: Th. Wlad, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

werden 1500 M. ausgetrieben. — Gegen 2 Stimmen beschloß die Vertretung, der Privatschule einen Zuschuß von 1200 M. für das Jahr 1912 zu bewilligen. In dieser Privatschule werden ganze 40 Schüler unterrichtet, natürlich alles Sproßlinge von der sogenannten besseren Gesellschaft. Da diese Schule sich mit eigenen Mitteln nicht über Wasser halten kann, leistet die Gemeinde auf Kosten der armen Steuerzahler einen Zuschuß von 30 M. für jeden einzelnen Schüler. Die Volksschule hingegen wird äußerst sparsam behandelt. Ja, Bauer, das ist auch ganz etwas anderes. Die Volksschule besuchen die Kinder der Arbeiter und kleinen Handwerker, während die Bänke in der Privatschule nur die Kinder der „besseren“ Stände drücken. — Die Arbeiter und Handwerker werden sich diese neue Ungerechtigkeit der Gemeindevertretung merken.

Zu den bereits veröffentlichten Auslagestellen in den einzelnen Vororten

tragen wie noch folgende nach:
Wahlborn (Hilfsbau). Für die Wähler in der Gemeinde Wahlborn im Rathaus, werktags von 9—3 Uhr und am Sonntag von 9 bis 11 Uhr vormittags. Für die Wähler im Ortsteil im Bureau des Gutshofes in der Zeit von 9—11 Uhr vormittags. Ferner hat der Wahlverein folgende Stellen für die Einsichtnahme in die Wählerliste eingerichtet. Für Wahlborn-Süd im „Heidekrug“, Köpenicker Allee, und bei Rader, Köpenicker Allee Ecke Wilmerstr. Für die Kolonie bei Ost, Berliner Straße, und für Wahlborn-Nord bei Dräger, Bahnhofstraße, zu jeder Tageszeit.
Zegel. Während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Zimmer 2 des Gemeindeamts. Am Sonntag, den 17. d. Mts., ebenfalls von 8—3 Uhr.
Schwargendorf. Im Rathaus, Zimmer Nr. 8 (Polizeiwaage), während der Dienststunden von 8 1/2—3 Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 11. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Parteien und Wahlen. — Die große chinesische Revolution. Von Michel Vanomisch. — Das neue asiatische Abenteuer Rußlands. Von Spectator. — Die Agrarfrage und das polnische Gemeinwesen. Von Emil Caspari (Kattowitz). — Literarische Rundschau: Professor Dr. August Fischer, Die moderne Kolonisation und der Weltkrieg. Von Karl Kade. — Der Weltkrieg. Die Entlohnung des menschlichen Geistes. Von Lipshitz. — Zeitungskritiken. Von G. E.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden, ist nun der 6. Band des 22. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Dungenwälden. Von Luise Riez. — Paul und Laura Salazar. — Die Feuerung. (Für die Leser- und Diskussionsabende.) Von Räte Dunder. — Der Streit in der Berliner Damenkolonisation. Von G. Stübner. — Die Landtagswahlen im Herzogtum Braunschweig und die Wahlrechtskampfe. Von o. g. W. W.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben zwanzig Seiten stark erschienen. Sie enthält ein Porträt des verstorbenen französischen Parteigenossen Paul Lafargue nebst kurzem Nachruf. Aus ihrem sonstigen Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Rechnungen: Weihnachts 1911. — Christliches Christentum. Von Rich. Koll. — Anrecht Anspruch. Von G. W. Jenisch. — Alerien als Triumphtor. Von M. Engel. — Großes Verbringen um die Weltmeisterchaft des Patriottismus. Von Emil Erf. — Der Kampf mit dem „Drahen“. Von J. Eberz. — Festendes Weihnachtsgeschenk. Von B. Kraus. Wm.

Legt: Neue Sterne. Von E. Kl. — Weihnachts-Gedichte. Von P. E. — Bücher für den Weihnachtsfest. — Eine neue Bewegung. — Neue Festlichkeiten. — Lieber Jakob! Von Vostell Nauke. — Aus der im Schnee. Von Paul Ueberling. — Traurige Weihnachts. Von Waldum. — Die Konstanzer „Germaria“ und die Pariser Schlämmer. Von G. W. W. Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. F. Liepke Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im 2. Stockwerk des „Vorwärts“ am 13. Dezember 1911, nachmittags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnehmerantwort beifügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Rudi 29. Ihr Anspruch ist verjährbar, sofern sich nicht darum läßt, daß die Firma den Mangel ausdrücklich verweigert hat. — H. S. 100. 1. Die Hälfte der Stadtverordneten jeder Abteilung müssen Hausbesitzer sein — die neugewählten mit den bereits vorhandenen zusammen gerechnet. 2. Das ist unzulässig. Die Wahl hätte zwischen C und D stattfinden sollen. 3. Es hat Keimwahl stattgefunden. — H. S. 101. 1. Die Verpflichtungspflicht auf Grund der Reichsverfassung besteht. 2. Es kann aber auf Antrag Beseitigung der Verpflichtungspflicht auf Grund des Verfassungsgerichtes für Rixdorf stattfinden. 2. Na 3. Samen erhältlich, nein. H. S. 102. 1. H. S. 102. In solchen mindestens 300 Klassen ermittelte sind. Der Antrag ist bei dem Amtsvorsteher zu stellen. — H. S. 103. 1. Die Zeit eintritt. Dezember 1911. — H. S. 105. 1. Kein 2. In der Regel ja. H. S. 106. 1. und 2. Kein 2. Ja. — C. 55. Die Parteien den Vertrag nicht für anfechtbar. — Keine 100. Der Antrag ist bei dem dortigen Magistrat anzubringen. — W. M. 1000. Langens bis zum 15. zum 1. folgenden Monats. — C. 26. Sie können, jedoch das Urteil rechtskräftig ist, durch einen Anwalt Klage auf Herausgabe des Schulbittels erheben lassen. — Schweden 75. Klage bei dem Amtsgericht. — E. R. Kein. An Zurückbehaltungsklage besteht nur wegen des Arbeitslohnes für die abzuwickelnde Arbeit. — H. S. 100. 1. Falls Monatsmiete vereinbart ist, monatlich. 2. Für den laufenden Monat, falls der Tod bis zum 15. eines Monats eintritt; falls später, noch für den darauffolgenden Monat. — H. S. 77. 1. Kein. 2. Richtiglich mindestens zwei Parteien einer beliebigen Wohnklasse. Umstand innerhalb längstens zwei Jahren. — H. S. 99. Kein. — H. S. 34. 1. Der Wert hatet, falls ihm Beschulden nachgewiesen werden kann. 2. In einem solchen Falle hat das Kind keinen Unterhaltsanspruch. — E. R. 78. 1. Kein 2. Grundigen Sie sich bei der Anatomie. — Z. W. 21. Das war unzulässig und strafbar. — Sch. St. 20. Kein. — Rixdorf 111. In 30 Jahren, da angefragt. — H. S. 100. Bis zum 17. Lebensjahre. — Walter 777. Sie sind im Recht. Klagen Sie. — W. R. 11. Auf Kaufgeld ja; auf Wohnunterstützung nur dann, wenn Sie innerhalb des der Einbindung vorausgehenden Jahres mindestens sechs Monate Mitglied waren. — 999. Sie sind wahlberechtigt.

Marktpreise von Berlin am 13. Dezember 1911, nach Ermittelung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreise (Reinhandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—36,00. Zweifelhafte weise, 40,00. 60,00. Vinten 40,00. 60,00. Kartoffeln 7,00—10,50. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauernfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Rindfleisch 1,30—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—3,40. Kote 1,20—2,80. Jander 1,40—3,60. Neigte 1,20 bis 2,60. Barke 1,00—2,00. Schlei 1,40—3,20. Kleie 0,80—1,40. 60 Stück Krefte 2,40—2,40.

Witterungsübersicht vom 14. Dezember 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter
Emmende	761,50	0	0	0	Dabarbana	762,00	0	0	bedeckt
Damburg	759,00	0	0	0	Peterburg	761,00	0	0	bedeckt
Berlin	760,00	0	0	0	Schlitz	749,00	0	0	wolkig
Reanik a. M.	759,00	1	0	0	Aldersden	750,00	0	0	bedeckt
Wandau	760,00	1	0	0	Vaid	757,00	0	0	wolkig
Wien	760,00	1	0	0					

Wetterprognose für Freitag, den 15. Dezember 1911. Zunächst etwas wärmer, demnächst trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden; später wieder aufläuternd und ein wenig kälter. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.